

Zwischenbericht zum 31. März 2016

Leistung aus Leidenschaft



Die Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	Jan. – Mär.	
	2016	2015
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	14,95 €	32,36 €
Aktienkurs höchst	22,10 €	32,90 €
Aktienkurs tiefst	13,03 €	23,48 €
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	0,15 €	0,39 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	0,15 €	0,38 €
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio	1.387	1.385
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	1.404	1.417
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	1,4 %	3,1 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	1,6 %	3,9 %
Aufwand-Ertrag-Relation ¹	89,0 %	83,6 %
Personalaufwandsquote ²	39,6 %	33,1 %
Sachaufwandsquote ³	49,5 %	50,6 %
in Mio €		
Erträge insgesamt	8.068	10.376
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	304	218
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	7.184	8.678
Ergebnis vor Steuern	579	1.479
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern	236	559
in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)		
Bilanzsumme	31.3.2016	31.12.2015
	1.741	1.629
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	61,6	62,7
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	44,44 €	45,16 €
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	37,29 €	37,90 €
Harte Kernkapitalquote (CRR/CRD 4) ⁴	12,0 % ⁵	13,2 %
Harte Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁴	10,7 % ⁵	11,1 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4) ⁴	13,9 % ⁵	14,7 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁴	11,8 % ⁵	12,3 %
Anzahl		
Niederlassungen	2.741	2.790
Davon: in Deutschland	1.824	1.827
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	101.445	101.104
Davon: in Deutschland	46.036	45.757
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	Baa1	A3
Standard & Poor's	BBB+	BBB+
Fitch Ratings	A-	A-
DBRS Ratings	A	A

¹ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

² Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

³ Prozentualer Anteil des Zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den Zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

⁴ Werte für 2016 und 2015 basieren auf „CRR/CRD 4“ unter Berücksichtigung der Übergangsregeln und „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“ gemäß der vollständigen Anwendung des CRR/CRD 4-Regelwerks.

⁵ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen, sofern der EZB-Rat keine Einwände hat.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Inhalt

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage – 2
Wirtschaftliches Umfeld – 2
Ergebnis der Deutschen Bank – 3
Ertragslage des Konzerns – 4
Segmentergebnisse – 6
Segmentüberblick – 8
Vermögenslage – 17
Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 22
Vorstand und Aufsichtsrat – 22
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 22
Strategie – 23
Ausblick – 24
Die Weltwirtschaft – 24
Die Bankenbranche – 25
Der Deutsche Bank-Konzern – 26
Unsere Geschäftsbereiche – 27
Risiken und Chancen – 30
Risikobericht – 31
Einführung – 31
Risiko und Kapital - Übersicht – 33
Risiko und Kapital Performance – 37
Verschuldungsquote – 45
Risikopositionswert des Kreditrisikos – 47
Qualität von Vermögenswerten – 53
Marktrisiko – 58
Operationelle Risiken – 61
Liquiditätsrisiko – 61

Bestätigungen

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht – 64

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 65
Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 66
Konzernbilanz – 67
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 68
Konzern-Kapitalflussrechnung – 70

Anhangangaben

Grundlage der Erstellung – 72
Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden – 73
Segmentberichterstattung – 76
Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 79
Angaben zur Konzernbilanz – 82
Sonstige Finanzinformationen – 128

Sonstige Informationen

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen – 132
Impressum – 137

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage

Wirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (%) ¹	31.3.2016	31.12.2015	Haupttreiber
Weltwirtschaft	3,0 %²	3,0 %	Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte angesichts des enttäuschenden Welthandels, hoher Verschuldung und struktureller Defizite weiter schwach bleiben. Die Wachstumsverlangsamung in den Industrieländern wird voraussichtlich in etwa durch das leicht stärkere Wachstum in den Schwellenländern ausgeglichen.
Davon: Industrieländer	1,5 % ²	1,7 %	
Davon: Schwellenländer	4,3 % ²	4,2 %	
Eurozone	1,4 %²	1,6 %	Aufwertung des EUR seit Jahresanfang und schwache globale Konjunktur belasten. Niedrige Ölpreise und extrem expansive Geldpolitik stützen Wachstum. Solider privater und staatlicher Konsum, aber externer Gegenwind
Davon: Deutschland	1,4 % ²	1,3 %	
USA	1,9 %²	2,0 %	Starker US-\$ negativ für exportorientierte Unternehmen und schwache Ölpreise für Energiesektor, solide Entwicklung der Binnenwirtschaft (Konsum, Wohnungsbau).
Japan	(0,6 %)²	0,8 %	Schwache Binnenwirtschaft und internationales Umfeld dämpfen.
Asien³	6,2 %²	6,3 %	Schwache Nachfrage aus China und in den Industrieländern.
Davon: China	6,7 %	6,8 %	Die Erholung im Immobiliensektor und anziehende Infrastrukturinvestitionen stützen das moderate Wachstum.

¹ Quellen: Nationale Behörden, falls nicht anders angegeben.

² Quellen: Deutsche Bank Research Prognosen.

³ Enthält: China, Indien, Indonesien, Republik Korea und Taiwan.

Umfeld Bankenbranche

Das globale Geschäftsumfeld der Banken war im ersten Quartal 2016 von einer hohen Volatilität auf den Aktien- und Kreditmärkten geprägt. Diese wurde durch Unsicherheit zum einen hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Schwellenländer, aber auch bezüglich der Wirksamkeit der Geldpolitik wichtiger Zentralbanken hervorgerufen. Trotz dieser Entwicklung hielt im Euroraum das im Vorjahresvergleich leichte Wachstum der Kreditvergabe an den privaten Sektor weiter an. Dies ist insbesondere auf die Ausweitung des Kreditgeschäfts mit Privathaushalten zurückzuführen, während die Kreditvergabe an Unternehmen de facto stagnierte. Allerdings berichteten die Banken im Bank Lending Survey zuletzt von einer deutlich verbesserten Nachfragesituation. Das Einlagenvolumen des privaten Sektors konnte trotz der weiteren geldpolitischen Lockerung der EZB um rund 3 % zulegen. Sowohl Bilanzsumme als auch bilanzielles Eigenkapital lagen ungefähr auf Vorjahresniveau.

In Deutschland verläuft die Entwicklung des Kreditgeschäfts mit dem privaten Sektor positiver als im Durchschnitt des Euroraums: Die Kreditvergabe an Unternehmen stieg um rund 1,5 %, während sich das Wachstum im Kreditgeschäft mit privaten Haushalten auf fast 3 % beschleunigte. Der wichtigste Faktor ist dabei das Hypothekengeschäft.

Auch in den USA liegt das Kreditwachstum dank des anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs nach wie vor auf einem hohen Niveau. Während die Unternehmens- und gewerblichen Immobilienkredite weiterhin mit zweistelligen Raten expandieren, nahm auch die Konsumentenkreditvergabe zuletzt weiter Fahrt auf. Die Einlagen des Privatsektors wachsen dagegen seit einem Jahr deutlich schwächer als im längerfristigen Trend, so dass sich der Vorjahresvergleich auf nur mehr etwa 4 % verringerte. Der jahrelange Trend einer abnehmenden Quote von Krediten zu Einlagen ist damit zumindest vorläufig zum Ende gekommen.

In Japan verlangsamten sich im ersten Quartal 2016 sowohl das Kredit- als auch das Einlagenwachstum des privaten Sektors leicht auf rund 2 % bzw. etwa doppelt so viel. In China zeigte sich das Kreditgeschäft mit Unternehmen und Haushalten trotz der konjunkturellen Abkühlung weiterhin robust und konnte mit niedrigen zweistelligen Raten zulegen. Ähnlich war die Lage auf der Einlagenseite, auch wenn sich die Dynamik im Geschäft mit privaten Haushalten zuletzt etwas verringerte.

Ergebnis der Deutschen Bank

Im ersten Quartal 2016 war das Ergebnis der Deutschen Bank geprägt durch das schwierige Ertragsumfeld insbesondere in Global Markets und Corporate Finance und die anhaltende Implementierung strategischer Entscheidungen. Der Ertragsrückgang wurde teilweise durch eine Abnahme der zinsunabhängigen Aufwendungen infolge gesunkener Kosten für Rechtsstreitigkeiten kompensiert. Wir haben weiterhin gute Fortschritte in der Umsetzung unserer Risikoabbauziele und den Restrukturierungsmaßnahmen gemacht. Wir sind weiterhin fokussiert auf die Umsetzung unserer Strategie.

Die finanziellen Key Performance Indicators (KPIs) des Konzerns für das erste Quartal sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Konzernfinanzkennzahlen	31.3.2016	31.3.2015
Erträge	8,1 Mrd €	10,4 Mrd €
Ergebnis vor Steuern	0,6 Mrd €	1,5 Mrd €
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern	0,2 Mrd €	0,6 Mrd €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital) ¹	1,6 %	3,9 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) ¹	1,4 %	3,1 %
Bereinigte Kostenbasis ²	6,7 Mrd €	6,9 Mrd €
Aufwand-Ertrag-Relation ³	89,0 %	83,6 %
Risikogewichtete Aktiva	400,9 Mrd €	431,4 Mrd €
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ⁴	10,7 % ⁵	11,1 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁶	3,4 %	3,4 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären und zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ zu finden.

² Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Wertberichtigungen auf Firmenwerte und immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

³ Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzüglich der zinsunabhängigen Erträge.

⁴ Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Berechnung der Common Equity Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁵ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen, sofern der EZB-Rat keine Einwände hat.

⁶ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht zu finden.

Ertragslage des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015		
Erträge:				
Davon:				
GM	2.774	3.598	- 824	- 23
CIB	1.825	2.135	- 311	- 15
PW&CC	1.737	2.092	- 355	- 17
Deutsche AM	736	840	- 104	- 12
Postbank	861	858	3	0
NCOU	16	395	- 379	- 96
C&A	120	458	- 337	- 74
Erträge insgesamt	8.068	10.376	- 2.307	- 22
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	304	218	86	40
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	3.194	3.433	- 239	- 7
Sachaufwand	3.736	5.069	- 1.333	- 26
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	44	153	- 110	- 71
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	211	23	188	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	7.184	8.678	- 1.494	- 17
Ergebnis vor Steuern	579	1.479	- 900	- 61
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	343	920	- 577	- 63
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	236	559	- 323	- 58

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Im ersten Quartal 2016 wurden in unseren Unternehmensbereichen im Vergleich zum Vorjahresquartal niedrigere Erträge verzeichnet. Dies war hauptsächlich auf herausfordernde Marktbedingungen, eine geringere Kundenaktivität und die Implementierung strategischer Entscheidungen zurückzuführen. Die Auswirkungen des Ertragsrückgangs wurden teilweise durch einen Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen infolge geringerer Kosten für Rechtsstreitigkeiten aufgrund im ersten Quartal 2016 abgeschlossener Verfahren, die im Wesentlichen durch Rückstellungen abgedeckt waren, und eines gesunkenen Personalaufwands kompensiert.

Die Konzernerträge verringerten sich im ersten Quartal 2016 um 2,3 Mrd € (22 %) auf 8,1 Mrd €. Diese Entwicklung basiert hauptsächlich auf einem signifikanten Rückgang in marktsensitiven Geschäftsbereichen wie GM, CIB und Deutsche AM und zu einem geringeren Grad auf Geschäftsbereichen, die sensitiv auf das niedrigere Zinsumfeld reagieren wie PW&CC und Postbank. Die Konzernerträge beinhalteten einen Ertrag von 65 Mio € aufgrund des erfolgreichen Abschlusses des öffentlichen Kaufangebots für bestimmte vorrangige unbesicherte Anleihen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen betragen 7,2 Mrd € im ersten Quartal 2016 und sanken damit gegenüber dem Vergleichsquartal 2015 um 1,5 Mrd € (17 %), was im Wesentlichen aus geringeren Kosten für Rechtsstreitigkeiten resultierte. Der Personalaufwand belief sich auf 3,2 Mrd €. Die Abnahme um 239 Mio € (7 %) war vor allem auf geringere Kosten für variable Vergütung in bar und die Bindung von Mitarbeitern zurückzuführen, die teilweise durch höhere Aufwendungen für die fixe Vergütung aufgehoben wurden. Der Sach- und sonstige Aufwand ging um 1,3 Mrd € auf 3,7 Mrd € zurück. Dies war vorwiegend auf eine deutliche Abnahme der Kosten für Rechtsstreitigkeiten gegenüber dem ersten Quartal 2015. Dem stand eine Zunahme der EDV-Aufwendungen infolge einer höheren Amortisierung selbst entwickelter Software und eines Anstiegs der Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen gegenüber. Die Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen stiegen hauptsächlich aufgrund der Unterstützung für strategische und regulatorische Projekte und auch aufgrund von Prüfungsdienstleistungen. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich außerdem aufgrund einer Zunahme der Restrukturierungskosten um 188 Mio €, die hauptsächlich aus Rückstellungen für die Optimierung des Deutschlandgeschäfts resultierten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Quartal 2016 auf 304 Mio € und war damit um 86 Mio € (40 %) höher als im Vorjahreszeitraum. Dies war vorwiegend auf eine höhere Risikovorsorge in CIB und NCOU zurückzuführen. Der Anstieg in CIB wurde im Wesentlichen durch unsere Leveraged Finance- und Emerging Markets Portfolios verursacht, während der Anstieg in NCOU hauptsächlich auf nach IAS 39 umklassifizierte Aktiva in unseren European Mortgage Portfolios zurückzuführen ist. Diese Anstiege würden teilweise kompensiert von geringerer Risikovorsorge in PW&CC sowie bei der Postbank, die unter anderem auf das günstige wirtschaftliche Umfeld zurückzuführen war.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im ersten Quartal 2016 auf 579 Mio € gegenüber 1,5 Mrd € im Vorjahreszeitraum. Diese Entwicklung war vor allem durch einen Ertragsrückgang bedingt.

Der Gewinn nach Steuern belief sich im ersten Quartal 2016 auf 236 Mio € gegenüber 559 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres. Der Ertragsteueraufwand betrug im Berichtsquartal 343 Mio € nach 920 Mio € im Vorjahresquartal. Die effektive Steuerquote im ersten Quartal 2016 von 59 % wurde im Wesentlichen durch Steuereffekte im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen und unserem Investment in der Hua Xia Bank Co. Ltd. beeinflusst. Die effektive Steuerquote des Vorjahresquartals von 62 % wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das erste Quartal 2016 und 2015. Für Informationen zu den Änderungen in der Segmentberichterstattung siehe den entsprechenden Abschnitt „Segmentberichterstattung“ in den Anhangangaben.

	1. Quartal 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Erträge	2.774	1.825	1.737	736	861	16	120	8.068
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	15	136	36	0	41	75	0	304
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	503	498	643	178	348	15	1.009	3.194
Sachaufwand	1.784	801	930	339	349	454	-921	3.736
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	44	0	0	0	44
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	70	73	56	7	0	5	-0	211
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.356	1.372	1.629	567	697	475	88	7.184
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	23	0	0	0	0	-0	-23	0
Ergebnis vor Steuern	380	316	71	168	122	-533	55	579
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	85	75	94	77	81	N/M	N/M	89
Aktiva	1.221.686	135.723	173.487	34.688	139.017	19.356	16.612	1.740.569
Risikogewichtete Aktiva (CRR/CRD 4 Vollumsetzung)	167.268	85.219	50.448	12.566	43.754	30.684	11.002	400.944
Verschuldungsposition (CCR/CRD4) – Stichtagswert	742.118	262.916	183.048	15.576	144.918	31.182	10.707	1.390.464
Durchschnittliches Eigenkapital	23.780	12.079	9.419	6.568	5.703	5.026	0	62.575
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	4,5	7,5	2,4	25,7	5,9	N/A	N/A	1,6
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen Eigenkapital) (in %) ¹	4,2	6,8	2,0	6,7	5,6	N/A	N/A	1,4

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt und betrug 59 %. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	1. Quartal 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Erträge	3.598	2.135	2.092	840	858	395	458	10.376
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1	50	80	0	57	29	1	218
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	648	563	651	202	338	30	1.002	3.433
Sachaufwand	2.929	798	958	312	350	654	-931	5.069
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	153	0	0	0	153
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	20	2	1	-0	0	0	-0	23
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.597	1.363	1.609	667	688	684	70	8.678
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	16	-0	0	-0	0	0	-16	0
Ergebnis vor Steuern	-16	722	403	173	113	-318	402	1.479
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	100	64	77	79	80	N/A	N/A	84
Aktiva	1.403.297	150.677	172.018	42.110	140.036	33.834	13.493	1.955.465
Risikogewichtete Aktiva (CRR/CRD 4 Vollumsetzung)	178.581	86.245	48.963	10.019	41.281	44.716	21.583	431.390
Verschuldungsposition (CCR/CRD4) – Stichtagswert	832.563	272.613	178.923	16.109	143.012	75.188	30.560	1.548.969
Durchschnittliches Eigenkapital	22.940	11.746	10.087	5.928	8.659	8.484	3.309	71.153
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	-0,2	17,6	13,1	36,9	5,0	N/A	N/A	3,9
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen Eigenkapital) (in %) ¹	-0,2	15,9	10,3	7,5	3,4	N/A	N/A	3,1

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt und betrug 62 %. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

Segmentüberblick

Global Markets (GM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Verän- derung	Verän- derung in %
	2016	2015		
Erträge:				
Sales & Trading (Equity)	728	1.027	- 299	- 29
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.049	2.905	- 856	- 29
Sales & Trading	2.778	3.933	- 1.155	- 29
Sonstige Produkte	- 3	- 334	331	N/A
Erträge insgesamt	2.774	3.598	- 824	- 23
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	15	1	14	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	503	648	- 146	- 22
Sachaufwand	1.784	2.929	- 1.145	- 39
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	70	20	50	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.356	3.597	- 1.241	- 34
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	23	16	7	45
Ergebnis vor Steuern	380	- 16	396	N/A

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Das Ergebnis von Global Markets wurde im ersten Quartal 2016 durch ein herausforderndes Marktumfeld, eine geringere Kundenaktivität und die Implementierung der Strategie 2020 mit dem Abbau von Risiken und der Fokussierung der Geschäftsaktivitäten beeinflusst. Die Erträge beliefen sich auf 2,8 Mrd €, was einem Rückgang um 824 Mio € (23 %) entspricht. Darin sind Gewinne aus dem öffentlichen Kaufangebot für Deutsche-Bank-Anleihen enthalten.

Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) erzielte Erträge von 2,0 Mrd €, die um 856 Mio € (29 %) unter dem Wert des Vorjahres lagen. Die Erträge aus dem Handel mit Kreditprodukten waren rückläufig. Während die herausfordernden Marktbedingungen besonders das Flow Credit Geschäft beeinträchtigten, verzeichnete das Finanzierungsgeschäft weiterhin ein gutes Ergebnis. Die Erträge wurden zudem durch einen Risikoabbau im Bereich Securitised Trading im Rahmen der Strategie 2020 sowie erweiterte „Know-Your-Client-Prozesse (KYC)“ belastet. Im Rates-Geschäft waren die Erträge im Vergleich zu dem starken Vorjahresquartal deutlich geringer. Dies war auf das schwierige Marktumfeld, vor allem in Europa, zurückzuführen. In der Region Asien-Pazifik gingen die Erträge wegen der Sorgen um das Wachstum in China und aufgrund des herausfordernden Marktumfelds erheblich zurück. Im Bereich Emerging Markets wurde ein signifikanter Ertragsrückgang verzeichnet, der durch ein schwaches Marktumfeld und den Rückzug aus bestimmten Ländern im Zuge der Implementierung der Strategie 2020 bedingt war. Die Erträge im Devisengeschäft waren wegen geringerer Kundenaktivität niedriger als im starken Vorjahresquartal.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete Erträge von 728 Mio €, was einem Rückgang um 299 Mio € (29 %) entspricht. Die erhebliche Abnahme der Erträge von Cash Equities vor allem in Europa und Asien war auf eine höhere Marktvolatilität und geringere Kundenvolumina zurückzuführen. Im Bereich Equity Derivatives sanken die Erträge deutlich infolge niedrigerer Kundenaktivität und eines schwierigen Marktumfelds. Die Erträge von Prime Finance blieben gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres unverändert.

Sonstige Erträge (einschließlich der Ertragsteilungen mit CIB) entsprachen negativen -3 Mio € (2015: negative 334 Mio €). Sie beinhalteten Transfers von und nach Corporate & Investment Banking, die aus der Kundenbetreuung und dem Produktvertrieb resultieren, sowie drei Bewertungsanpassungen, die zu einem Gewinn von insgesamt 143 Mio € führten: erstens, einen Marktwertgewinn von 22 Mio € (2015: Verlust von 18 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiva für kreditbezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments – CVAs); zweitens, einen Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments – FVAs) von 82 Mio € (2015: Verlust von 144 Mio €, der einen negativen Effekt von 84 Mio € aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode beinhaltete); drittens, einen Gewinn von 202 Mio € (2015: Verlust von 13 Mio €) im Zusammenhang mit den Auswirkungen einer bonitätsbezogenen Bewertungsanpassung (Debt Value Adjustment – DVA) bei bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Netto-Zuführungen zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Global Markets belief sich auf 15 Mio € (2015: 1 Mio €), die auf eine kleine Anzahl von Engagements konzentriert waren.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 1,2 Mrd € (34 %). Diese Entwicklung resultierte aus einem Rückgang der Kosten für Rechtsstreitigkeiten um 1,1 Mrd €, niedrigeren Aufwendungen für Boni und günstigen Wechselkursänderungen.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich auf 380 Mio € (2015: Verlust von 16 Mio €). Diese Zunahme war vor allem durch gesunkene Kosten für Rechtsstreitigkeiten bedingt, deren Ergebniseffekt teilweise durch geringere Erträge infolge schwieriger Marktbedingungen aufgehoben wurden.

Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking (CIB)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015		
Erträge:				
Trade Finance & Cash Management Corporates	651	702	-51	-7
Institutional Cash & Securities Services	451	435	15	4
Equity-Emissionsgeschäft	64	204	-139	-68
Debt-Emissionsgeschäft	294	437	-144	-33
Beratung	151	145	6	4
Kreditgeschäft & Sonstiges	214	211	2	1
Erträge insgesamt	1.825	2.135	-311	-15
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	136	50	86	171
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	498	563	-65	-12
Sachaufwand	801	798	3	0
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	73	2	71	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	1.372	1.363	9	1
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	-0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	316	722	-406	-56

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Das erste Quartal 2016 war geprägt durch ein volatiles Marktumfeld, das zu geringeren Primärmarktaktivitäten in unserem Geschäftsbereich Corporate Finance führte, sowie durch anhaltend niedrige Zinssätze in Kernmärkten, die sich auf unseren Geschäftsbereich Global Transaction Banking auswirkten. Das Zusammenspiel dieser Faktoren resultierte in einem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern im Vergleich zum ersten Quartal 2015.

Die Erträge in CIB lagen bei 1,8 Mrd € und damit um 311 Mio € (15 %) unter dem Wert des Vorjahresquartals. In Trade Finance & Cash Management Corporates sanken die Erträge um 51 Mio € (7 %). Ursächlich hierfür waren vorwiegend eine Verschlechterung im traditionellen und strukturierten Handelsfinanzierungsgeschäft sowie das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa, welches das Cash-Management-Geschäft für Unternehmenskunden unter Druck setzte. Der Bereich Institutional Cash & Securities Services erzielte dank höherer Zinssätze in den USA und eines Anstiegs der Transaktionsvolumina einen Ergebniszuwachs von 15 Mio € (4 %). Der Ertragsrückgang im Equity-Emissionsgeschäft betrug 139 Mio € (68 %) und in Debt-Emissionsgeschäft 144 Mio € (33 %). Dies war auf schwierige Marktbedingungen und nachlassende Kundenaktivitäten zurückzuführen. In Advisory stiegen die Erträge als Ergebnis der im ersten Quartal 2016 abgeschlossenen Transaktionen um 6 Mio € (4 %). Kreditgeschäft & Sonstiges beinhalteten Erträge aus der Kreditvergabe an Unternehmen sowie aus Überträgen von und zu dem Segment Global Markets, welche aus dem Erstemissionsgeschäft und dem Verkauf von Kapitalmarktprodukten an Firmenkunden resultierten. Im Vergleich zum Vorjahresquartal stiegen die Erträge im Bereich Kreditgeschäft & Sonstiges leicht um 2 Mio € (1 %).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich um 86 Mio € (171 %), maßgeblich bestimmt durch das Leveraged-Finance-Portfolio sowie einen Einzelfall in einem Schwellenmarkt.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 1,4 Mrd € stiegen leicht um 9 Mio € (1%). Dieser Anstieg resultierte hauptsächlich aufgrund höherer Restrukturierungsaufwendungen aus den gegenwärtigen strategischen Initiativen; teilweise wurde dies kompensiert durch den positiven Beitrag geringerer Abgrenzung der variablen Vergütung und höherer Kostendisziplin.

Das Ergebnis vor Steuern sank um 406 Mio € (56 %) auf 316 Mio €. Maßgebliche Gründe hierfür waren ein Rückgang der Erträge und ein Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Unternehmensbereich Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015		
Erträge:				
Kreditgeschäft	539	540	- 0	- 0
Einlagengeschäft	312	343	- 31	- 9
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	299	378	- 79	- 21
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	137	145	- 8	- 5
Sonstige Produkte	75	24	51	N/A
Private & Commercial Clients (PCC) Erträge insgesamt	1.362	1.429	- 67	- 5
Zinsüberschuss	213	198	15	8
Managementgebühren	176	198	- 22	- 11
Transaktionsbezogene Erträge	101	145	- 44	- 30
Sonstige Erträge	9	- 1	10	N/A
Wealth Management (WM) Erträge insgesamt	498	539	- 41	- 8
Hua Xia	- 124	124	- 247	N/A
Erträge insgesamt	1.737	2.092	- 355	- 17
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	36	80	- 43	- 54
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	643	651	- 8	- 1
Sachaufwand	930	958	- 28	- 3
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	56	1	55	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	1.629	1.609	20	1
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	71	403	- 332	- 82

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Das Geschäftsumfeld von PW&CC blieb zu Jahresbeginn 2016 herausfordernd. Mit dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld gingen turbulente Märkte einher, was zu einer sehr geringen Kundenaktivität, vor allem im Investmentgeschäft, führte. Das Ergebnis vor Steuern von 71 Mio € im ersten Quartal 2016 wurde zudem durch zwei Sondereffekte belastet: Zum einen ergaben sich im Berichtsquartal weitere Bewertungseffekte von per Saldo negativen 124 Mio € im Zusammenhang mit unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. Zum anderen enthielt das Quartal Aufwendungen für Restrukturierung und Abfindungszahlungen von insgesamt 70 Mio € für Transformationsmaßnahmen im Rahmen unserer Strategie 2020. Ohne Berücksichtigung dieser beiden Faktoren erzielte PW&CC im Berichtsquartal ein Ergebnis auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahresquartal.

Die Erträge blieben um 355 Mio € unter dem Vorjahresquartal, wovon 247 Mio € auf unsere Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. zurückzuführen waren. Das erste Quartal im Vorjahr enthielt noch laufende Beteiligungserträge, wohingegen das Berichtsquartal durch die vorgenannten negativen Bewertungseffekte von netto 124 Mio € belastet war. In unseren Private & Commercial Clients-Bereichen (PCC) verringerten sich die Erträge im Vergleich zum Vorjahresquartal um 67 Mio € (5 %). Diese Entwicklung war insbesondere auf Erträge aus Anlage- und Versicherungsprodukten zurückzuführen, die wegen geringerer Kundenaktivität in dem schwierigen Marktumfeld um 79 Mio € (21 %) unter dem starken Vorjahresquartal blieben. Darüber hinaus reduzierten sich die Erträge im Einlagengeschäft wegen weiter gesunkener Zinsen im Euroraum um 31 Mio € (9 %). Diese Rückgänge wurden teilweise durch eine Dividendenzahlung von 50 Mio € kompensiert, die im Nachgang zu einer von einem Beteiligungsunternehmen von PCC in 2015 durchgeführten Verkaufstransaktion entstand. Im Bereich Wealth Management (WM) gingen die Erträge um 41 Mio € (8 %) zurück. Der Rückgang war vornehmlich auf um 44 Mio € (30 %) geringere erfolgsabhängige und transaktionsbezogene Provisionserträge zurückzuführen. Ursache war auch hier die in einem schwierigen Marktumfeld niedrigere Kundenaktivität. Die ungünstige Marktentwicklung führte zudem zu rückläufigen Managementgebühren, die durch höhere Zinserträge im Einlagengeschäft teilweise kompensiert werden konnten. Dies war hauptsächlich auf höhere Margen zurückzuführen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich gegenüber dem Vergleichsquartal 2015 um 43 Mio €. Dies war auf die Qualität unseres Kreditportfolios und das günstige wirtschaftliche Umfeld zurückzuführen. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft profitierte im Berichtsquartal zudem von ausgewählten Portfolioverkäufen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen im Vergleich zum ersten Quartal 2015 leicht um 20 Mio €. Dieser Anstieg war auf Restrukturierungsaufwendungen von 56 Mio € sowie Abfindungszahlungen von 14 Mio € im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie 2020 zurückzuführen. Diesen Kostenerhöhungen standen geringere Sach- und sonstige Aufwendungen entgegen, die Maßnahmen zur Kostenbegrenzung im laufenden Quartal widerspiegeln.

Insgesamt blieb das Ergebnis vor Steuern um 332 Mio € (82 %) unter dem Vorjahresquartal. Dieser Rückgang basierte nahezu vollständig auf den vorgenannten Effekten von 247 Mio € im Zusammenhang mit der Hua Xia Bank und den 70 Mio € Aufwendungen für die Umsetzung der Strategie 2020. Geringere Erträge in einem schwierigeren Marktumfeld wurden durch die niedrigere Risikovorsorge im Kreditgeschäft und reduzierte Sach- und sonstige Aufwendungen weitgehend kompensiert.

Die Invested Assets in PW&CC reduzierten sich gegenüber dem 31. Dezember 2015 um 22 Mrd €, wovon 17 Mrd € auf negative Marktwertentwicklungen und Währungseffekte zurückzuführen waren. Darüber hinaus ergaben sich im Quartal Nettomittelabflüsse von 4 Mrd €. Die 2 Mrd € Nettomittelabflüsse reflektieren die Risikoabbauaktivitäten unserer Kunden, die weiterhin durchgeführt werden, die Risikooptimierungsanstrengungen und als auch Effizienzsteigerungen in länderübergreifenden Dienstleistungen. Dieser Effekt konnte teilweise durch Zuflüsse im Einlagengeschäft und neue Beratungsmandate kompensiert werden. In PCC beliefen sich die Mittelabflüsse im ersten Quartal 2016 auf 2 Mrd €. Den Mittelabflüssen im Einlagengeschäft standen teilweise Mittelzuflüsse im Wertpapiergeschäft entgegen.

Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015		
Erträge:				
Managementgebühren	542	580	-38	-7
Transaktionsbezogene Erträge	29	47	-18	-39
Sonstige Erträge	123	36	86	N/A
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	43	176	-133	-76
Erträge insgesamt	736	840	-104	-12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	0	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	178	202	-24	-12
Sachaufwand	339	312	27	9
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	44	153	-109	-71
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	7	-0	7	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	567	667	-100	-15
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	-0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	168	173	-5	-3

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Die Deutsche AM konnte im ersten Quartal 2016 trotz niedrigerer Erträge aufgrund schwieriger Marktbedingungen ein stabiles Ergebnis erzielen.

Die Nettoerträge betragen 736 Mio €, ein Rückgang um 104 Mio € (12 %) im Vergleich zum ersten Quartal 2015. Managementgebühren sanken um 38 Mio € (7 %). Dies ist auf einen Rückgang des durchschnittlich verwalteten Vermögens infolge eines geringeren Marktniveaus und der Nettomittelabflüsse zurückzuführen. Erfolgsabhängige Erträge sowie Transaktionsgebühren und andere nicht-wiederkehrenden Erträge sanken um 18 Mio € (39 %) aufgrund geringerer erfolgsabhängiger Gebühren für alternative Produkte. Andere Erträge stiegen um 86 Mio €, da das Vorjahr Abschreibungen in aktiven Produkten im Zusammenhang mit dem HETA Engagement in Höhe von 110 Mio € verzeichnete. Des Weiteren war das erste Quartal 2016 positiv vom Verkauf von Asset Management Indien beeinflusst, was aber durch niedrigere Erträge in alternativen Anlagen aufgehoben wurde. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life gingen um 133 Mio € aufgrund geringerer Marktgewinne zurück.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 567 Mio € gingen um 100 Mio € (15 %) zurück. Dies resultiert aus gesunkenen Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sowie niedrigere Gehaltsaufwendungen, die allerdings zum Teil durch höhere allgemeine Verwaltungskosten kompensiert wurden.

Der Gewinn vor Steuern betrug 168 Mio €, ein Rückgang um 5 Mio € (3 %) infolge des oben genannten Ertragsrückgangs.

Die Invested Assets beliefen sich zum 31. März 2016 auf 739 Mrd €, ein Rückgang um 38 Mrd € im Vergleich zum 31. Dezember 2015. Hauptgründe hierfür waren negative Währungseffekte von 15 Mrd €, Mittelabflüsse in Höhe von 14 Mrd €, negative Marktentwicklungen von 5 Mrd € und Veräußerungen von 5 Mrd €.

in Mrd €	Alternativ	Geldmarkt	Aktien	Renten	Multi Asset	Invested Assets
Bestand zum 31. Dezember 2015	93	77	199	319	89	777
Nettomittelaufkommen	0	(7)	(1)	(4)	(1)	(14)
Währungsentwicklung	(2)	(2)	(3)	(7)	(1)	(15)
Marktentwicklung	1	(1)	(9)	6	(2)	(5)
Sonstiges	0	(1)	0	(2)	0	(4)
Bestand zum 31. März 2016	91	66	185	312	85	739
Durchschnittlicher Gebührensatz (Basispunkte)	51	8	49	15	39	

Die Client Assets beliefen sich zum 31. März 2016 auf 791 Mrd €, ein Rückgang um 36 Mrd € im Vergleich zum 31. Dezember 2015.

Postbank

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015		
Erträge:				
Girogeschäft	270	291	-21	-7
Kreditgeschäft	316	306	10	3
Spargeschäft	219	235	-16	-7
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	24	28	-3	-11
Postdienstleistungen	60	61	-1	-2
NCOU	-39	-59	20	-33
Sonstiges	11	-3	14	N/A
Erträge insgesamt	861	858	3	0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	41	57	-16	-27
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	348	338	10	3
Sachaufwand	349	350	-1	-0
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	0	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	697	688	9	1
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	-0	N/A
Ergebnis vor Steuern	122	113	9	8

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Trotz des anhaltend niedrigen Zinsumfelds konnte das Postbank Segment ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 122 Mio € erzielen, was eine Steigerung von 11 % bzw. 12 Mio € im Vergleich zum Vorjahresquartal bedeutet. Der Anstieg wurde hauptsächlich durch die geringere Risikovorsorge getrieben und teilweise durch die steigenden Aufwendungen für die EU-Einlagensicherung kompensiert.

Die Gesamterträge lagen relativ unverändert auf dem Niveau des Vorjahresquartals. Das Niedrigzinsumfeld führte zu einem Rückgang der Erträge bei Girokonten und im Spargeschäft. Das Neugeschäft in den Bereichen Baufinanzierung und Konsumentenkredite zeigte im ersten Quartal 2016 jedoch weiterhin Wachstumsraten im zweistelligen Prozentbereich, was zu steigenden Erträgen im Kreditgeschäft führte. Die Verbesserung der Erträge in der Postbank NCOU waren teilweise von dem Auslaufen hochverzinslicher Verbindlichkeiten getrieben, während die sonstigen Erträge in erster Linie durch realisierte Gewinne im Rahmen der Reduzierung eines Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zu Grunde liegt, beeinflusst wurden. Die Erträge aus Wertpapier- und Versicherungsgeschäft gingen aufgrund der gestiegenen Volatilität der Kapitalmärkte und des anhaltenden niedrigen Zinsumfelds zurück.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verbesserte sich um 27 % bzw. 16 Mio € im Vergleich zum Vorjahresquartal aufgrund des positiven volkswirtschaftlichen Umfelds in Deutschland.

Die gesamten zinsunabhängigen Aufwendungen lagen mit einer Steigerung von 1 % bzw. 9 Mio € relativ unverändert auf dem Niveau des Vorjahresquartals. Steigende regulatorische Aufwendungen, Dissynergien im Zusammenhang mit der Entflechtung von der Deutschen Bank Gruppe, Aufwendungen für die EU-Einlagensicherung und Investitionen in Effizienzmaßnahmen und Digitalisierung führten zu ansteigenden zinsunabhängigen Aufwendungen. Die Postbank konnte diese durch eine kontinuierliche Kostenkontrolle und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung ausgleichen.

Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich um 8 % bzw. 9 Mio € von 113 Mio € auf 122 Mio € im ersten Quartal 2016.

Die Invested Assets beliefen sich zum 31. März 2016 auf 74 Mrd €, ein Rückgang um 1 Mrd € im Vergleich zum 31. Dezember 2015. Die Client Assets beliefen sich zum 31. März 2016 auf 110 Mrd €, unverändert im Vergleich zum 31. Dezember 2015.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit (NCOU)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015		
Erträge insgesamt	16	395	-379	-96
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	75	29	46	158
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	15	30	-14	-48
Sachaufwand	454	654	-200	-31
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	5	0	5	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	475	684	-209	-31
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-0	0	-0	N/A
Ergebnis vor Steuern	-533	-318	-216	68

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Im ersten Quartal 2016 hat die NCOU ihre Strategie zum Risikoabbau mit einem besonderen Fokus auf Kapitalbeitrag und Initiativen zum Schuldenabbau fortgesetzt. Im Berichtsquartal wurde der Risikoabbau durch herausfordernde Marktbedingungen beeinträchtigt und führte zu Verlusten in Höhe von 123 Mio.

Die Erträge sanken um 379 Mio € auf 16 Mio € im ersten Quartal 2016. Dies war vor allem auf eine Zahlung in Höhe von 219 Mio € im Zusammenhang mit einer spezifischen Rechtsstreitigkeit im Vorjahresquartal zurückzuführen. Die geringeren Portfolioerträge nach dem Verkauf von Beteiligungen wurden teilweise durch Bewertungs- und Marktwertanpassungen kompensiert. Der Risikoabbau im Berichtsquartal führte zu Verlusten in den Erträgen von 90 Mio € gegenüber Gewinnen von 98 Mio € im Vergleichsquartal 2015.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg um 46 Mio € auf 75 Mio €. Diese Zunahme war vorwiegend durch höhere Rückstellungen für nach IAS 39 umklassifizierte Aktiva in den European Mortgage Portfolios bedingt.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen gingen um 209 Mio € (31 %) auf 475 Mio € zurück. Dieser Rückgang war im Wesentlichen durch niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten bedingt. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten waren um 24 % niedriger als im Vorjahresquartal, was auf den anhaltenden Risikoabbau, darunter der Verkauf von Maher Prince Rupert, zurückzuführen ist.

Der Verlust vor Steuern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresquartal um 216 Mio € auf 533 Mio €. Dieser Anstieg gegenüber dem Vergleichsquartal 2015 resultierte im Wesentlichen aus geringeren Erträgen, die teilweise durch gesunkene Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten ausgeglichen wurden.

Consolidation & Adjustments (C&A)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015		
Erträge insgesamt	120	458	- 337	- 74
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	1	- 0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	1.009	1.002	7	1
Sachaufwand	- 921	- 931	10	- 1
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	- 0	- 0	- 0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	88	70	17	25
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 23	- 16	- 7	47
Ergebnis vor Steuern	55	402	- 347	- 86

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

C&A verzeichnete im ersten Quartal 2016 ein Ergebnis vor Steuern von 55 Mio € gegenüber 402 Mio € im Vergleichs-
quartal des Vorjahres. Dieser Rückgang resultierte vornehmlich aus dem Rückgang des Gewinns auf 172 Mio € wegen
unterschiedlichen Bewertungs- und Terminierungsmethoden, während im ersten Quartal 2015 ein Gewinn in Höhe von
324 Mio € erzielt worden war. Ursache für den höheren Gewinn im Vorjahr waren höhere Aufschläge für eigene Ver-
bindlichkeiten und eine Erweiterung des Basisspreads zwischen Euro und US-Dollar. Das Ergebnis des ersten Quar-
tals beinhaltet ferner negative Erträge von 64 Mio € aus Wechselkursänderungen im Zusammenhang mit unserer
Emission zusätzlichen Tier-1-Kapitals in britischen Pfund. Dem steht ein Gewinn von 64 Mio € im Vorjahr gegenüber.
Zusätzlich umfassen die Zinsunabhängigen Aufwendungen Kosten von 35 Mio € für die Entkonsolidierung der Postbank.

Vermögenslage

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2016	31.12.2015	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Barreserven und Zentralbankeinlagen	113.040	96.940	16.100	17
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	10.083	12.842	-2.759	-21
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapier- pensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	62.356	56.013	6.343	11
Handelsaktiva	174.947	196.035	-21.089	-11
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	581.291	515.594	65.697	13
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	107.100	109.253	-2.153	-2
Davon:				
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	52.855	51.073	1.782	3
Forderungen aus Wertpapierleihen	19.443	21.489	-2.046	-10
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	424.060	427.749	-3.689	-1
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.233	0	3.233	N/A
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	142.037	94.939	47.098	50
Übrige Aktiva	122.423	119.764	2.659	2
Summe der Aktiva	1.740.569	1.629.130	111.439	7
Einlagen	559.140	566.974	-7.834	-1
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpa- pierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	17.322	13.073	4.249	33
Handelspassiva	63.810	52.304	11.505	22
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	561.532	494.076	67.456	14
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	52.729	44.852	7.878	18
Davon:				
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	40.234	31.637	8.597	27
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.312	554	758	137
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	28.477	28.010	467	2
Langfristige Verbindlichkeiten	151.361	160.016	-8.656	-5
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	175.412	134.637	40.775	30
Übrige Passiva	64.241	67.563	-3.322	-5
Summe der Verbindlichkeiten	1.674.023	1.561.506	112.517	7
Eigenkapital insgesamt	66.546	67.624	-1.078	-1

N/A – Nicht aussagekräftig

Entwicklung der Aktiva

Zum 31. März 2016 erhöhte sich unsere Bilanzsumme im Vergleich zum 31. Dezember 2015 um 111,4 Mrd € (oder 7 %).

Haupttreiber dieser Erhöhung waren der Anstieg der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 65,7 Mrd €, der fast vollständig auf Zinsprodukte als Folge der Verringerung der Swap Spreads zurückzuführen war, sowie die Zunahme der Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung um 47,1 Mrd € infolge des üblicherweise zu verzeichnenden saisonalen Musters von niedrigeren Beständen zum Jahresende gegenüber höheren Volumina im Jahresverlauf sowie durch erhöhte Sicherheitsleistungen, die mit dem Anstieg der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten einhergingen.

Während des ersten Quartals erhöhten sich die Barreserven und Zentralbankeinlagen um 16,1 Mrd € aufgrund unserer Liquiditätsmanagement-Aktivitäten, die auch eine Umwidmung von liquiden Wertpapieren in Zentralbankguthaben umfassten. Im gleichen Zeitraum verringerten sich die Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) um 2,8 Mrd €.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind zusammen um 6,1 Mrd € angestiegen, überwiegend getrieben durch Geldleihe vor dem Hintergrund niedriger Handelsbestände, die zur Stellung von Sicherheiten verfügbar sind, sowie einer Erhöhung der Short-Positionen von Kunden.

Beginnend in 2016 haben wir bestimmte Anlagen in Wertpapieren als Teil unserer strategischen Liquiditätsreserve von der Position „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Position „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“ umgewidmet, um unerwünschte Volatilität in deren Bewertung zu vermeiden. Die per 31. März 2016 neu berichteten 3,2 Mrd € in der Position „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“ entsprechen dem Rückgang über den gleichen Betrag in der Position „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ (in den Übrigen Aktiva enthalten).

Handelsaktiva gingen im ersten Quartal um 21,1 Mrd € zurück, hauptsächlich getrieben von Aktientiteln aufgrund einer geringeren Kundennachfrage sowie fallender Märkte.

Der Gesamtanstieg der Bilanz beinhaltet einen Rückgang in Höhe von 34,3 Mrd € aufgrund von Wechselkursveränderungen, überwiegend aufgrund der Aufwertung des Euro gegenüber dem U.S. Dollar sowie dem Pfund Sterling. Diese durch Wechselkursveränderungen bedingten Effekte sind auch in den Veränderungen pro Bilanzposition enthalten, die in diesem Abschnitt diskutiert werden.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Zum 31. März 2016 erhöhte sich die Summe der Verbindlichkeiten um 112,5 Mrd € (oder 7 %) gegenüber dem Jahresende 2015.

Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stiegen um 67,5 Mrd € an, Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung erhöhten sich um 40,8 Mrd €, diese Bewegungen waren hauptsächlich auf die gleichen Ursachen zurückzuführen, die für positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten bzw. für Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung bereits oben beschrieben wurden.

Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankguthaben, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind insgesamt um 13,6 Mrd € gestiegen. Dieser Anstieg resultierte hauptsächlich aus einer gestiegenen besicherten Finanzierung unserer Handelsbestände.

Die Erhöhung der Handelspassiva um 11,5 Mrd € entfiel auf Neugeschäft und Hedging-Aktivitäten, verbunden mit geringeren Aufrechnungsmöglichkeiten aufgrund von verringerten Kundenpositionen.

Einlagen verringerten sich um 7,8 Mrd €, hauptsächlich bedingt durch Wechselkursveränderungen.

Aufgrund eines hohen Volumens an Fälligkeiten, das unsere üblichen Emissionstätigkeiten überstieg, sowie durch den Einfluss unseres öffentlichen Kaufangebots sind unsere langfristigen Verbindlichkeiten im ersten Quartal 2016 um 8,7 Mrd € zurückgegangen.

Ähnlich wie für die Aktivseite spiegelt die Gesamterhöhung der Verbindlichkeiten ebenfalls den Effekt aus Wechselkursveränderungen während der Berichtsperiode wider.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven beliefen sich zum 31. März 2016 auf 213 Mrd € (im Vergleich zu 215 Mrd € zum 31. Dezember 2015), woraus im internen Stressszenario zum 30. September 2015 ein positives Ergebnis resultierte (in einem kombinierten Szenario), und unsere Mindestliquiditätsquote zum 31. März 2016 war 119 % (im Vergleich zu 119 % zum 31. Dezember 2015).

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich zwischen dem 31. März 2016 und dem 31. Dezember 2015 insgesamt um 1,1 Mrd € reduziert. Diese Verminderung resultierte hauptsächlich aus negativen Wechselkursveränderungen in Höhe von 1,1 Mrd € (vor allem US-Dollar) sowie aus einer Nettoerhöhung Eigener Aktien im Bestand um 200 Mio €. Teilweise gegenläufig zu dieser negativen Entwicklung war der Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbare Konzerngewinn von 214 Mio €.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Unser Hartes Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 –Übergangsregeln verringerte sich in den ersten drei Monaten 2016 um 4,1 Mrd € auf 48,3 Mrd €. Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen per 31. März 2016 401,5 Mrd €, verglichen mit 397,4 Mrd € zum Jahresende 2015. Der Rückgang im CRR/CRD 4 – Kernkapital und der Anstieg in den RWA führten zu einer CRR/CRD 4 – Kernkapitalquote von 12,0 % per 31. März 2016, verglichen mit 13,2 % zum Jahresende 2015.

Unser CRR/CRD 4-Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 42,8 Mrd € zum 31. März 2016 und lag damit um 1,3 Mrd € unter den 44,1 Mrd € zum Jahresende 2015. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung beliefen sich auf 400,9 Mrd € zum 31. März 2016, verglichen mit 396,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Aufgrund des verringerten Harten Kernkapitals und des Anstiegs der Risikoaktiva sank unsere Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 -Vollumsetzung zum 31. März 2016 auf 10,7 % nach 11,1 % zum Jahresende 2015.

Weitere Einzelheiten zur Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und der RWA stehen im Risikoberichtsteil dieses Berichtes im Abschnitt ‚Aufsichtsrechtliches Eigenkapital‘.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Zum 31. März 2016 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 3,5 Mrd € (31. Dezember 2015: 4 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 3,3 Mrd € per 31. März 2016 (31. Dezember 2015: 4,3 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen bezüglich dieser Vermögenswerte und zu den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf die Anhangangabe „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ verwiesen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern

Die nachfolgenden Tabellen beinhalten einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung erworbener Monolineabsicherungen.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite

in Mio €	31.3.2016				31.12.2015			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹
AA Monolines: ²								
Sonstige Subprime	10	2	0	2	11	2	0	2
Alt-A	367	88	-9	79	400	97	-12	84
AA Monolines insgesamt³	377	90	-9	81	411	99	-12	86

¹ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten Credit Default Swaps (CDS) werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.

² Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung.

³ Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert. Die Veränderung im Nominalwert beinhalten Umrechnungskursveränderungen in der Periode.

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern

in Mio €	31.3.2016				31.12.2015			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen ¹	Bewertungs- anpassungen ¹	Beizu- legender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen ¹	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen ¹	Bewertungs- anpassungen ¹	Beizu- legender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen ¹
AA Monolines: ²								
TPS-CLO	1.286	374	-65	309	1.374	353	-69	284
CMBS	334	-1	0	-1	378	0	0	0
Studentenkredite	344	50	-7	43	360	52	-14	38
Sonstige	443	62	-27	35	749	84	-29	55
AA Monolines insgesamt	2.407	485	-99	386	2.860	489	-111	377
Nicht-Investment- Grade Monolines: ²								
TPS-CLO	21	4	-2	3	23	5	-2	3
CMBS	1.007	3	0	3	1.443	-1	0	-1
Corporate Single Name/Corporate CDO	21	0	0	0	24	4	-1	3
Studentenkredite	712	107	-14	93	746	84	-14	70
Sonstige	473	96	-29	68	502	97	-31	66
Nicht-Investment- Grade Monolines insgesamt	2.234	210	-45	166	2.737	189	-48	141
Insgesamt^{3,4}	4.641	695	-144	551	5.598	677	-159	518

¹ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten Credit Default Swaps (CDS) werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.

² Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung.

³ Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“ von 25 Mio € zum 31. März 2016 (31. Dezember 2015: 23 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

⁴ Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert. Die Veränderung im Nominalwert beinhalten Umrechnungskursveränderungen in der Periode.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen zu einigen Unternehmen, an denen wir bedeutenden Anteilsbesitz halten. Zudem haben wir Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Unternehmen, bei denen Mitglieder unseres Vorstands Mandate in Aufsichtsräten oder Non-Executive Boards wahrnehmen. Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen erbringen wir diverse Finanzdienstleistungen, die wir üblicherweise unseren Kunden anbieten. Weitere Informationen sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Christian Sewing ist ab 1. Januar 2016 CEO Germany und als Head of Private, Wealth & Commercial Clients auch für die Betreuung der vermögenden Privatkunden verantwortlich.

Ab 1. Januar 2016 haben Quintin Price Vorstandsverantwortung für das Deutsche Asset Management, Garth Ritchie für Global Markets und Jeff Urwin für Corporate & Investment Banking übernommen.

Im Aufsichtsrat gibt es keine Veränderungen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Informationen hierzu sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Strategie

In unserem Geschäftsbericht 2015 haben wir Details unserer neuen „Strategie 2020“ bekannt gegeben, die das Ziel verfolgt, unser gesamtes Produkt- und Serviceangebot stärker zu fokussieren, um eine weniger komplexe und effizientere Bank mit verringerten Risiken und einer gestärkten Kapitalbasis zu werden.

Im Einzelnen haben wir uns vier strategische Ziele gesetzt:

- erstens unsere Bank einfacher und effizienter zu machen
- zweitens Risiken abzubauen
- drittens unsere Kapitalposition zu stärken
- viertens die Bank disziplinierter zu führen

Diese strategischen Ziele sind mit klaren Finanzziele unterlegt. Beginnend mit den wichtigsten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen planen wir, unsere Kapitalposition durch eine Common Equity Tier-1-Kapitalquote von mindestens 12,5 % ab Ende 2018 und eine Verschuldungsquote von mindestens 4,5 % bis Ende 2018 und 5 % bis Ende 2020 zu stärken. Ferner möchten wir die bereinigten Kosten bis 2018 auf unter 22 Mrd € reduzieren und eine Aufwand-Ertrag-Relation von rund 70 % bis 2018 und rund 65 % bis 2020 erreichen. Bezüglich der Renditen für unsere Aktionäre beabsichtigen wir bis 2018 eine Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von mehr als 10 % zu erreichen.

Zum 1. Januar 2016 haben wir die Neuausrichtung der operativen Bereiche an unseren wichtigen Kundensegmenten unter einer neuen Führungsstruktur abgeschlossen. Wir haben bei den Verhandlungen mit dem Betriebsrat Fortschritte erzielt und im ersten Quartal 2016 Rückstellungen in Höhe von 285 Mio € für den geplanten Abbau von Mitarbeitern gebildet. Wir haben 18 Retail-Filialen in Spanien und 25 Filialen in Polen geschlossen. Darüber hinaus haben wir Fortschritte bei der angekündigten Optimierung unserer geografischen Präsenz erzielt: Der Rückzug aus bestimmten Ländern ist bereits in vollem Gange, und die erste Phase wird im Jahr 2016 abgeschlossen sein. Wir haben neben unserem indischen Vermögensverwaltungsgeschäft weitere vom Unternehmensbereich NCOU gehaltene Vermögenswerte verkauft. Wir konnten eine weitere Reduzierung unserer Bilanzsumme im Unternehmensbereich Global Markets erreichen: Die risikogewichteten Aktiva sanken gegenüber dem Vorjahr um 7 % (13 Mrd €) auf 166 Mrd €, da der Anstieg der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko durch den Risikoabbau in den Geschäftsbereichen mehr als kompensiert wurde. Das CRD 4-Exposure reduzierte sich im Jahresvergleich um 11 % (89 Mrd €) auf 744 Mrd €. Ursächlich hierfür waren die anhaltend guten Fortschritte bei der Verringerung der Bilanzsumme. Schließlich haben wir signifikante Investitionen getätigt, um unsere internen Kontrollen zu stärken, zum Beispiel durch die Einführung neuer und strengerer Regeln für die Aufnahme von Neukunden (KYC), und haben unsere Ausschüsse auf Vorstandsebene von 16 auf vier verringert.

Ausblick

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht des Geschäftsberichts für das Jahr 2015 gelesen werden.

Die Weltwirtschaft

Wir erwarten, dass sich im Jahr 2016 das Wachstum der Weltwirtschaft mit 3,0 % mehr oder weniger seitwärts bewegen und damit das fünfte Jahr in Folge unter der Trendwachstumsrate bleiben dürfte. Die globale Inflationsrate dürfte sich auf 3,7 % beschleunigen, was hauptsächlich darauf zurückgeht, dass der dämpfende Effekt der Rohstoffpreise auf die Gesamtinflation im Vergleich zum Vorjahr geringer ausfallen dürfte. Für die Industrieländer rechnen wir mit einer Wachstumsverlangsamung auf 1,3 % und einem Anstieg der Verbraucherpreise um 0,8 %. Dagegen erwarten wir in den Schwellenländern ein in etwa konstantes Wachstum von 4,2 %. Die dortige Inflationsrate dürfte bei 5,7 % liegen.

Das BIP der Eurozone dürfte dank des niedrigen Ölpreises und der langsamen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2016 um 1,5 % steigen. Wir erwarten, dass die Konjunktur der Eurozone zudem weiter durch die expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) unterstützt wird, die ihre Geldpolitik mit einem zielgerichteten Paket zur Kreditlockerung im März 2016 noch expansiver ausrichtete. Dämpfend wirken jedoch geopolitische Risiken, das Stocken der Strukturreformen und das hohe Niveau der privaten und öffentlichen Verschuldung sowie der deutlich festere Euro. Die Verbraucherpreise dürften um 0,1 % steigen. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2016, allein binnenwirtschaftlich getrieben, um 1,7 % wachsen.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2016 ein Wachstum von 1,4 %. Während das externe Umfeld infolge der Stärke des US-Dollar und der verhaltenen globalen Nachfrage sowie der ölpreisbedingte negative Effekt auf den Energiesektor und der noch nicht vollzogene Lagerabbau dämpfen, sorgen die solide Arbeitsmarktentwicklung und der Häusermarkt für positive Impulse. Die Verbraucherpreise steigen wahrscheinlich um 1,4 %. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte insgesamt weiter die US-Konjunktur unterstützen. Wir rechnen mit einer Erhöhung des Leitzinses auf 0,6 % zum Jahresende 2016.

Wir erwarten, dass die japanische Wirtschaft im Jahr 2016 um 0,4 % schrumpfen dürfte. Die inländische und ausländische Nachfrage dürfte zurückgehen. Die Geldpolitik dürfte über eine Erhöhung oder Veränderung der Zusammensetzung der Assetkäufe noch expansiver ausgerichtet werden. Die Inflation dürfte bei 0,1 % liegen. Das Wachstum in den Schwellenländern insgesamt wird im Jahr 2016 wahrscheinlich in etwa dem des Vorjahres entsprechen. Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte sich mit 6,0 % leicht abkühlen und die Inflation bei 2,6 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte im Jahr 2016 zum Großteil durch die Abkühlung des Sekundärsektors und der Investitionen nur noch um 6,7 % zulegen und eine Inflationsrate von 1,8 % erreichen. Wir rechnen damit, dass die Geldpolitik noch expansiver ausgerichtet werden dürfte, um die Wirtschaft zu stützen.

Zahlreiche Risiken erhöhen derzeit die Unsicherheit unserer globalen Prognose stärker als üblicherweise. Der Ausblick für die US-Geldpolitik bleibt weiterhin sehr unsicher. Die Schwäche des Ölpreises verschärft die Probleme in den Förderländern und erhöht die Finanzierungsprobleme für Energieinvestitionen. Zudem könnte es zu einer Eskalation geopolitischer Risiken kommen, insbesondere der Konflikte im Nahen Osten. Ebenfalls könnte eine harte Landung Chinas globale Verwerfungen nach sich ziehen. In Europa könnten eine aufflammende Diskussion über den weiteren Kurs der Geldpolitik und die Zukunft der Eurozone, eine ausbleibende Konsolidierung im öffentlichen oder privaten Sektor, ein Stoppen bei der Implementierung von Strukturreformen oder aber eine gestiegene Zustimmung für populistische Parteien erhebliches Störpotenzial für unsere Prognosen entfalten. Das UK-Referendum im Juni 2016, regionale Unabhängigkeitsbestrebungen und weiter schwierige Verhandlungen mit Griechenland stellen weitere Risiken dar. Außerdem könnte die Flüchtlingskrise die politische Uneinigkeit in der Europäischen Union weiter verschärfen.

Die Bankenbranche

Für die europäischen Banken erwarten wir nach den Turbulenzen an den Aktienmärkten zu Jahresbeginn eine Stabilisierung der Geschäftsentwicklung. Die weiteren geldpolitischen Lockerungsmaßnahmen der EZB sollten dabei stützend auf den Bankensektor im Euroraum wirken, da insbesondere der neue TLTRO-Rahmen den Banken Anreize bietet, die Kreditvergabe an den privaten Sektor auszubauen. Das Einlagenwachstum wird trotz des Niedrigzinsumfelds voraussichtlich weiter anhalten. In Deutschland dürfte das Kreditvolumen mit Unternehmen und Haushalten weiter expandieren, wobei das private Hypothekengeschäft aufgrund der starken Immobiliennachfrage der stärkste Treiber bleiben sollte.

In den USA hat sich die konjunkturelle Dynamik zwar etwas verlangsamt, jedoch können amerikanische Banken von der nach wie vor soliden Wirtschaftsentwicklung profitieren. Das Wachstum der Unternehmenskredite dürfte daher hoch bleiben, auch die Konsumentenkreditvergabe könnte noch mehr Fahrt aufnehmen. Im Jahresverlauf ist zudem von weiteren Leitzinsanhebungen durch die Federal Reserve auszugehen, was mittelfristig die Zinsmarge der amerikanischen Banken erhöhen und somit ihre Profitabilität steigern sollte.

In Japan könnte die Kreditvergabe 2016 negativ von einer moderaten Rezession der einheimischen Volkswirtschaft beeinflusst werden. In China dürfte die allmähliche Konjunkturverlangsamung ebenfalls einen leicht dämpfenden Effekt auf die Kredit- und Einlagenvolumina haben, die jedoch voraussichtlich weiterhin mit niedrigen zweistelligen Wachstumsraten zulegen können.

Die größten makroökonomischen Risikofaktoren für die globale Bankenbranche dürften nach unserer Ansicht sein: i) politische Risiken in Europa (einschließlich eines möglichen „Brexit“), ii) eine stärker als erwartete Abkühlung der Konjunktur in China und anderen Schwellenländern, iii) ein weiterer Rückgang der Ölpreise mit damit verbundenen Finanzmarkturbulenzen und iv) Unsicherheit über den geldpolitischen Kurs der Fed. Umso mehr dürfte das Augenmerk der Eigen- und Fremdkapitalinvestoren der Banken auf anhaltenden Fortschritten des Sektors hin zu mehr Profitabilität, nachhaltigem Wachstum und besserer Kapitalausstattung liegen.

Mit Blick auf wesentliche Themen der Finanzmarktregulierung in den nächsten zwölf Monaten haben Banken insbesondere mit abschließenden Regelungen hinsichtlich der zu erfüllenden Eigenkapitalanforderungen zu rechnen. Dazu gehören insbesondere die Finalisierung des überarbeiteten Standardansatzes zur Bestimmung risikogewichteter Aktiva und der Leverage Ratio-Anforderungen für global systemrelevante Banken durch den Baseler Ausschuss. Im Euroraum sollte die europäische Abwicklungsbehörde SRB im zweiten Halbjahr 2016 zudem konkret festlegen, wie viel Eigen- und bail-in-fähiges Fremdkapital große Banken für den Abwicklungsfall vorhalten müssen (MREL, „Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities“). Etwa 100 europäische Banken werden zudem in den nächsten Monaten einem Stresstest der EZB und EBA unterzogen. Schließlich wird auf EU-Ebene die politische Diskussion um die sogenannte Bankenstrukturreform fortgesetzt.

Der Deutsche Bank-Konzern

Um die Ziele der Strategie 2020 zu unterstreichen, haben wir verschiedene Konzernfinanzkennzahlen definiert. Die wichtigsten Finanzkennzahlen des Konzerns werden in der folgenden Tabelle dargestellt.

Finanzkennzahlen

Konzernfinanzkennzahlen	31.3.2016	Ziel für 2018	Ziel für 2020
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ¹	10,7 % ²	Mindestens 12,5 %	Mindestens 12,5 %
Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ³	3,4 %	Mindestens 4,5 %	Mindestens 5,0 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital ⁴	1,6 %	Größer als 10,0 %	Größer als 10,0 %
Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen ⁵	6,7 Mrd €	Weniger als 22 Mrd € pro Jahr	Weniger als 22 Mrd € pro Jahr
Aufwand-Ertrag-Relation ⁶	89,0 %	~ 70,0 %	~ 65,0 %
Risikogewichtete Aktiva ⁷	401 Mrd €	320 Mrd €	310 Mrd €

Hinweis: Ein Vergleich der Konzernfinanzkennzahlen mit Planwerten/Prognosen aus dem Vorjahr ist aufgrund der in 2015 neu formulierten Strategie nicht aussagekräftig.

¹ Die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

² Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen, sofern der EZB-Rat keine Einwände hat.

³ Weitere Informationen zur Berechnung der Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) sind im Risikobericht zu finden.

⁴ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Die Berechnung basiert auf einer effektiven Steuerquote von 59 % zum 31. März 2016. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

⁵ Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Restrukturierungs- und Abfindungskosten, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts und der sonstigen immateriellen Vermögenswerte sowie Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

⁶ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

⁷ Ohne Berücksichtigung des erwarteten aufsichtsrechtlich bedingten Anstiegs.

In unserem strategischen Plan haben wir einen EUR/USD-Wechselkurs von 1,07 und einen EUR/GBP-Wechselkurs von 0,72 bei der Festlegung der Finanzkennzahlen für die Jahre 2018 und 2020 zugrunde gelegt.

Für das Jahr 2016 erwarten wir weitere Beeinträchtigungen unserer Erträge durch das Niedrigzinsumfeld und die herausfordernden Bedingungen für das Handelsgeschäft. Außerdem dürften die Restrukturierungsaktivitäten zur Reduzierung unserer Länder-, Kunden- und Produktportfolios die Möglichkeiten der Ertragsgenerierung beeinflussen. Wir werden jedoch weiter in Wachstumsbereiche von Transaction Banking, Asset Management, Wealth Management und Equities investieren. Wir erwarten, dass der Großteil der Restrukturierungskosten bis Ende 2016 anfallen wird und die meisten Restrukturierungsaktivitäten in 2017 abgeschlossen werden. Unsere Gesamtkostenbasis wird in 2016 weiter durch Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungsmaßnahmen belastet sein.

Bei unserem Kapitalmanagement konzentrieren wir uns auch künftig auf die Erreichung einer Harten Kernkapitalquote bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung von mindestens 12,5 %. Dieses Ziel unserer Strategie 2020 wollen wir bis 2018 erreichen. In 2016 rechnen wir mit einer nahezu unveränderten Harten Kernkapitalquote, so dass unsere Kapitalausstattung nach wie vor über den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen und SREP-Vorschriften liegen wird. Das Harte Kernkapital dürfte durch Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen und Rechtsstreitigkeiten sowie den Risikoabbau in der NCOU beeinflusst werden.

Die Entwicklung der risikogewichteten Aktiva dürfte in 2016 durch die geplante Beschleunigung des Risikoabbaus in der NCOU und den Anstieg der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko beeinflusst werden.

Zur Verbesserung der Kapitalausstattung der Deutschen Bank hat der Vorstand dem Aufsichtsrat vorgeschlagen, einen Ausfall der Dividende für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 zu empfehlen. In unserer Ankündigung zur Strategie 2020 haben wir betont, dass wir mittelfristig eine marktgerechte Dividendenausschüttungsquote anstreben.

Wir sind weiterhin entschlossen, gemäß der Strategie 2020 eine Verschuldungsquote bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung von mindestens 4,5 % in 2018 und 5 % in 2020 zu erreichen. In 2016 werden wir das aktive Management unserer CRD 4-Verschuldungsposition fortsetzen. Die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote dürfte im Jahr 2016 nahezu unverändert bleiben.

Unsere Strategie 2020 werden wir in 2016 zielgerichtet umsetzen. Wir erwarten Aufwendungen für Restrukturierungen und Abfindungen von rund 1 Mrd €, anhaltende Belastungen durch Rechtsstreitigkeiten sowie einen kontinuierlichen Kostendruck durch Aufwendungen zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen, Bankenabgaben und schwierige Marktbedingungen. Wir sind entschlossen, unsere angestrebte Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von 10 % nach vollständiger Implementierung der Strategie 2020 zu erreichen. Die für 2016 geplanten Maßnahmen werden zwar die Finanzkennzahlen in diesem Jahr belasten, jedoch entscheidend zur Erfüllung dieses Ziels beitragen. Insgesamt erwarten wir eine teilweise Verbesserung der Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, im Jahr 2016.

Die Erzielung einer strukturell vertretbaren Kostenbasis zählt zu unseren obersten Prioritäten. Wir halten weiterhin an unserem im Rahmen der Strategie 2020 erklärten Ziel einer bereinigten Kostenbasis von unter 22 Mrd € und einer Aufwand-Ertrag-Relation von rund 70 % bis 2018 fest. 2016 wird jedoch ein schwieriges Jahr für die Deutsche Bank, da unser Restrukturierungsprogramm keinen unmittelbaren Effekt auf unsere Kostenbasis haben wird. Wir beabsichtigen, auch künftig Kosteneinsparungen und -effizienzen zu erzielen. Gleichzeitig werden wir jedoch in unsere Technologie sowie Programme zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen investieren und höhere Kosten aus der Amortisation von Software schultern müssen. Daher erwarten wir eine bereinigte Kostenbasis auf nahezu demselben Niveau wie im Geschäftsjahr 2015 auf einer konstanten Wechselkursbasis. Darüber hinaus wird unsere Gesamtkostenbasis auch in 2016 von Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungsmaßnahmen belastet werden. Vor diesem Hintergrund dürfte sich unsere Aufwand-Ertrag-Relation im Geschäftsjahr 2016 verbessern, aber auf einem hohen Niveau bleiben, da infolge des Niedrigzinsumfelds, marktbedingter Unsicherheiten und strategischer Entscheidungen, wie der Optimierung der KYC-Prozesse und des Rückzugs aus Hochrisikoländern, mit Herausforderungen auf der Ertragsseite zu rechnen ist.

Bedingt durch die Art unserer Geschäftstätigkeit sind wir an Rechts- und Schlichtungsverfahren sowie aufsichtsrechtlichen Untersuchungen in Deutschland und zahlreichen Jurisdiktionen außerhalb Deutschlands, insbesondere in den USA, beteiligt, deren Ausgang unsicher ist. Obwohl wir bereits zahlreiche signifikante Rechtsstreitigkeiten beigelegt und Fortschritte bei laufenden Verfahren erzielt haben, dürfte das Umfeld in dieser Hinsicht auch künftig herausfordernd bleiben und könnte die Erreichung der oben beschriebenen Erwartungen bezüglich unserer Performance beeinträchtigen.

Unsere Geschäftsbereiche

Die folgenden Abschnitte enthalten den Ausblick für unsere Geschäftsbereiche in ihrer neuen organisatorischen Struktur.

Für **Global Markets** (GM) gehen wir davon aus, dass das Geschäftsumfeld auch weiterhin herausfordernd bleiben wird. Gleichwohl rechnen wir mit einigen Verbesserungen in der zweiten Jahreshälfte. In Debt Sales & Trading erwarten wir für die gesamte Finanzbranche einen Ertragsrückgang in 2016 gegenüber dem Vorjahr. Treiber ist das unsichere Marktumfeld, das zu einer niedrigeren Kundenaktivität führt. Erträge in Equity Sales & Trading werden ebenfalls niedriger für dieses Jahr erwartet gegenüber einem sehr starken Jahr 2015. Zu den anhaltenden Risiken und Unsicherheitsfaktoren gehören die Anfälligkeit des globalen Wirtschaftswachstums für Ereignisrisiken, die Entwicklung der

Geldpolitik der Zentralbanken, die Auswirkungen der niedrigen Ölpreise auf den Energiesektor und die fortlaufenden regulatorischen Veränderungen. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Herausforderungen: Turbulenzen auf den Finanzmärkten, rückläufige Kundenaktivität, weiterhin hohe aufsichtsbehördliche Anforderungen, der fortgesetzte Druck auf Ressourcen, die Umsetzung der Strategie 2020, zum Beispiel die Bildung von Zentren für EM Debt und die Beendigung von risikoreichen Handelspositionen, die Optimierung der KYC-Prozesse und Kosten für Rechtsstreitigkeiten. Trotz der schwierigen Marktbedingungen sind wir jedoch der Ansicht, bei fortlaufender Implementierung der Strategie 2020 so gut aufgestellt zu sein, dass wir die potenziellen Herausforderungen adressieren und künftige Geschäftschancen nutzen können.

Die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für **Corporate & Investment Banking (CIB)** werden weiterhin bestehen. Negative Zinssätze in unseren Hauptmärkten, eine volatile Konjunkturlage, die Auswirkungen der niedrigen Ölpreise auf den Energiesektor, weiterhin hohe regulatorische Anforderungen und potenzielle Auswirkungen geopolitischer Ereignisse werden unser Geschäft weiter unter Druck setzen. Wir rechnen trotz des niedrigsten Zinsniveaus seit der Finanzkrise in 2008 mit einem anhaltenden globalen Wirtschaftswachstum in 2016. Aufgrund der unterschiedlichen weltweiten Wachstumsraten dürften die Unterschiede bei den regionalen geldpolitischen Maßnahmen weiter zunehmen.

2016 konzentriert sich CIB auf die fortlaufende Erweiterung und Optimierung unserer Kundenbasis bei gleichzeitiger Verbesserung der Beständigkeit und Stabilität unseres Geschäftsmodells. Die Pflege unserer Kundenbeziehungen ist eine unserer vorrangigen Aufgaben, da wir zu den Top-drei-Banken unserer wichtigsten Firmenkunden zählen möchten. Dies beinhaltet die Verlagerung von Ressourcen hin zu rentableren Produkten und Kunden bei gleichzeitiger Verringerung von renditeschwächeren und mehr risikobehafteten Geschäftsbeziehungen. Darüber hinaus werden wir auch weiterhin in unsere Prozesse und IT-Infrastruktur investieren sowie gleichzeitig eine konsequente Risiko-, Kosten- und Kapitaldisziplin beibehalten, um die Widerstandsfähigkeit unseres Geschäftsmodells weiter zu erhöhen. Natürlich werden auch 2016 die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften, Know-Your-Customer-Verfahren und Erweiterungen im Kundenannahmeprozess, Kontrollen und Verhaltensweisen sowie die Systemstabilität für CIB weiterhin im Fokus stehen. All dies bildet eine starke Grundlage für das zukünftige Wachstum von CIB.

Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) soll eine führende, digital unterstützte Beratungsbank werden, deren Schwerpunkt auf Wachstum im Private Banking, im Commercial Banking und im Wealth Management liegt. Die Ziele umfassen eine nahtlose Kundenansprache mithilfe eines klar zugeschnittenen Private-Banking- und Wealth-Management-Ansatzes in Deutschland, die Stärkung der Präsenz in Europa, die Ausweitung der Dienstleistungen für sehr vermögende Privatkunden in Asien, Nord- und Südamerika und im Nahen Osten sowie die Konzentration auf Unternehmen und Unternehmer in Deutschland und ganz Europa. Wir wollen Synergien realisieren – hinsichtlich der Effizienz des Produktangebots, im Bereich der Digitalisierung, im operativen Geschäft und bei unterstützenden Funktionen. Die Kapitaleffizienz soll durch eine weitere Stärkung der Beratung sowie geringeren Einsatz von Produkten mit hoher Kapitalunterlegung verbessert werden. Wir beabsichtigen, unser Vertriebsmodell dem veränderten Kundenverhalten anzupassen, indem wir die Kapazität unseres Omnikanal-Modells durch zusätzliche Investitionen in digitale Lösungen erhöhen und mehr als 200 Filialen in Deutschland schließen. Der Abschluss der Verkaufstransaktion unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd., die voraussichtlich zur Jahresmitte erfolgen wird, unterliegt den üblichen Abschlussbedingungen und Genehmigungen durch die Aufsichtsbehörden einschließlich der chinesischen Bankaufsichtsbehörde (China Banking Regulatory Commission).

Wir erwarten, dass sich das niedrige Zinsniveau und die damit verbundenen geringeren Erträge aus dem Einlagengeschäft in 2016 fortsetzen werden. Beim Kreditgeschäft gehen wir von einer anhaltend hohen Nachfrage aus und werden unser Kreditportfolio selektiv ausbauen. Darüber hinaus werden wir unseren Fokus auf das Wertpapier- und Versicherungsgeschäft beibehalten. In diesem Geschäft wird die Ertragsentwicklung stark von den Auswirkungen des aktuellen schwierigen makroökonomischen Umfelds auf das Kundenvertrauen abhängen. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft profitierte im Berichtsquartal von ausgewählten Portfolio-Verkäufen, so dass wir in den Folgequartalen des Geschäftsjahres hier von höheren Zuführungen ausgehen. Weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen könnten sowohl unsere Ertrags- als auch unsere Kostenposition negativ beeinflussen und die mit der oben beschriebenen strategischen Neuausrichtung verbundenen Initiativen werden in 2016 zu höheren Investitionskosten bzw. höheren Zinsunabhängigen Aufwendungen führen.

In **Deutsche Asset Management** (Deutsche AM) erwarten wir für das Jahr 2016 weiterhin volatile und seitwärts gerichtete Marktentwicklungen, wie bereits das turbulente Investitionsumfeld im ersten Quartal 2016 gezeigt hat. Ein deutlicher Anstieg in Vermögenspreisen im Vergleich zum Jahresende 2015 in Verbindung mit der expansiven Politik der Zentralbanken hat einiges Vertrauen der Investoren zurückgebracht, wogegen das Vertrauen in die Stabilität der globalen Märkte weiterhin schwach bleibt. Diese herausfordernden Marktbedingungen unterstreichen die Wichtigkeit unserer Rolle als vertrauensvoller Partner und Anbieter von Investmentlösungen für unsere Kunden.

Der Einfluss der Marktbewegungen im ersten Quartal 2016 auf die Preise der Vermögenswerte, zusammen mit Netto-Mittelabflüssen, werden durch einen Rückgang der laufenden Verwaltungsgebühren einen negativen Effekt auf die Erträge des gesamten Jahres 2016 haben. Wir erwarten, dass sich die Präferenzen unserer Investoren weiter in Richtung höher verzinslicher Anlagen und Tracker Zertifikaten verschieben werden, wo wir zu den weltweit größten Anbietern von passiven und alternativen Investmentformen zählen. Außerdem werden wir unsere bereits starke Investitionsplattform für das aktive Fondsmanagement weiter ausbauen. Trotz allem haben die Marktbedingungen, zusätzlich zu geringen Margen und erhöhter Konkurrenz, zu einer weiteren Erhöhung des existierenden Drucks auf die Branche geführt, und könnte Herausforderungen auf ein weiteres Wachstum der Erträge und die Profitabilität mit sich bringen. Wir werden unsere Kosten verringern, in Wachstumsinitiativen investieren und unsere existierenden Effizienzmaßnahmen optimieren. Daneben werden wir weitere Schritte unternehmen, um unseren geographischen und operationalen Fußabdruck zu vereinfachen. Während dieser Zeit werden wir weiterhin unsere Plattform und Kontrollumgebung verbessern.

Wir erwarten, dass die von der **Postbank** generierten Erträge im Vergleich zu den Werten aus 2015 in 2016 weiter steigen, hauptsächlich getrieben durch eine Verbesserung im NCOU-Segment der Postbank.

Aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus erwarten wir einen Rückgang der Erträge im Spar- und Girogeschäft, während unser starkes Wachstum im Kreditneugeschäft zu einer Steigerung der Erträge im Kreditgeschäft führen sollte. Wir erwarten eine deutliche Verbesserung der Erträge im NCOU-Segment der Postbank durch die Fälligkeit hochverzinslicher Verbindlichkeiten und das Ausbleiben negativer Sondereffekte im Vergleich zum Vorjahresquartal. Die Erträge aus dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft und im Segment „Andere“ erwarten wir leicht erhöht, wohingegen eine unveränderte Entwicklung bei Postdienstleistungen erwartet wird.

Zu unseren vordringlichen Maßnahmen gehören die Verbesserung unserer Effizienz, der Ausbau unseres Neukreditgeschäfts und Investitionen in die Digitalisierung. Wir planen darüber hinaus strategische Maßnahmen zur weiteren Steigerung der positiven operativen Leistung zu initiieren. Trotz dieser Bemühungen könnten das niedrige Zinsniveau sowie wachsende aufsichtsrechtliche Anforderungen unsere Rentabilität weiterhin negativ beeinflussen.

Im Investitionsbereich planen wir die Fokussierung in 2016 zu modifizieren. Wir erwarten, dass die vorgesehenen Investitionen in die Entflechtung von der Deutschen Bank in 2016 ihren Höchststand erreichen. Während wir weiterhin in Maßnahmen zur Anpassung an die aufsichtsbehördlichen Auflagen und deren Erfüllung investieren werden, wird der Investitionsfokus wieder eindeutig auf einer Verbesserung der Wettbewerbsposition der Bank liegen.

Die **Non-Core Operations Unit** (NCOU) wird sich auf die Reduzierung der Verschuldungsquote und der risikogewichteten Aktiva konzentrieren. Ziel ist es, die restlichen Positionen bis Ende Dezember 2016 im Wesentlichen so weit aufzulösen, dass die risikogewichteten Aktiva insgesamt unter 10 Mrd € liegen. Die Herausforderungen im Marktumfeld insgesamt können die Umsetzung der NCOU-Strategie beeinflussen, insbesondere vor dem Hintergrund des damit verbundenen Zeitplans und der finanziellen Auswirkungen. Diese Unsicherheiten zeigen sich in zahlreichen Faktoren, welche den Risikoabbau beeinträchtigen dürften. Dennoch wird diese beschleunigte Abwicklung voraussichtlich positive Auswirkungen auf die Kapitalquoten des Konzerns haben. Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass das Umfeld für Rechtsstreitigkeiten und Rechtsdurchsetzungen auch in absehbarer Zukunft schwierig sein wird.

Risiken und Chancen

Die Risiken und Chancen, deren Eintreten wir für wahrscheinlich halten, sind in unserem Ausblick berücksichtigt. Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf solche zukünftigen Trends und Ereignisse, die gegenüber dem im Ausblick reflektierten Erwartungen Verschlechterungen oder Verbesserungen darstellen könnten.

Das Erreichen unserer angestrebten Ziele wird durch verschiedene externe und interne Faktoren, wie zum Beispiel makroökonomische und Marktbedingungen, aufsichtsrechtliche Reformen, juristische und aufsichtsrechtliche Untersuchungen sowie Risikomanagementrichtlinien und die Umsetzung der Strategie 2020 beeinflusst.

Je nachdem, ob sich die makroökonomischen und Marktbedingungen schlechter oder besser entwickeln als in unserem Ausblick angenommen, könnte dies die Pläne für unsere Geschäftsaktivitäten und unser Geschäftsergebnis sowie unsere strategischen Pläne entweder in nachteiliger oder günstiger Weise beeinflussen.

Falls das Ergebnis der Deutschen Bank im Jahresabschluss nach HGB nicht in ausreichendem Maße ausschüttbare Posten ("available distributable items", ADI) generiert, könnte dies die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, AT1 Kupons zu bedienen, und damit zu höheren Refinanzierungskosten führen.

Ebenso könnte sich eine Verschlechterung unserer Bonitätseinstufung auf unsere Finanzierungskosten und Geschäftsaktivitäten auswirken, wobei wir nicht prognostizieren können, ob und in welchem Umfang diese Auswirkung eintreten würde.

Die als Antwort auf die Schwächen in der Finanzbranche erlassenen oder vorgeschlagenen Reformen sowie die vermehrte aufsichtsrechtliche Überprüfung und größere Ermessensspielräume werden für uns mit materiellen Kosten und erheblicher Unsicherheit verbunden sein sowie nachteilige Folgen für unsere Geschäftspläne als auch für die Durchführung unserer strategischen Pläne haben. Darüber hinaus könnten die sich auf Abwicklungsfähigkeit und Abwicklungsmaßnahmen beziehenden Reformen sich auch auf unsere Anteilseigner und Gläubiger auswirken.

Wir unterliegen einer Anzahl von Rechtsstreitigkeiten und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen, deren Ausgang schwer zu prognostizieren ist und die unser geplantes Geschäftsergebnis, unsere finanzielle Situation und unsere Reputation erheblich und nachteilig beeinflussen könnten.

Obwohl wir in erheblichem Maße Ressourcen eingesetzt haben, um unsere Risikomanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für Markt-, Kredit, Liquiditäts- und operationellen Risiken weiter zu entwickeln, könnten diese nicht vollumfänglich wirksam sein, unsere Risiken zu mindern.

In Abhängigkeit davon, ob es uns gelingt, unsere Strategie 2020 erfolgreich umzusetzen oder nicht, was auch von den zuvor genannten Faktoren abhängt, könnten unsere Finanzlage, unser Ergebnis und unser Aktienkurs positiv oder negativ betroffen sein.

Risikobericht

Einführung

Der nachstehende Risikobericht enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt-, und sonstigen Risiken auf Basis des „International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7)“. Daraus resultiert, dass die Berichterstattung grundsätzlich auf den IFRS-Regeln für Bewertungen und Konsolidierung beruht. Jedoch sind für bestimmte aufsichtsrechtliche Veröffentlichungen die aufsichtsrechtlichen Regeln zur Konsolidierung relevant, die von denen für den Konzernabschluss abweichen. Details der wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Konsolidierungskreisen sind in unserem jährlichen Säule 3 Bericht 2015 zu finden.

CRR/CRD 4 Kapitalrahmenwerk

In der Europäischen Union wurde das neue Basel 3-Kapitalrahmenwerk durch die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation, „CRR“) und die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“) eingeführt. Das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk trat am 1. Januar 2014 unter Berücksichtigung von Übergangsregeln in Kraft. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. In einigen Fällen bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen, die von den früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken Basel 2 oder Basel 2.5 eingeführt worden waren.

Details bezüglich unserer regulatorischen Risikopositionen sowie die anwendbaren Quoten werden ebenfalls in diesem Bericht dargestellt. Eine dezidierte Darstellung unserer Säule 3 Veröffentlichungen wird wieder zum 30. Juni 2016 erfolgen.

ICAAP/ILAAP und SREP

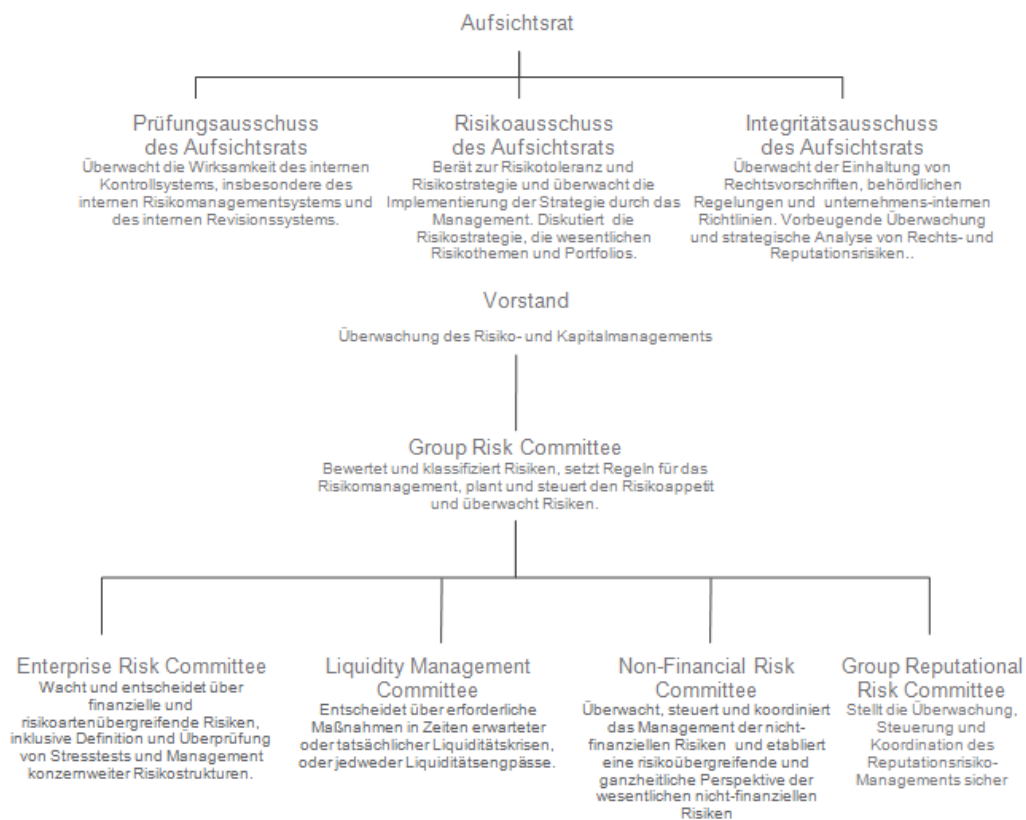
Die internen Prozesse zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) im Sinne von Säule 2 des Baseler Rahmenwerks verlangen von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und geeignete Risikomanagement-Techniken anzuwenden, um eine angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen. Ähnlich wie ICAAP konzentrieren sich die internen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der Liquidität (Internal Liquidity Adequacy Assessment Process - „ILAAP“) darauf, ein adäquates Liquiditätsrisikomanagement sicherzustellen. Der aufsichtsrechtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) bezieht sich auf die einheitlichen Methoden und Standards, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) in ihrer Rolle im Rahmen des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) verwendet werden. In Übereinstimmung mit Artikel 97 der Eigenkapitalrichtlinie (CRD 4), überprüfen die Aufsichtsbehörden regelmäßig die von den Banken implementierten Verfahren, Strategien, Prozesse, Mechanismen und bewerten: (a) die Risiken, denen die Banken ausgesetzt sein könnten, (b) das Risiko der Bank für das Finanzsystem im Allgemeinen und (c) die von Stress-tests offengelegten Risiken.

Risikomanagement Rahmenwerk

Die Vielfältigkeit unseres Geschäftsmodells erfordert es, Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche mit Eigenkapital zu unterlegen. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Weitere Details befinden sich im Abschnitt „Grundsätze des Risikomanagements und der Risikosteuerung“ und „Risikosteuerung“ in unserem Jahresbericht 2015.

Per April 2016 werden das Risk Executive Committee (Risk ExCo) und das Capital and Risk Committee (CaR) zum neu geschaffenen Group Risk Committee (GRC) zusammengelegt werden. Das GRC wird von vier Unterkomitees unterstützt werden: dem Group Reputational Risk Committee, dem Non-Financial Risk Committee, dem Enterprise Risk Committee und dem Liquidity Management Committee.

Governance-Struktur des Risikomanagements des Deutsche Bank-Konzerns



Bezüglich unserer als wesentlich identifizierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, Operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts-, Reputations-, Modell- und Compliance-Risiken) sind weitere Informationen zu deren Definition, Identifikation und Management im Abschnitt „Risiko- und Kapitalmanagement“ in unserem Geschäftsbericht von 2015 zu finden. Alle als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in unserem internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess (ICAAP) abgedeckt, der im Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“ dieses Berichts dargestellt wird. Modellierungs- und Bewertungsansätze zur Quantifizierung von Kapital und Kapitalanforderungen sind über alle wesentlichen Risikoarten implementiert. Unsere wesentlichen nicht-Standard-Risikoarten (zum Beispiel Reputationsrisiko, Modellrisiko und Compliance-Risiko) sind implizit durch unser Rahmenwerk zum Ökonomischen Kapital abgedeckt, hier primär im operationellen und strategischen Risiko. Für weitere Details zu unseren Risikobewertungsmethoden verweisen wir auf den Abschnitt "Risikoquantifizierung und Bewertung" in unserer Säule 3 - Bericht 2015.

Risiko und Kapital - Übersicht

Wichtige Risikokennzahlen

Die folgenden ausgewählten Risikokennzahlen und die zugehörigen Metriken sind wichtiger Bestandteil unseres ganzheitlichen Risikomanagements über alle Risikoarten. Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote (CET1 Ratio), die Interne Kapitaladäquanzquote (Internal Capital Adequacy Ratio, ICA), die Verschuldungsquote (Leverage Ratio, LR), die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und die Netto-Liquiditätsposition unter Stress (Stressed Net Liquidity Position, SNLP) sind übergeordnete Metriken und integraler Bestandteil unserer strategischen Planung, des Risikotoleranz-Rahmenwerks, unserer Stresstests und der Sanierungs- und Abwicklungsplanung, die unser Vorstand mindestens einmal jährlich überprüft und genehmigt. Mit Ausnahme der internen Kennzahlen Interne Kapitaladäquanzquote und Ökonomischer Kapitalbedarf basieren die Risikokennzahlen und Metriken auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen.

Common Equity Tier 1 - Kapitalquote

31.03.2016: 10,7 %¹
31.12.2015: 11,1 %

Risikogewichtete Aktiva

31.03.2016: 400,9 Mrd €
31.12.2015: 396,7 Mrd €

Interne Kapitaladäquanzquote²

31.03.2016: 148 %
31.12.2015: 158 %

Ökonomischer Kapitalbedarf

31.03.2016: 39,3 Mrd €
31.12.2015: 38,4 Mrd €

Verschuldungsquote

31.03.2016: 3,4 %
31.12.2015: 3,5 %

Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote

31.03.2016: 1.390 Mrd €
31.12.2015: 1.395 Mrd €

Mindestliquiditätsquote (LCR)

31.03.2016: 119 %
31.12.2015: 119 %

Netto-Liquiditätsposition unter Stress (sNLP)

31.03.2016: 31 Mrd €³
31.12.2015: 46 Mrd €

¹ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen, sofern der EZB-Rat keine Einwände hat.

² Die Definition des Kapitalangebots zur Ermittlung der Interne Kapitaladäquanzquote wurde weiter an CRR/CRD 4 Regeln angeglichen. Immaterielle Vermögenswerte und Goodwill Vermögenswerte werden nun als Kapitalabzugsposition behandelt, anstatt der ökonomische Kapitalnachfrage hinzugerechnet zu werden. Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt "Interne Kapitaladäquanz"

³ Vorläufiges Ergebnis.

Für weitere Details verweisen wir auf die Kapitel „Risikoprofil“, „Interne Kapitaladäquanz“, „Kapitalinstrumente“, „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)“, und „Verschuldungsquote“, in diesem Bericht und in unserem Geschäftsbericht 2015 auf die Kapitel „Risikotoleranz und Risikokapazität“, „Sanierungs- und Abwicklungsplanung“, „Stress Testing“, und „Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP“.

Zusammenfassende Risikobewertung

Haupt-Risikokategorien sind 1) finanzielle Risiken wie das Kreditrisiko (einschließlich Kontrahenten-, Länder-, Produkt- und Branchenrisiken), Marktrisiko (einschließlich Marktrisiko aus Handelsaktivitäten, aus Nicht-Handelsaktivitäten sowie aus dem handelsbezogenen Ausfallrisiko), Liquiditätsrisiken, Geschäftsrisiken (einschließlich des steuerlichen und strategischen Risikos) und 2) nichtfinanzielle Risiken (NFRs) wie das Reputationsrisiko und das operationelle Risiko (mit den wichtigen Unterkategorien Compliance-Risiko, Rechtsrisiko, Modellrisiko, Informationssicherheitsrisiko, Betrugsrisiko und Geldwäscherisiko). Wir verwalten die Identifizierung, Bewertung und Minderung der wichtigsten aktuellen und aufkommenden Risiken durch einen internen Steuerungsprozess und die Verwendung von Risiko-Management-Instrumenten und -Verfahren. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung soll sicherstellen, dass wir die Auswirkungen dieser Risiken auf unsere Finanzergebnisse und langfristigen strategischen Ziele und den Ruf mildern. Weitere Details zum Management unserer wesentlichen Risiken befinden sich im Abschnitt „Risiko- und Kapitalmanagement“ in unserem Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2015.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Zusammenhängen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung sowie eine deduktive Analyse makroökonomischer und politischer Szenarien überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiken zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Das Risikoumfeld verschlechterte sich in der ersten Hälfte des ersten Quartals 2016 mit starken Abverkäufen und außerordentlich hoher Volatilität in den Finanzmärkten aufgrund von Sorgen über die Entwicklungen in China, des Ölpreises und einer weiteren Verlangsamung des globalen Wachstums. Ende Februar und im März verbesserte sich das Umfeld wieder aufgrund einer vorübergehenden Erholung des Ölpreises und zurückgefahrterer Erwartungen über weitere Zinserhöhungen in den USA. Die aktuellen portfolioweiten Risiken, die wir vor diesem Hintergrund beobachten, beinhalten die wirtschaftliche Abschwächung und Volatilität der Finanzmärkte in China sowie eine mögliche Ansteckung anderer Volkswirtschaften, die Auswirkungen der weiterhin einbrechenden Ölpreise auf die wichtigsten Erzeugerländer und verwandten Industrien und die möglichen Erhöhungen der Zinsen durch die US-Notenbank, die weitere Kapitalabflüsse aus den Schwellenmärkten zur Folge haben könnten. Wir beobachten auch eng die politischen Risiken in Europa, mit einem Schwerpunkt in der nahen Zukunft auf der Brexit- Abstimmung in Großbritannien am 23. Juni 2016, sowie die Abwärtsrisiken von anhaltend niedrigen bzw. negativen Zinsen in den entwickelten Märkten.

Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken ist integriert in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihres Eintritts bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigten, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Testparametern eintreten.

In den ersten drei Monaten in 2016 hielt der in den Vorjahren beobachtete globale Trend zu mehr Regulierung der Finanzdienstleistungsindustrie an, und er wird sich aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir konzentrieren uns darauf, potenzielle politische und aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse zu bewerten.

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements darauf, unser Risikoprofil in Übereinstimmung mit unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und unsere strategischen Initiativen zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Optimierung der Bilanzstruktur.

Risikoprofil

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko, für die angegebenen Stichtage. Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht.

Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf nach Risikoklasse

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2016	31.12.2015	Veränderung 2016 gegenüber 2015	
			in Mio €	in %
Kreditrisiko	13.835	13.685	150	1
Marktrisiko	17.166	17.436	-269	-2
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.933	4.557	376	8
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	12.233	12.878	-645	-5
Operationelles Risiko	11.169	10.243	926	9
Geschäftsrisiko	6.075	5.931	144	2
Diversifikationseffekte über die Risikoarten ¹	-8.938	-8.852	-86	1
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	39.306	38.442	864	2

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Zum 31. März 2016 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 39,3 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 864 Mio € oder 2 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 38,4 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko erhöhte sich um 150 Mio € oder 1 % im Vergleich zum Jahresende 2015. Der Anstieg reflektiert hauptsächlich den höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für Derivate in Global Markets.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen erhöhte sich zum 31. März 2016 auf 4,9 Mrd € im Vergleich zu 4,6 Mrd € zum Jahresende 2015. Die Änderung resultiert hauptsächlich aus einem Anstieg der Fair-Value-Bankbuchkomponente. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen reduzierte sich um 645 Mio € oder 5 %. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus niedrigeren Positionswerten bei den strukturellen Währungsrisiken.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken betrug 11,2 Mrd € zum 31. März 2016, was einem Anstieg von 926 Mio € oder 9 % gegenüber 10,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 entspricht. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche. Dies drückt sich in den Verlustdaten aus, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten und weitgehend der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und regulatorischen Durchsetzungsmaßnahmen geschuldet sind.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch Komponenten von Nicht-Standard-Risiken wie das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko erhöhte sich um 144 Mio € auf 6,1 Mrd € zum 31. März 2016. Der Anstieg reflektierte einen höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für die strategische Risikokomponente, der aus einer Adjustierung der Geschäftsplanung für das Geschäftsjahr 2016 resultierte.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs zwischen den einzelnen Risiken über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko hinweg stieg zum 31. März 2016 um 86 Mio € oder 1 %. Dieser Anstieg resultiert aus dem erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf vor Diversifikation, teilweise kompensiert durch Parameteranpassungen beim Diversifikationsmodell.

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht

diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor risikoartenübergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals

									31.03.2016
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	5.095	3.688	1.643	165	2.649	539	56	13.835	35
Marktrisiko	5.488	805	2.435	2.226	1.627	1.510	3.076	17.166	44
Operationelles Risiko	6.930	1.730	1.028	405	647	429	0	11.169	28
Geschäftsrisiko	5.453	311	18	61	0	232	0	6.075	15
Diversifikations- effekte ¹	- 5.491	- 1.125	- 963	- 378	- 591	- 368	- 22	- 8.938	- 23
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	17.475	5.408	4.160	2.479	4.331	2.342	3.110	39.306	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	44	14	11	6	11	6	8	100	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

									31.12.2015 ¹
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	4.769	3.899	1.678	175	2.601	537	25	13.685	36
Marktrisiko	4.939	819	2.564	2.135	1.611	899	4.469	17.436	45
Operationelles Risiko	6.240	1.613	963	316	600	452	59	10.243	27
Geschäftsrisiko	5.160	405	1	0	0	261	104	5.931	15
Diversifikations- effekte ²	- 5.105	- 1.172	- 965	- 404	- 647	- 369	- 189	- 8.852	- 23
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	16.003	5.564	4.240	2.223	4.165	1.780	4.467	38.442	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	42	14	11	6	11	5	12	100	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Beträgszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 31. März 2016 angepasst.

² Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Das Risikoprofil von Global Markets (GM) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Tätigkeiten als Originator sowie Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil von GM hat sich im ersten Quartal 2016 deutlich erhöht und reflektiert ein erhöhtes Verlustrisikoprofil der kompletten Branche und interne Verluste. Der übrige Teil des Risikoprofils von GM leitet sich aus dem Geschäftsrisiko ab, welches Ertragsschwankungsrisiken reflektiert.

Die Erträge von Corporate & Investment Banking (CIB) resultieren aus einer Vielzahl von Produkten mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken resultiert aus Kreditrisiken in den Geschäftsbereichen Trade Finance und Corporate Finance, während andere Geschäftsbereiche wenig bis kein Kreditrisiko haben. Die Marktrisiken ergeben sich aus der Modellierung der Kundeneinlagen und Handelsaktivitäten.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AM entsprechende operationelle Risiken mit sich.

Das Risikoprofil von Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden, kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread Risiken wider. Das Risikoprofil von PW&CC blieb weitgehend unverändert über das letzte Jahr.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens und enthält hauptsächlich Kredit- und Marktrisiken, für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau vorgesehen ist. Die Erhöhung des Risikoprofils der NCOU in den ersten drei Monaten in 2016 resultierte aus einem Anstieg des CVA-Risikos durch die Einbeziehung von zusätzlichen Positionen in der Fair-Value-Bankbuch Marktrisikoberechnung.

Consolidation & Adjustments beinhalten hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken, das Risiko aus Pensionsverpflichtungen sowie das Aktienvergütungsrisiko. Der Rückgang im Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten in den ersten drei Monaten in 2016 resultiert hauptsächlich aus einem geringeren strukturellen Währungsrisiko durch die US-Dollar Schwächung, sowie geringeren Risiken aus Aktienvergütungen und Pensionsverpflichtungen.

Risiko und Kapital Performance

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Interne Kapitaladäquanz

Die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals berücksichtigt die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Gemäß den CRR/CRD 4-Übergangsregeln werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen Regeln zu den aufsichtsrechtlichen Anpassungen sukzessive eingeführt werden. Diese Übergangsregeln sind zur Erleichterung des Übergangs der Banken zu den vollständig umgesetzten Regeln zugelassen. Die CRR/CRD 4-Werte bei Anwendung der Vollumsetzung berücksichtigen die Übergangsregeln nicht (das heißt, alle nicht mehr anrechnungsfähigen Kapitalinstrumente werden eliminiert und alle neuen aufsichtsrechtlichen Anpassungen werden angewendet). Gleichzeitig bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken einschließlich Basel 2.5 eingeführt wurden, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesem Fall geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Kapitalinstrumente

Unser Vorstand erhielt von der Hauptversammlung 2015 die Ermächtigung, bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2020 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Wir haben von der BaFin die Genehmigung für Aktienrückkäufe im Jahr 2015 und von der EZB für 2016 gemäß neuen CRR/CRD 4-Regeln erhalten. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2015 bis zum 31. März 2016 wurden 37,9 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 4,7 Millionen Aktien durch die Ausübung von Call-Optionen. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum oder werden im anstehenden Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet, so dass der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury zum 31. März 2016 12,1 Millionen war.

Seit der Hauptversammlung 2015 beträgt der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 1.760 Mio € (688 Millionen Aktien). Das verfügbare bedingte Kapital beträgt 486 Mio € (190 Millionen Aktien).

Unsere ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Vorzugsaktien) werden unter CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln nicht mehr voll anerkannt – hauptsächlich, da sie über keinen Abschreibungs- oder Eigenkapitalwandlungsmechanismus verfügen. Allerdings werden sie während der CRR/CRD 4-Übergangsphase großteils als Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier-1) und unter den CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln teilweise als Ergänzungskapital anerkannt. Während der Übergangsphase reduziert sich der maximal anerkenbare Betrag an Zusätzlichem Kernkapital-Instrumenten aus Basel 2.5-konformen Emissionen zum 31. Dezember 2012 jeweils zum Jahresanfang um 10 % oder 1,3 Mrd € bis 2022. Zum 31. März 2016 führte dies zu anrechenbaren Zusätzlichem Kernkapital-Instrumenten in Höhe von 10,8 Mrd € (4,6 Mrd € der neu begebenen AT1-Anleihen sowie noch übergangsweise anrechenbare Hybride Kernkapital-Instrumente von 6,2 Mrd €). 5,7 Mrd € ehemals emittierter Hybrider Kernkapital-Instrumente können unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung noch als Ergänzungskapital angerechnet werden. Ein Hybrides Kernkapital-Instrument mit einem Nominalbetrag in Höhe von 0,2 Mrd US-Dollar und einem anrechenbaren Betrag in Höhe von 0,1 Mrd € wurden im ersten Quartal 2016 gekündigt.

Die Summe unserer Ergänzungskapital-Instrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase anerkannt sind, betrug 6,2 Mrd € zum 31. März 2016. Es gab zum 31. März 2016 keine ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente mehr, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase noch als Ergänzungskapital anerkannt werden. Der Nominalbetrag der Ergänzungskapital-Instrumente betrug 7,9 Mrd € zum 31. März 2016. Seit dem 31. Dezember 2015 wurden keine Ergänzungskapital-Instrumente gekündigt.

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Seit 2015 beläuft sich die für den Konzern geltende Mindestanforderung an das Harte Kernkapital auf 4,5 % der risikogewichteten Aktiva (RWA). Um die vollständige Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8 % zu erfüllen, kann bis zu 1,5 % Zusätzliches Kernkapital und bis zu 2 % Ergänzungskapital zurückgegriffen werden.

Zusätzlich zu diesen Mindestkapitalanforderungen wurden die folgenden Kapitalpuffer schrittweise ab 2016 eingeführt und werden ab 2019 zur Vollumsetzung kommen. Im März 2015 wurde die Deutsche Bank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank als global systemrelevantes Institut („Global Systemically Important Institution“, G-SII) eingestuft. Die daraus resultierende G-SII Kapitalpufferanforderung von 2 % Hartem Kernkapital in 2019 wurde in 2016 mit 0,5 % eingeführt. Der Kapitalerhaltungspuffer gemäß 10c KWG, welcher die Umsetzung des Artikels 129 CRD 4 widerspiegelt, beläuft sich auf 2,5 % Hartes Kernkapital der RWA in 2019 und wurde in 2016 mit 0,625 % eingeführt. Der institutsspezifische antizyklische Kapitalpuffer für die Deutsche Bank berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpuffer jener Länder, in denen unsere relevanten kreditbezogenen Positionswerte getätigt wurden. Im ersten Quartal 2016 beläuft sich der antizyklische Kapitalpuffer auf 0,01 %.

Ferner kann die Europäische Zentralbank (EZB) gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) einzelnen Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die strenger als die gesetzlichen Anforderungen sind. Am 4. Dezember 2015 hat die EZB der Deutschen Bank mitgeteilt, dass der Konzern verpflichtet ist, eine Harte Kernkapitalquote von mindestens 10,25 % basierend auf dem gemäß CRR/CRD 4 anzuwendenden Übergangsregelungen zu jeder Zeit aufrechtzuerhalten. Bei Berücksichtigung des G-SII Kapitalpuffers in Höhe von 0,5 % und des antizyklischen Kapitalpuffers in Höhe von 0,01 % betragen unsere gesamten CET 1 Kapitalanforderungen 10,76 % zum 31. März 2016.

Weitere Informationen zu den für uns anwendbaren Mindestkapitalanforderungen und zusätzlichen Kapitalpuffern sind in unserem Geschäftsbericht 2015 enthalten.

Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

Unser Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 belief sich zum 31. März 2016 auf 55,7 Mrd €, bestehend aus Hartem Kernkapital (CET1) in Höhe von 48,3 Mrd € und Zusätzlichem Kernkapital (AT1) in Höhe von 7,3 Mrd €. Das Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war um 2,6 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2015, überwiegend zurückzuführen auf einen Rückgang im Harten Kernkapital um 4,1 Mrd € seit Jahresende 2015, während das Zusätzliche Kernkapital in derselben Periode um 1,5 Mrd € anstieg.

Der Rückgang des Harten Kernkapitals um 4,1 Mrd € war im Wesentlichen die Folge höherer aufsichtsrechtlicher Anpassungen aufgrund der höheren Phase-in Rate von 60 % in 2016 im Vergleich zu 40 % in 2015. Darüber hinaus trugen negative Effekte aus Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 1,1 Mrd € sowie aus prudentiellen Filtern in Höhe von 0,4 Mrd € in 2016 zum Rückgang des Harten Kernkapitals bei. Ein positiver Gegeneffekt ergab sich aus unserem positiven Quartalsergebnis nach Steuern in Höhe von 0,2 Mrd €. Die von der Deutschen Bank überarbeitete Dividendenrichtlinie bezieht sich auf die Verordnung (EU) (2015/4) der Europäischen Zentralbank (EZB) über die Anrechnung von Jahresend- oder Zwischengewinnen im Harten Kernkapital, sofern der Vorstand für das entsprechende Jahr keine geänderte Ausschüttungshöhe entscheidet und diese offiziell bekanntgibt. Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividendenzahlung auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen, wurde keine Dividendenabgrenzung für das erste Quartal 2016 vorgenommen, vorbehaltlich eventueller Einwände des EZB-Rats.

Der Anstieg im Zusätzlichem Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 um 1,5 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus verringerten aufsichtsrechtlichen Anpassungen (1,8 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2015), die schrittweise abnehmend vom Zusätzlichem Kernkapital während der Übergangsphase abgesetzt werden. Diese Abzüge stellen den Restbetrag von bestimmten Kapitalabzügen vom Harten Kernkapital dar, die bei der Anwendung der CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung vom Harten Kernkapital abgezogen werden, während der Übergangszeit jedoch vom Zusätzlichem Kernkapital abgezogen werden dürfen. Die Phase-in Rate für diese Abzüge im CET 1-Kapital erhöhte sich auf 60 % in 2016 (40 % in 2015) und verringerte sich entsprechend auf Ebene des AT1-Kapitals auf 40 % in 2016 (60 % in 2015). Die geringeren aufsichtsrechtlichen Anpassungen im AT1-Kapital überstiegen den Effekt aus dem Rückgang in unseren Instrumenten des Zusätzlichem Kernkapitals gemäß CRR/CRD 4 in Höhe von 0,3 Mrd € (im Vergleich zum 31. Dezember 2015), der im Wesentlichen verursacht war durch unsere Kündigung eines ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instruments.

Unser Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 47,3 Mrd € zum 31. März 2016, im Vergleich zu 48,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Unser Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 42,8 Mrd € zum 31. März 2016, verglichen mit 44,1 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Unser Zusätzliches Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 4,6 Mrd € zum 31. März 2016, unverändert im Vergleich zum Jahresende 2015.

Der Rückgang unseres Harten Kernkapitals gemäß Vollumsetzung um 1,3 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2015 war im Wesentlichen das Ergebnis negativer Effekte aus Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 1,1 Mrd €, etwas ermäßigt durch einige positive, ebenfalls fremdwährungsbedingte Gegeneffekte bei den Kapitalabzugspositionen. Zum Rückgang trugen außerdem noch gestiegene aufsichtsrechtliche Anpassungen aus Prudential Filter-Korrekturen in Höhe von 0,4 Mrd € bei. Ein positiver Gegeneffekt auf das Harte Kernkapital resultierte aus unserem positiven Ergebnis nach Steuern in Höhe von 0,2 Mrd € im ersten Quartal 2016.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten (nicht testiert)

	31.3. 2016		31.12.2015	
in Mio €	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	36.766	36.766	37.088	37.088
Gewinnrücklagen	20.754	20.754	27.607	27.607
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	3.184	3.303	4.096	4.281
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	-92	-92	-7.025	-7.025
Sonstige	0	66	0	92
Hartes Kernkapital (CET 1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	60.612	60.797	61.766	62.042
Hartes Kernkapital (CET 1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-1.848	-1.848	-1.877	-1.877
Sonstige prudenzielle Filter (außer Zusätzliche Bewertungsanpassungen)	-1.036	-757	-622	-330
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-8.374	-5.025	-8.439	-3.376
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	-3.374	-2.024	-3.310	-1.324
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-181	-123	-106	-58
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	-1.215	-729	-1.173	-469
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-46	-33	-76	-39
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 15 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-690	-352	-818	-278
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (Betrag liegt über der 15 %-Schwelle) (negativer Betrag)	-786	-401	-953	-324
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	-291	-1.188	-291	-1.537
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	-17.843	-12.481	-17.665	-9.613
Hartes Kernkapital (CET 1)	42.770	48.316	44.101	52.429
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	4.676	4.676	4.676	4.676
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	N/A	6.223	N/A	6.482
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	10.899	4.676	11.157
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	-125	-51	-125	-48
Vom Zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	-3.508	N/A	-5.316
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0	0	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	-125	-3.560	-125	-5.365
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	4.551	7.339	4.551	5.793
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	47.320	55.655	48.651	58.222
Ergänzungskapital (T2)	11.765	6.000	12.325	6.299
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	59.085	61.656	60.976	64.522
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	400.944	401.496	396.714	397.382
Kapitalquoten				
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	10,7 ¹	12,0	11,1	13,2
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,8	13,9	12,3	14,7
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	14,7	15,4	15,4	16,2

¹ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen, sofern der EZB-Rat keine Einwände hat.

N/A – Nicht aussagekräftig

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio €	31.3.2016 CRR/CRD 4	31.12.2015 CRR/CRD 4
Eigenkapital per Bilanzausweis	61.592	62.678
Dekonsolidierung / Konsolidierung von Gesellschaften	-675	-681
Davon:		
Kapitalrücklage	-5	-5
Gewinnrücklage	-372	-369
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung nach Steuern	-298	-307
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	60.918	61.997
Anteile ohne beherrschenden Einfluss unter Anwendung der Übergangsregeln	66	92
Abgrenzung für Dividenden und AT1 Kupons	-305	-231
Umkehreffekt der Dekonsolidierung/Konsolidierung der Position Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, während der Übergangsphase	119	184
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	60.797	62.042
Prudentielle Filter	-3.503	-3.453
Davon:		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	-1.848	-1.877
Anstieg des Eigenkapitals durch verbrieft Vermögenswerte	-24	-20
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen und durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	-733	-310
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	-898	-1.246
Aufsichtsrechtliche Anpassungen	-8.978	-6.159
Davon:		
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	-5.025	-3.376
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	-2.426	-1.648
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-123	-58
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	-729	-469
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-352	-278
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	0	0
Sonstiges ¹	-324	-330
Hartes Kernkapital	48.316	52.429
Zusätzliches Kernkapital	7.339	5.793
Zusätzliche Kernkapital-Anleihen	4.624	4.627
Gemäß Bilanz	4.675	4.675
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	-51	-48
Hybride Kapitalinstrumente	6.208	6.464
Gemäß Bilanz	6.112	7.020
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	371	388
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	-275	-944
Davon:		
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag	0	0
Sonstiges	-275	-944
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	15	18
Abzüge vom zusätzlichen Kernkapital	-3.508	-5.316
Kernkapital	55.655	58.222
Ergänzungskapital	6.000	6.299
Nachrangige Verbindlichkeiten	5.871	6.263
Gemäß Bilanz	7.674	7.826
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	-1.803	-1.563
Davon:		
Abschreibungen gemäß Art. 64 CRR	-1.458	-1.321
Sonstiges	-345	-242
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	288	289
Davon:		
Berücksichtigung des vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommenen Betrags	0	0
Sonstiges	288	289
Abzüge vom Ergänzungskapital	-158	-252
Gesamtkapital	61.656	64.522

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Bezieht sich im Wesentlichen auf prudentielle Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva

Die nachfolgende Tabelle zeigt die RWA nach Risikoart und Geschäftsbereich. Sie beinhaltet die aggregierten Effekte der segmentellen Reallokation von infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Reallokationen zwischen den Segmenten.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich

								31.3.2016
in Mrd.€	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	60.958	68.951	41.553	7.762	37.576	11.613	11.290	239.704
Abwicklungsrisiko	7	0	0	0	0	0	0	7
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	10.779	44	116	150	471	3.395	8	14.963
Marktrisiko	34.905	1.094	0	1.118	51	11.931	0	49.098
Operationelles Risiko	60.640	15.137	8.992	3.547	5.657	3.751	0	97.724
Insgesamt	167.290	85.227	50.661	12.577	43.755	30.689	11.298	401.496
								31.12.2015
in Mrd.€	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	61.132	70.748	41.310	8.194	37.553	11.558	11.524	242.019
Abwicklungsrisiko	9	0	0	0	0	0	0	9
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	11.971	8	74	309	391	3.082	41	15.877
Marktrisiko	32.502	1.191	6	1.262	32	14.286	275	49.553
Operationelles Risiko	54.777	14.165	8.518	2.739	5.266	3.972	487	89.923
Insgesamt	160.391	86.112	49.909	12.504	43.242	32.898	12.326	397.382

Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen 401,5 Mrd € zum 31. März 2016 im Vergleich zu 397,4 Mrd € zum Jahresende 2015. Der Anstieg von 4,1 Mrd € resultiert größtenteils aus einem Anstieg der RWA aus dem operationellen Risiko von 7,8 Mrd € welcher in Teilen durch Rückgänge in den anderen Risikoarten kompensiert wird. Der Anstieg bei den RWA des operationalen Risikos ergibt sich aus der Berücksichtigung von hinreichend wahrscheinlichen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten sowie durch die Erhöhung des operationellen Verlustprofils der kompletten Branche. Die RWA aus dem Kreditrisiko verringerten sich um 2,3 Mrd €, was hauptsächlich auf Fremdwährungseffekte zurückzuführen ist. Dies wird teilweise durch Wachstum in unseren Kernbereichen kompensiert. Die geringeren RWA im Marktrisiko sind hauptsächlich auf einen niedrigeren Multiplikator als auch auf geringere Risikovolumen zurückzuführen, welche teilweise durch höhere Positionen im Marktrisiko Standardansatz für Verbriefungen ausgeglichen wird. Ein weiterer Rückgang von 0,9 Mrd € RWA resultierte aus den Kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (CVA), der sich vornehmlich durch Änderungen im Bereich der Methoden und Grundsätze begründet.

Die RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung betragen 400,9 Mrd € zum 31. März 2016 im Vergleich zu 396,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Der Anstieg resultiert aus den gleichen Veränderungen wie zuvor für die risikogewichteten Aktiva unter Anwendung der Übergangsbestimmungen beschrieben. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung waren um 0,6 Mrd € geringer als die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen. Der Unterschiedsbetrag kommt zu gleichen Teilen aus niedrigeren risikogewichteten Aktiva aus unseren latenten Steueransprüchen, die aus temporären Differenzen resultieren, und unseren signifikanten Beteiligungen in Instrumente des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, welche beide in die Schwellenwert-Ausnahmeregelung gemäß Artikel 48 CRR einbezogen werden.

Spezifischer haben wir die nachfolgenden Haupttreiber für die RWA beobachtet, welche sich an den Kategorien der Enhanced Disclosure Task Force orientieren, die in unserem Säule 3 Bericht 2015 im Abschnitt "Entwicklung der risikogewichteten Aktiva" beschrieben sind.

Die RWA für Kreditrisiko gingen um 1 % oder 2,3 Mrd € zurück aufgrund von:

- Die RWA für Kreditrisiko wurden signifikant beeinflusst von Fremdwährungsschwankungen in Höhe von -5,3 Mrd € in den ersten drei Monaten 2016, die vornehmlich aus der Abwertung von Positionen in US-Dollar resultierten.
- Weiterem Rückgang in der Kategorie „Sonstige“, welche Veränderungen beschreibt, die sich nicht in eine der in diesem Abschnitt explizit aufgeführten Kategorien zuordnen lassen, von -0,6 Mrd €, die hauptsächlich durch Bewegungen aus der Anwendung der 10/15 %-Schwellenwertregel bedingt war.
- Die Kategorie Portfoliogröße, welche organische Veränderungen im Volumen und in der Zusammensetzung des Portfolios beschreibt, erhöhte sich um 3,4 Mrd € im ersten Quartal 2016. Dieser Anstieg ergab sich in erster Linie aus dem kreditverbundenen Geschäft in unserem Kerngeschäft und weiterhin aus der Ausweitung in den Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften, teilweise kompensiert durch Rückgänge im Geschäftsfeld NCOU, was die generellen Bemühungen um Risikoabbau widerspiegelt.

Die RWA für Marktrisiko fielen um 1 % oder 0,5 Mrd € aufgrund von:

- Rückgängen in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ von 0,8 Mrd € resultierend aus Bewegungen in den Value-at-Risk und den Stress-Value-at-Risk Werten aufgrund eines geringeren Multiplikators, kompensiert durch einen Anstieg im Umfassenden Risikoansatz verursacht zusätzliche Berücksichtigung der Stress Test Verluste in unserem internen Modell zum Umfassenden Risikoansatz.
- Weitere signifikante Reduzierungen aus Rückgängen in den Risikoniveaus von 0,5 Mrd € innerhalb weiterer Metriken und ein Rückgang aus Fremdwährungseffekten in Höhe von 0,3 Mrd € resultierend aus dem Marktrisiko-Standardansatz für Verbriefungen.
- Kompensierender Anstieg von 1,2 Mrd € in der Kategorie „Veränderungen aus Marktdaten“ resultierend aus dem Marktrisiko-Standardansatz für Verbriefungen.

Die RWA für operationelles Risiko stiegen um 9 % oder 7,8 Mrd € aufgrund von:

- Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern) trugen 8,3 Mrd € in 2016 bei, vorrangig aus der Berücksichtigung von hinreichend wahrscheinlichen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten und aus externen Verlusten, welche in unserem AMA Modell reflektiert werden, wie zum Beispiel Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Angelegenheiten durch Unternehmen der Finanzbranche. Weitere hinreichend wahrscheinliche Verluste aus Rechtsstreitigkeiten sind als Treiber von OR RWA als Teil der Modelländerung in 2014 hinzugefügt worden und sind in der Kategorie „Verlustprofiländerungen“ zu finden.

Die RWA für CVA nahmen um 5,8 % oder 0,9 Mrd € ab aufgrund von:

- Bewegungen vorrangig aus Modelverbesserungen und Richtlinienanpassungen sowie FX Volatilität.

Ökonomisches Kapital

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die Definition des Kapitalangebots wurde weiter an die Vorschriften des CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerks angepasst. Der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden jetzt vom Säule 2-Kapitalangebot abgezogen, anstatt zur Kapitalanforderung addiert zu werden. Der Vorjahresvergleich wurde angepasst.

Interne Kapitaladäquanz

in Mio €
(sofern nicht anders angegeben)

	31.3.2016	31.12.2015
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	61.592	62.678
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments, in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	- 797	- 407
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds ²	- 1.215	- 1.173
Aktive latente Steuern	- 7.538	- 7.762
Zusätzliche Bewertungsanpassung ³	- 1.848	- 1.877
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	- 181	- 106
Fonds baupartentechnische Absicherung	- 291	- 291
Eigene Instrumente des Harten Kernkapitals	- 33	- 62
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt ⁴	- 672	- 147
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁵	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	- 9.906	- 10.078
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	11.038	11.962
Tier-2-Kapitalinstrumente	7.887	8.016
Kapitalangebot	58.036	60.754
Ökonomischer Kapitalbedarf		
Kreditrisiko	13.835	13.685
Marktrisiko	17.166	17.436
Operationelles Risiko	11.169	10.243
Geschäftsrisiko	6.075	5.931
Diversifikationseffekte	- 8.938	- 8.852
Kapitalanforderung	39.306	38.442
Interne Kapitaladäquanzquote in %	148	158

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

³ Analog zum Abzug beim regulatorischen Kapital.

⁴ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁵ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 148 % zum 31. März 2016 im Vergleich zu 158 % zum 31. Dezember 2015. Die Änderung der Quote resultierte sowohl aus einem reduzierten Kapitalangebot als auch einem höheren Kapitalbedarf. Der Rückgang des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 1,1 Mrd € resultierte hauptsächlich aus Wechselkursänderungen. Der Rückgang der Hybriden Tier-1-Instrumente um 924 Mio € resultierte im Wesentlichen aus zurückgezahlten Kapitalinstrumenten. Der Anstieg der Kapitalanforderung reflektiert hauptsächlich den höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für operationelle Risiken.

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement.

Verschuldungsquote

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und das Aktionärsvermögen auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee (per April 2016 ist dieses Komitee im neu geschaffenen Group Risk Committee aufgegangen). Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst.

Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen.

Wir berechnen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung gemäß Artikel 429 der CRR (Verordnung Nr. 575/2013), der mit der durch die Europäische Kommission am 10. Oktober 2014 verabschiedeten delegierten Verordnung (EU 2015/62), veröffentlicht am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union, geändert wurde.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote besteht aus den Komponenten Derivaten, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, außerbilanzielle Risikopositionen und andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte).

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Derivate wird auf Grundlage der regulatorischen Marktbewertungsmethode für Derivate, die die aktuellen Wiederbeschaffungskosten zuzüglich eines regulatorisch definierten Aufschlags für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert beinhaltet, berechnet. Von Gegenparteien erhaltene variable Barnachschusszahlungen werden von den aktuellen Wiederbeschaffungskosten von Derivaten, an Gegenparteien geleistete variable Barnachschusszahlungen werden von der Gesamtrisikopositionsmessgröße, die sich aus Forderungen ergibt, die als Vermögenswerte bilanziert wurden, abgezogen, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Der effektive Nominalwert für geschriebene Kreditderivate, das heißt der Nominalwert reduziert um alle negativen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die ins Kernkapital eingeflossen sind, ist in die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote eingerechnet. Die sich daraus ergebende Gesamtrisikopositionsmessgröße wird um den effektiven Nominalwert eines gekauften Kreditderivats auf den gleichen Referenznamen reduziert, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte beinhaltet die Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften, die mit Verbindlichkeiten aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften aufgerechnet werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Zusätzlich zu den Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften wird ein Aufschlag für die Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen in die Gesamtrisikopositionsmessgröße aufgenommen.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für außerbilanzielle Risikopositionen berücksichtigt die Gewichtungsfaktoren (Credit Conversion Factors) aus dem Standardansatz für das Kreditrisiko von 0 %, 20 %, 50 % oder 100 % je nach Risikokategorie, mit einer Untergrenze von 10 %.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) beinhaltet den Bilanzwert der jeweiligen Positionen (ohne Derivate und Wertpapierfi-

nanzierungsgeschäfte) sowie aufsichtsrechtlichen Anpassungen für Positionen, die bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals abgezogen wurden.

Die folgenden Tabellen zeigen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote und die Verschuldungsquote, beide auf Basis einer Vollumsetzung:

Summarische Abstimmung zwischen bilanzierten Aktiva und Risikopositionen für die Verschuldungsquote

in Mrd.€	31.3.2016	31.12.2015
Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	1.741	1.629
Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	4	3
Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	- 336	- 263
Anpassung für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	25	25
Anpassung für außerbilanzielle Posten (d. h. Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	102	109
Sonstige Anpassungen	- 144	- 107
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.390	1.395

Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote

in Mrd. € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2016	31.12.2015
Summe Risikopositionen aus Derivaten	207	215
Summe Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	175	164
Summe außerbilanzielle Risikopositionen	102	109
Sonstige bilanzwirksame Risikopositionen	924	924
Bei der Ermittlung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung abgezogene Aktivabeträge	- 16	- 17
Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung	47,3	48,7
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.390	1.395
Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das Kernkapital (in %)	3,4	3,5

Beschreibung der Einflussfaktoren, die die Verschuldungsquote im ersten Quartal 2016 beeinflusst haben

Zum 31. März 2016 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung 3,4 %, verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2015, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 47,3 Mrd € im Verhältnis zur anzuwendenden Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.390 Mrd € (48,7 Mrd € sowie 1.395 Mrd € per 31. Dezember 2015).

Im Laufe des ersten Quartals 2016 verringerte sich unsere Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote um 5 Mrd € auf 1.390 Mrd €, einschließlich Währungseffekten in Höhe von minus 32 Mrd €, die hauptsächlich auf der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sowie dem Pfund Sterling beruhen. Die Verringerung der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote beruht auf einem Rückgang bei Derivaten um 8 Mrd €, der hauptsächlich auf geringere Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert zurückzuführen ist, und einem Rückgang bei außerbilanziellen Positionen um 8 Mrd €, die mit niedrigeren Nominalwerten bei unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten korrespondieren. Den genannten Rückgängen steht ein Anstieg bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften um 11 Mrd € gegenüber, der die Erhöhung in der Bilanz bei Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihen und Prime-Brokerage-Geschäften wider spiegelt. Der Anstieg in der Bilanz bei Barreserven, Zentralbankeinlagen und Einlagen bei Kreditinstituten aus Liquiditätsmanagement-Aktivitäten wurde durch niedrigere Handelsaktiva kompensiert.

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 26 zum 31. März 2016, verglichen mit 24 zum 31. Dezember 2015.

Für die zentralen Treiber der Kernkapital-Entwicklung verweisen wir auf den Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ dieses Berichts.

Risikopositionswert des Kreditrisikos

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatdarlehen, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Kredite an Selbständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner

							31.3.2016
in Mio €	Ausfallwahrscheinlichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	48.274	21.899	5.739	25.788	57.726	159.426
iA	0,04–0,11 %	46.446	41.170	14.593	19.689	6.752	128.650
iBBB	0,11–0,50 %	64.101	46.530	16.567	7.633	2.116	136.947
iBB	0,50–2,27 %	51.701	33.734	10.465	5.367	2.149	103.416
iB	2,27–10,22 %	19.937	17.974	4.243	1.649	39	43.842
iCCC und schlechter	10,22–100 %	10.289	2.194	1.640	383	15	14.522
Insgesamt		240.749	163.501	53.247	60.508	68.796	586.802

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,9 Mrd € zum 31. März 2016 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere.

							31.12.2015
in Mio €	Ausfallwahrscheinlichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	50.712	23.035	6.384	22.753	59.157	162.042
iA	0,04–0,11 %	49.197	46.220	15.464	10.998	4.515	126.394
iBBB	0,11–0,50 %	62.044	44.603	18.283	7.871	1.911	134.711
iBB	0,50–2,27 %	51.454	37.643	10.827	5.358	2.621	107.904
iB	2,27–10,22 %	20.610	21.212	4.668	1.558	57	48.105
iCCC und schlechter	10,22–100 %	9.853	1.834	1.700	515	4	13.906
Insgesamt		243.871	174.548	57.325	49.053	68.266	593.063

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die obige Tabelle zeigt einen generellen Rückgang unseres Firmenkreditengagements von 6,3 Mrd € oder 1 % in den ersten drei Monaten 2016. Die Qualität des Firmenkreditengagements vor Kreditrisikominderung mit Investment-Grade-Bewertung ist leicht angestiegen auf 72 % im Vergleich zu 71 % zum 31. Dezember 2015.

Der Rückgang unseres Firmenkreditengagements von Dezember 2015 bis März 2016 ist vor allem auf unwiderrufliche Kreditzusagen (Rückgang um 6 % oder 11,0 Mrd €), Eventualverbindlichkeiten (Rückgang um 7 % oder 4,1 Mrd €) und Kredite (Rückgang um 1 % oder 3,1 Mrd €) zurückzuführen, welcher teilweise durch einen Anstieg von außerbörsli-

chen Derivaten (Anstieg um 23 % oder 11,5 Mrd €) kompensiert wird. Der Rückgang in unwiderruflichen Kreditzusagen ist im Wesentlichen in den Non-Investment-Grade-Klassen und etwa die Hälfte des Gesamt-rückgangs ist auf Wechselkursänderungen zurückzuführen. Der Anstieg in außerbörslichen Derivaten ist fast vollständig auf Zinsprodukte als Folge der Verringerung der Swap Spreads zurückzuführen.

Konsumentenkreditengagement

In unserem Konsumentenkreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentenkreditengagement

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ²	
	31.3.2016	31.12.2015	31.3.2016	31.12.2015	31.3.2016	31.12.2015
Konsumentenkreditengagement Deutschland	149.736	150.202	0,70	0,87	0,18	0,16
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.343	20.326	1,79	2,77	0,97	0,89
Immobilienfinanzierungen	129.395	129.876	0,52	0,57	0,05	0,05
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	38.218	38.704	4,40	4,95	0,45	0,55
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.195	13.259	8,03	9,55	0,88	1,18
Immobilienfinanzierungen	25.023	25.444	2,49	2,55	0,23	0,22
Konsumentenkreditengagement insgesamt¹	187.954	188.906	1,45	1,70	0,23	0,24

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,1 Mrd € zum 31. März 2016 und 3,6 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

² Nettokreditkosten für den zum Bilanzstichtag endenden 12-Monats-Zeitraum dividiert durch das Kreditengagement an diesem Bilanzstichtag.

Zum 31. März 2016 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2015 um 951 Mio € oder 0,5 % gesunken, hauptsächlich in Italien (gesunken um 478 Mio €) und in Deutschland (gesunken um 466 Mio €). Der Rückgang des Konsumentenkreditengagements in beiden Ländern resultiert hauptsächlich aus Portfolioverkäufen leistungsgestörter Kredite.

Die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im gesamten Konsumentenkreditengagement sank von 1,70 % per Jahresende 2015 auf 1,45 % zum 31. März 2016. Die Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements gingen von 0,24 % per Jahresende 2015 auf 0,23 % zum 31. März 2016 zurück. Diese Entwicklung basiert auf einer sich weiter verbessernden oder stabilisierenden allgemeinen Wirtschaftslage in Ländern, in denen wir aktiv sind, und den oben genannten Portfolioverkäufen in Deutschland und Italien.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	31.3.2016	31.12.2015
≤ 50 %	68 %	68 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	9 %
> 90 ≤ 100 %	3 %	3 %
> 100 ≤ 110 %	2 %	2 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	2 %	2 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Verhältnis zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Werte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den Wert dieser Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten als Immobiliensicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, der Beleihungsauslauf und die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile unseres Risikomanagements bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung unseres Kreditrisikos. In der Regel akzeptieren wir höhere Beleihungsausläufe, je besser die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers ist. Dennoch gibt es Restriktionen für Beleihungsausläufe in Ländern mit einem negativen Konjunkturausblick oder erwarteten Rückgängen von Immobilienwerten.

Zum 31. März 2016 verzeichneten wir für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 %, unverändert gegenüber dem Jahresende 2015.

Kreditrisikoengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehenden Tabellen ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben. Das erhöhte Risiko für die betroffenen Staaten wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt, unter anderem hoher Staatsverschuldung und/oder von Budgetdefiziten, eingeschränktem Zugang zu Kapitalmärkten, anstehenden Fälligkeiten, schwachen ökonomischen Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigem Wachstum des Bruttoinlandproduktes, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und politischer Unsicherheit).

Es scheint, dass sich das Risiko eines ansteckenden Abwärtstrends ausgehend von Griechenland reduziert hat. Mit den Wahlen im September und der damit verbundenen Bestätigung des Rettungsplanes hat sich das Risiko eines ansteckenden Abwärtstrends ausgehend von Griechenland reduziert. Die Umsetzungsrisiken bleiben erhöht da Syriza nur über eine geringe Mehrheit im Parlament verfügt. Alle Vereinbarungen benötigen parteiübergreifende Zustimmung was mögliche Neuwahlen nahe legt. Die Rückzahlungen an den IMF und die EZB sind im Juli fällig. Das Risiko politischer Unsicherheit in Spanien, wo das fragmentierte Parlament den Umfang von Reformen einschränkt und die "Katalonien Frage" ungelöst bleibt, als auch in Portugal nach der Bildung einer Minderheitsregierung der Sozialisten, welche möglicherweise nicht die volle vierjährige Amtszeit bestanden haben wird, ist erhöht. Die wirtschaftliche Erholung in bestimmten Ländern der Eurozone erfolgt planmässig, mit Ausnahme von Griechenland werden positive GDP Wachstumszahlen in 2016 erwartet. Insbesondere in Spanien und Irland ist eine starke Erholung erwartet. Die Geldpolitik sollte die Entwicklung in dieser Region weiter unterstützen.

Für die Darstellung unserer Engagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone verwenden wir zwei grundsätzliche Konzepte wie folgt:

- In unserer „Risikomanagement-Perspektive“ berücksichtigen wir das Sitzland der Konzernmutter und spiegeln die Kreditnehmereinheit wider. Darunter werden alle Kreditlinien an eine Gruppe von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (zum Beispiel durch eine Einheit, die eine Mehrheit der Stimmrechte oder des Kapitals an einer anderen Einheit hält), unter einem Schuldner konsolidiert. Diese Gruppe von Kreditnehmern wird in der Regel dem Herkunftsland der jeweiligen Muttergesellschaft zugeordnet. Beispielsweise ist ein Darlehen an einen Geschäftspartner in Spanien ein spanisches Risiko aus Sicht des Sitzlandes der Gesellschaft, aber ein deutsches Risiko aus Risikomanagement-Perspektive, wenn die jeweilige Gegenpartei eine Muttergesellschaft mit Sitz in Deutschland hat, die nach dem oben genannten Prinzip mit einem Schuldner verbunden ist. Aufrechnungen im Derivategeschäft sowie Sicherungsgeschäfte und Kreditsicherheiten werden in der Risikomanagement-Perspektive berücksichtigt. Die Bewertung der Sicherheiten folgt denselben Methoden und Prinzipien wie an anderer Stelle in unserem Geschäftsbericht 2015 aufgezeigt. Ergänzend ordnen wir aus Sicht des Risikomanagements das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften dem Sitzland der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht dem Sitzland der Zweckgesellschaft zu. Zusätzliche Überlegungen gelten für strukturierte Produkte. Wenn beispielsweise ein strukturiertes Wertpapier von einer Zweckgesellschaft in Irland ausgegeben wird, wird es als ein irisches Risiko in der „Sitzland-Perspektive“ betrachtet, aber wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte, die das strukturierte Wertpapier besichern, deutsche Hypothekendarlehen sind, wären die Engagements als deutsches Risiko in der Risikomanagement-Perspektive enthalten.
- In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der

Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Zusammengefasstes Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Risikomanagement-Perspektive

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Griechenland	473	473
Irland	3.326	2.809
Italien	14.878	13.269
Portugal	742	729
Spanien	10.429	8.884
Insgesamt	29.848	26.164

Das Nettoengagement erhöhte sich um 3,7 Mrd € seit Jahresende 2015. Dies ist hauptsächlich auf Erhöhungen in Italien, Spanien und Irland zurückzuführen, dabei im wesentlichen auf kurzfristiges Liquiditätsexposure in Italien und Spanien, sowie eines erhöhten Engagements gegenüber dem Spanischen und Irischen Staat. Das Engagement in Griechenland blieb unverändert. Neben dem US-Dollar denominierten Schiffsfinanzierungsportfolio von 0,3 Mrd € verbleibt ein Engagement von 0,2 Mrd €, das unverändert eng begleitet wird.

Unser oben dargestelltes Engagement besteht hauptsächlich aus stark diversifizierten, risikoarmen Retail- Portfolios, Klein- und Mittelstandskunden in Italien und Spanien sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banken in Spanien und Italien ausgerichtet, die typischerweise besichert sind. Das Engagement gegenüber Staaten ist unserer Ansicht nach auf einem überschaubaren Niveau. Nicht beachtet wurde dabei ein grundsätzliches Ansteckungsrisiko nach einem Ausstieg Griechenlands aus dem Euro.

Die folgenden, auf der Sitzland-Perspektive basierenden Tabellen zeigen unsere Bruttoexposition, der Anteil an nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „darunter“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen europäischen Ländern. Die Bruttoexposition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung gekaufter Besicherung über Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltener Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere in unserem Retail-Portfolio gehalten, aber auch gegenüber Finanzinstituten – vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – sowie Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen inklusive der nominalen Nettoposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte Länder der Eurozone beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sein sollen. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttoposition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt	
	31.3. 2016	31.12. 2015	31.3. 2016	31.12. 2015	31.3. 2016	31.12. 2015	31.3. 2016	31.12. 2015	31.3. 2016	31.12. 2015	31.3. 2016 ¹	31.12. 2015
Griechenland												
Brutto	0	0	973	732	1.498	1.539	6	7	0	0	2.476	2.277
Nicht gezogen	0	0	29	23	98	118	0	0	0	0	127	142
Netto	0	0	376	237	120	95	1	1	0	0	497	333
Irland												
Brutto	763	459	1.090	998	9.360	8.752	32	35	4.017 ²	4.361 ²	15.262	14.605
Nicht gezogen	0	0	8	23	2.488	2.568	0	0	201 ²	393 ²	2.698	2.984
Netto	339	28	547	528	5.616	5.327	4	5	4.226 ²	4.347 ²	10.732	10.235
Italien												
Brutto	4.346	4.048	2.995	2.421	11.151	10.642	17.329	17.841	411	470	36.231	35.421
Nicht gezogen	31	25	69	73	4.628	4.622	150	148	24	24	4.902	4.892
Netto	988	507	842	754	7.524	7.093	6.908	6.989	405	448	16.668	15.792
Portugal												
Brutto	63	112	351	260	1.456	1.509	1.696	1.743	59	59	3.624	3.684
Nicht gezogen	0	0	18	22	214	210	26	25	0	0	257	258
Netto	128	64	295	181	1.054	1.111	167	202	59	59	1.703	1.616
Spanien												
Brutto	961	729	1.497	1.292	9.111	9.350	9.904	9.928	178	257	21.652	21.556
Nicht gezogen	0	0	207	203	4.003	4.235	282	298	13	14	4.505	4.750
Netto	901	757	571	516	6.298	6.838	1.904	1.872	368	476	10.043	10.458
Brutto insgesamt	6.133	5.348	6.906	5.703	32.576	31.792	28.967	29.553	4.664	5.147	79.245	77.544
Nicht gezogen	32	25	332	344	11.430	11.754	457	472	238	431	12.489	13.026
Netto insgesamt³	2.356	1.356	2.631	2.216	20.613	20.463	8.985	9.069	5.058	5.330	39.643	38.434

¹ Ungefähr 65 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

² Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

³ Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 205 Mio € zum 31. März 2016 und 159 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten Ländern der Eurozone erhöhte sich in den ersten drei Monaten im Jahr 2016 um ungefähr 1,2 Mrd €. Der Anstieg resultierte aus steigenden Engagements in Italien, Irland, Griechenland und Portugal, der teilweise durch geringere Engagements gegenüber Spanien kompensiert wurde.

Aggregiertes Netto-Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten Staaten der Eurozone

in Mio €	31.3.2016						
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Derivate	Sonstige	Insgesamt ³
Griechenland	139	102	299	0	89	5	495
Irland	3.580	3.580	3.059	1.063	1.104	1.858	10.664
Italien	11.199	10.451	4.005	652	3.730	1.428	20.267
Portugal	498	437	385	19	22	836	1.699
Spanien	5.272	4.663	3.092	528	388	1.147	9.819
Insgesamt	20.688	19.234	10.841	2.263	5.333	5.274	42.944

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

in Mio €	31.12.2015						Insgesamt ³
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Derivate	Sonstige	
Griechenland	139	104	177	0	54	28	363
Irland	3.616	3.615	2.845	852	988	2.092	10.392
Italien	11.249	10.298	4.094	671	3.433	1.480	19.976
Portugal	604	545	392	12	39	776	1.763
Spanien	5.205	4.598	3.355	198	335	1.539	10.025
Insgesamt	20.813	19.160	10.863	1.733	4.849	5.915	42.520

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Die obigen Tabellen enthalten keine derivativen Kreditengagements, welche separat in der folgenden Tabelle dargestellt werden. Für unsere derivativen Kreditengagements in diesen Ländern der Eurozone zeigen wir Nominalwerte für gekaufte und verkaufte Sicherungsinstrumente als Bruttowerte und die resultierenden Nettonominalwerte sowie ihre beizulegenden Zeitwerte. Eine detailliertere Beschreibung über die Verwendung von Kreditderivaten, um unser Kreditrisiko zu steuern, befindet sich im entsprechenden Risikoabschnitt unseres Geschäftsberichts 2015.

Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in diesen europäischen Staaten

in Mio €	31.3.2016				31.12.2015			
	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Nettoposition	Beizulegender Zeitwert netto	Eigene Verkäuferposition	Eigene Käuferposition	Nettoposition	Beizulegender Zeitwert netto
Griechenland	1.232	- 1.229	2	- 3	1.144	- 1.174	- 31	- 2
Irland	3.389	- 3.322	66	234	3.332	- 3.489	- 157	4
Italien	46.836	- 50.435	- 3.599	- 75	44.132	- 48.316	- 4.184	- 35
Portugal	4.600	- 4.596	4	- 120	4.497	- 4.645	- 147	23
Spanien	20.558	- 20.333	225	- 130	18.489	- 18.056	433	- 2
Insgesamt	76.615	- 79.916	- 3.301	- 93	71.594	- 75.680	- 4.086	- 13

Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Die nachfolgende Darstellung reflektiert eine Netto-Sitzland-Perspektive für das Kreditengagement gegenüber Staaten.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter Länder der Eurozone

in Mio €	31.3.2016				31.12.2015			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	0	0	0	0	0	0	0	0
Irland	381	- 42	339	1	55	- 28	28	1
Italien	4.276	- 3.288	988	8	3.989	- 3.482	507	36
Portugal	63	65	128	- 13	112	- 48	64	- 9
Spanien	957	- 56	901	- 12	725	32	757	- 12
Insgesamt	5.677	- 3.320	2.356	- 15	4.881	- 3.526	1.356	17

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen, klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Der Anstieg des Nettokreditengagements um 1,0 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2015 resultiert hauptsächlich aus Änderungen des Engagements in Derivatepositionen, Schuldverschreibungen und Kreditausfallversicherungen (CDS). Diese Entwicklung resultiert hauptsächlich durch einen Anstieg gegenüber Italien, welcher vor allem aus positiven Marktwerten von Derivaten und Kreditausfallversicherungen (CDS) resultiert. Der Anstieg des Nettokreditengagement gegenüber Irland und Spanien erhöhte sich hauptsächlich bei Schuldverschreibungen.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für staatliche Kredite, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden und sich zum 31. März 2016 für Italien auf 271 Mio € und für Spanien auf 468 Mio € belaufen (zum 31. Dezember 2015: für Italien 273 Mio € und für Spanien 478 Mio €).

Qualität von Vermögenswerten

Unsere Kreditinanspruchnahme in jeder der unter Beobachtung stehenden Branchen "Öl & Gas", „Metalle, Bergbau & Stahl" und „Schifffahrt" beträgt weniger als 2 % im Verhältnis zum gesamten Kreditvolumen.

Unser Kreditvolumen in der Öl & Gas Branche beträgt rund 7 Mrd €. Rund 50 % unseres Kreditengagement ist Investment-Grade, hauptsächlich in den belastbareren Segmenten Ölkonzerne und staatliche Ölfirmen. Weniger als 25 % unseres Öl & Gas Kreditportfolio ist in Bereichen mit erhöhtem Risiko, die von niedrigem Ölpreis betroffen sind, zum Beispiel Sub-Investment-Grade in Exploration & Production (hauptsächlich besichert) und Öl & Gas Services & Equipment.

Unser Kreditvolumen in unserem Portfolio "Metalle, Bergbau und Stahl" beträgt rund € 6 Mrd. Dieses Portfolio hat eine geringere Kreditqualität im Vergleich zum gesamten Kreditportfolio und hat eine Investmentgraderatio von nur einem Drittel. Vergleichbar zur Branchenstruktur, ist ein wesentlicher Teil des Portfolios in Entwicklungsländern. Unsere Strategie ist, dieses Kreditportfolio angesichts der gestiegenen Risiken in der Branche zu reduzieren, insbesondere besteht ein Überangebot mit dem Ergebnis von Preis- und Margendruck.

Unser Kreditvolumen in der Schifffahrtsbranche beträgt rund 5 Mrd € und ist weitestgehend besichert. Das Portfolio ist diversifiziert über die Schiffstypen mit globalem Risikoprofil und diversifiziertem Einkommen, trotz der Tatsache, dass eine Mehrzahl der Kunden in Europa angesiedelt sind. Ein hoher Anteil des Portfolios ist Sub-Investment-Grade bewertet um die andauernden, herausfordernden Marktbedingungen der letzten Jahre abzubilden. Exposure zu dem Deutschen „KG" Sektor beträgt weniger als 10 % des gesamten Schiffsexposures.

Das veröffentlichte Kreditvolumen für die oben genannten Industrien basiert auf einer überarbeiteten Industrieklassifizierungsmethode. Es gab keine wesentlichen Veränderungen im Kreditvolumen innerhalb des Berichtszeitraums.

Das folgende Kapitel beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neuverhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

in Mio €	31.3.2016			31.12.2015		
	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neuverhandelt oder wertgemindert	234.416	181.907	416.323	237.758	182.306	420.064
Überfällige Kredite, nicht neuverhandelt oder wertgemindert	1.363	2.504	3.867	1.143	2.544	3.687
Neuverhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	469	438	907	438	437	875
Wertgeminderte Kredite	4.501	3.106	7.607	4.532	3.619	8.151
Insgesamt	240.749	187.954	428.704	243.871	188.906	432.777

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, die nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind („Verlustereignis“). Bei unserer Beurteilung berücksichtigen wir entsprechend den Anforderungen in IAS 10 Informationen zu solchen Ereignissen, die uns bis zum Zeitpunkt vorliegen, an dem der Geschäftsbericht zur Veröffentlichung autorisiert wird;
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte; und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags zu jedem Berichtsstichtag vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Finance durchgeführt wird.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt, und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Wir beurteilen zunächst Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, hinsichtlich der Frage, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sind in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in unserem Geschäftsbericht 2015 zu finden.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

in Mio €	31.3.2016			31.12.2015			Veränderung 2016 gegenüber 2015	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Global Markets	55	95	173 ¹	5	83	1.814	50	-1.641
Corporate & Investment Banking	2.313	1.423	62	2.154	1.375	64	159	-2
Private, Wealth and Commercial Clients	2.003	1.159	58	2.157	1.332	62	-154	-4
Deutsche Asset Management	0	1	0	0	1	0	0	0
Postbank	1.606	950	59	1.846	1.126	61	-240	-2
Non-Core Operations Unit	1.630	1.015	62	1.989	1.109	56	-359	7
Davon: gem. IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	540	435	80	667	389	58	-127	22
Consolidation & Adjustments and Other	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	7.607	4.644	61	8.151	5.028	62	-544	-1

¹ Die Wertgeminderten Kredite in Global Markets sind mehr als voll gedeckt durch den Wertberichtigungsbestand, da letzterer kollektiv ermittelte Wertberichtigungen für nicht wertgeminderte Kredite beinhaltet.

Wertgeminderte Kredite nach Branchenzugehörigkeit

in Mio €	31.3.2016			31.12.2015		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Finanzintermediation	172	3	175	150	5	155
Fondsmanagement	17	1	19	6	2	8
Verarbeitendes Gewerbe	476	207	683	498	215	713
Handel	366	200	566	275	222	497
Private Haushalte	353	2.406	2.759	332	2.931	3.263
Gewerbliche Immobilien	1.207	245	1.451	1.365	281	1.646
Öffentliche Haushalte	15	0	15	16	0	16
Sonstige ¹	1.728	211	1.939	1.594	260	1.854
Insgesamt	4.334	3.273	7.607	4.236	3.915	8.151

¹ Davon 'Transport, Lagerung und Kommunikation': Wertgeminderte Kredite, insgesamt 826 Mio € (44 %), sowie 'Wohnimmobilien, Vermietung und verwandte Geschäftsbereiche': Wertgeminderte Kredite, insgesamt 549 Mio € (29 %). Der Rest verteilt sich über mehrere Branchen, wovon keine einen Anteil von 25 % oder mehr an den Gesamtwerten der Kategorie 'Sonstige' aufweist.

Wertgeminderte Kredite nach Regionen

in Mio €	31.3.2016			31.12.2015		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Deutschland	1.308	1.372	2.680	1.362	1.642	3.004
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.336	1.703	4.039	2.280	2.057	4.337
Osteuropa	60	174	234	76	179	255
Nordamerika	402	1	403	340	2	342
Mittel- und Südamerika	1	3	4	0	6	6
Asien/Pazifik	204	17	221	155	23	178
Afrika	22	3	25	21	5	26
Sonstige	1	0	1	2	0	2
Insgesamt	4.334	3.273	7.607	4.236	3.915	8.151

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	Jan. – Mär. 2016			Gesamtjahr 2015		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	4.236	3.915	8.151	4.990	4.359	9.348
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert	638	328	966	898	1.176	2.073
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ¹	- 269	- 449	- 718	- 1.010	- 859	- 1.869
Abschreibungen	- 167	- 498	- 665	- 537	- 717	- 1.254
Verkäufe wertgeminderter Kredite	- 33	- 11	- 44	- 239	- 53	- 292
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 71	- 13	- 84	135	10	145
Bestand am Periodenende	4.334	3.273	7.607	4.236	3.915	8.151

¹ Unter Berücksichtigung von Rückzahlungen.

In den ersten drei Monaten 2016 reduzierten sich unsere wertgeminderten Kredite um 544 Mio € (7 %) auf 7,6 Mrd €, verursacht durch Portfolio kollektiv bewerteter notleidender Kredite, teilweise kompensiert durch einen Anstieg in unserem Portfolio einzeln bewerteter notleidender Kredite. Die Reduktion unserer kollektiv bewerteten notleidenden Kredite resultiert im Wesentlichen aus Abschreibungen im Zusammenhang mit Verkäufen in PCC Italien sowie der Postbank, während der Anstieg unserer einzeln bewerteten notleidenden Kredite hauptsächlich durch neu als wertgemindert klassifizierte Kredite in unseren Leveraged Finance und Emerging Markets Portfolien in CIB sowie durch einen Einzelfall in Global Markets verursacht wurde.

Die Deckungsquote der wertgeminderten Kredite (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln wertgeminderten oder kollektiv ermittelten Kredite im Verhältnis zu den gemäß IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten) verringerte sich leicht von 62 % zum Jahresende 2015 auf 61 % zum 31. März 2016.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 540 Mio € an reklassifizierten Krediten und Forderungen gemäß IAS 39. Diese Position reduzierte sich um 127 Mio € oder 19 % im Vergleich zum letzten Jahresende.

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft besteht aus den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sowie den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Mär. 2016						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	185	107	292	18	-5	13	304
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-4	-20	-24	0	0	0	-24
Abschreibungen	-158	-452	-610	0	0	0	-610
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	-166	-498	-665	0	0	0	-665
	8	46	55	0	0	0	55
Sonstige Veränderungen	43	-109	-66	-0	-5	-6	-71
Bestand am Periodenende	2.322	2.322	4.644	161	158	319	4.963
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	93	-12	81	13	-7	5	86
In %	102	-10	39	248	-311	73	40
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	-56	-352	-408	0	0	0	-408
In %	54	354	202	0	0	0	202

Der Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 5,0 Mrd € am 31. März 2016 im Vergleich zu 5,3 Mrd € zum Jahresende 2015. Dieser Rückgang wurde durch Abschreibungen verursacht, die primär im Zusammenhang mit Verkäufen wertgeminderter Kredite standen und teilweise durch neue Risikovorsorgen kompensiert wurden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich um 86 Mio € im Vergleich zu den ersten drei Monaten 2015, verursacht durch den Anstieg der Risikovorsorge für Kreditausfälle um 81 Mio €. Der Anstieg der Risikovorsorge für Kreditausfälle wurde durch unser Portfolio einzeln bewerteter Kredite verursacht und teilweise kompensiert durch einen leichten Rückgang in unserem Portfolio für kollektiv bewertete Kredite. Der Anstieg in unserem einzeln bewerteten Portfolio resultiert hauptsächlich aus CIB, verursacht durch unsere Leveraged Finance und Emerging Markets Portfolios sowie aus NCOU hauptsächlich verursacht durch IAS 39 reklassifizierte Kredite. Die Verringerung der Risikovorsorge für Kreditausfälle in unserem kollektiv bewerteten Portfolio wurde durch PCC International verursacht und resultiert aus höheren Auflösungen im Zusammenhang mit Verkäufen sowie aus dem verbesserten Kreditumfeld in den entsprechenden Märkten. Teilweise kompensiert wurde dieser Rückgang durch einen Anstieg in NCOU getrieben durch IAS 39 reklassifizierte Kredite.

Der Anstieg der Abschreibungen im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres um 408 Mio € resultiert insbesondere aus Verkäufen in PCC International and Postbank.

Unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und in der NCOU berichtet werden, betrug 435 Mio € zum 31. März 2016 und damit 9 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, ein Anstieg um 11 % gegenüber 389 Mio € zum Jahresende 2015 (8 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Dieser Anstieg resultierte aus zusätzlicher Risikovorsorge in Höhe von 70 Mio €, teilweise kompensiert durch Wechselkursveränderungen der überwiegend nicht in Euro denominierten, nach IAS 39 reklassifizierten Kredite.

Im Vergleich zu den ersten drei Monaten 2015 sank die Risikovorsorge für Kreditausfälle für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 68 Mio €, hauptsächlich verursacht durch unsere European Mortgage Portfolios.

Jan. – Mär. 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	92	119	211	5	2	7	218
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminder- ten Krediten	-7	0	-7	0	0	0	-7
Nettoabschreibungen:	-103	-100	-202	0	-2	-2	-204
Abschreibungen	-113	-120	-233	0	-2	-2	-236
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	10	21	31	0	0	0	31
Sonstige Veränderungen	70	24	94	3	15	18	112
Bestand am Periodenende	2.423	2.892	5.315	93	156	249	5.564
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-5	-25	-30	0	2	2	-28
In %	-5	-17	-13	-8	-5.465	35	-12
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	418	-17	401	0	0	0	401
In %	-80	20	-67	0	0	0	-67

Marktrisiko

Marktrisiko der Handelsportfolios (ohne Postbank)

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag.

Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt ²	37,2	43,3	-33,3	-40,9	19,9	20,3	27,6	30,9	9,8	16,6	12,2	15,0	1,1	1,3
Maximum ²	46,5	65,6	-41,8	-59,2	28,0	30,2	31,5	40,3	12,6	28,3	16,4	25,0	3,3	4,0
Minimum ²	30,4	28,7	-26,5	-31,0	14,9	16,2	24,5	24,0	7,1	9,2	8,2	6,0	0,5	0,5
Perioden- ende ³	32,5	33,3	-30,1	-38,8	20,0	18,3	24,5	26,2	8,4	11,7	9,0	15,1	0,6	0,9

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte während der Periode vom 1. Januar 2016 bis zum 31. März 2016 beziehungsweise im Gesamtjahr 2015 bewegten.

³ Angaben für 2016 zum 31. März 2016 und Angaben für 2015 zum 31. Dezember 2015.

Der durchschnittliche Value-at-Risk innerhalb der ersten drei Monate 2016 betrug 37,2 Mio €, ein Rückgang von 6,1 Mio € verglichen mit dem Kalenderjahr 2015. Der Rückgang des Durchschnittswertes war getrieben durch Rückgänge im Aktienkursrisiko, Währungsrisiko und Credit-Spread-Risiko resultierend aus dem allgemeinen Rückgang von direktonalem Exposure über die verschiedenen Risikoklassen hinweg im Durchschnitt verglichen mit dem Kalenderjahr 2015.

In den ersten drei Monaten 2016 erzielten unsere Handelsbereiche an 85 % der Handelstage einen positiven Ertrag gegenüber 91 % im Kalenderjahr 2015.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko

Stress-Value-at-Risk

Die folgende Tabelle zeigt den Stress-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) unserer Handelsbereiche.

Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten¹

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations-effekt		Zins-risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs-risiko		Währungs-risiko ²		Rohwarenpreis-risiko	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt ³	97,6	105,1	-73,7	-114,5	50,5	60,7	88,8	106,7	15,1	22,8	15,3	26,7	1,6	2,5
Maximum ³	121,5	135,7	-98,0	-186,7	70,9	84,2	99,3	154,5	44,1	68,7	28,1	59,8	3,9	7,6
Minimum ³	75,5	82,4	-53,4	-71,7	39,8	45,1	76,0	82,6	2,4	0,1	5,9	5,7	0,5	0,7
Perioden-ende ⁴	87,5	106,3	-66,0	-98,0	58,4	45,5	76,0	90,9	7,4	44,1	11,2	22,6	0,6	1,2

¹ Ende März 2015 wurde der Aggregierungsansatz von bestimmten Komponenten verbessert, woraus sich ein Rückgang im Credit-Spread Stress Value at Risk ergab.

² Beinhaltet Stressed Value at Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

³ Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte während der Periode vom 1. Januar 2016 bis zum 31. März 2016 beziehungsweise im Gesamtjahr 2015 bewegten.

⁴ Angaben für 2016 zum 31. März 2016 und Angaben für 2015 zum 31. Dezember 2015.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk in den ersten drei Monaten 2016 betrug 97,6 Mio €, ein Rückgang von 7,4 Mio € gegenüber dem Durchschnitt für das Jahr 2015. Der durchschnittliche Credit-Spread-Risiko, Aktienkursrisiko und Währungsrisiko - Stress Value at Risk reduzierte sich resultierend aus dem allgemeinen Rückgang des directionellen Risikos im Durchschnitt über die ersten drei Monate im Jahr 2016 verglichen mit dem Kalenderjahr 2015. Der Rückgang im Zinsrisiko war insbesondere getrieben durch eine Richtungsänderung in der USD Position im Durchschnitt während der ersten drei Monate in 2016 verglichen mit dem Kalenderjahr 2015.

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert aus dem Stichtags- oder dem Durchschnittswert der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Der inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage ist der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximum- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)^{3,4,5}

in Mio €	Insgesamt		Non-Core Operations Unit		Global Credit Trading		Core Rates		Fixed Income & Currencies APAC		Emerging Markets - Debt		Sonstige	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt ¹	906,4	974,9	13,7	17,5	443,9	539,3	108,8	105,6	179,6	159,6	207,1	235,2	-46,6	-82,4
Maximum ¹	976,9	1.020,8	19,1	84,7	529,2	692,8	151,9	178,9	359,2	350,7	241,6	299,7	-11,0	-52,1
Minimum ¹	839,5	843,8	(3,6)	-4,8	387,1	435,0	83,4	50,2	130,3	112,6	144,7	144,2	-76,3	-128,4
Perioden-ende ²	889,2	843,8	15,7	2,8	409,6	435,0	151,9	90,0	178,3	119,8	144,7	264,4	-11,0	-68,2

¹ Die Werte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, welcher dem 31. März 2016 beziehungsweise dem 31. Dezember 2015 vorausging.

² Angaben für 2016 zum 31. März 2016 und Angaben für 2015 zum 31. Dezember 2015.

³ Die Aufteilung auf die Geschäftsfelder wurde für das Reporting in 2016 angepasst, um die aktuelle Geschäftsstruktur besser abzubilden.

⁴ Alle Liquiditätshorizonte betragen 12 Monate.

⁵ Spot-Wert, Durchschnitts-, und Maximumwerte zum Jahresende 2015 berechnen sich aus dem Spot und Aufschlag des IRC Bestandes.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag zum Ende der ersten drei Monate des Jahres 2016 betrug 889 Mio € und erhöhte sich um 45 Mio € (5 %) verglichen mit dem Jahresende 2015. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt Inkrementelle Risikoaufschlag für die ersten drei Monate 2016 belief sich auf 906 Mio € und lag damit 69 Mio € (7 %) unter dem Zwölf-Wochen-Durchschnitt für die am 31. Dezember 2015 endende Periode. Der Rückgang des durchschnittlichen IRC Aufschlags ist konsistent mit dem Trend eines allgemein niedrigeren Risikoniveaus über die ersten drei Monate in 2016 gegenüber dem Kalenderjahr 2015.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem Minimumwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem Verbriefungsrahmenwerk.

Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten)^{3,4}

in Mio €	2016	2015
Durchschnitt ¹	199,0	188,4
Maximum ¹	292,4	197,3
Minimum ¹	178,8	180,3
Periodenende ²	259,4	190,2

¹ Der Wert für den aufsichtsrechtlichen Umfassenden Risikoansatz wurde auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. März 2016 beziehungsweise am 31. Dezember 2015 endete.

² „Spot“-Betrag des internen Modells auf Basis des Umfassenden Risikoansatzes zum Periodenende.

³ Zum Ende des Monats März 2016 enthält der umfassende Risikoansatz Add-Ons, welche Worst Stress-Test Verluste, die das Resultat aus dem internen Modell übersteigen, kapitalisieren.

⁴ Alle Liquiditätshorizonte betragen 12 Monate.

Der Umfassende Risikoansatz am Periodenende der ersten drei Monate im Jahr 2016 betrug 259 Mio € und erhöhte sich um 69 Mio € (36 %) gegenüber dem Jahresende 2015. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt des Umfassenden Risikoansatzes für die ersten drei Monate 2016 betrug 199 Mio € und lag damit um 11 Mio € (6 %) über dem Zwölf-Wochen-Durchschnittswert für die am 31. Dezember 2015 endende Periode. Die Erhöhung erfolgte aufgrund der Anforderung Verluste, welche das Ergebnis des internen Modells für den umfassenden Risikoansatz übersteigen, zu kapitalisieren und der Einführung von Korrelationschocks für die FTD/NTD Korrelationen, welche zum Ende des Monats März 2016 eingeführt wurden.

Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“)

Zum 31. März 2016 führten Verbriefungspositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 864 Mio €, die risikogewichteten Aktiva in Höhe von 10,8 Mrd € entsprachen. Zum 31. Dezember 2015 erzeugten diese Positionen Eigenkapitalanforderungen von 811 Mio € mit entsprechenden risikogewichteten Aktiva in Höhe von 10,1 Mrd €.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate verringerten sich auf 5 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 61 Mio € entsprach, verglichen mit 6 Mio € und 78 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Des Weiteren beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 31. März 2016 auf 59 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 740 Mio € entsprach, im Vergleich zu 70 Mio € und 873 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Die Eigenkapitalanforderungen für das Langlebigkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betragen für NCOU und PIRM 36 Mio € zum 31. März 2016, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 446 Mio € entsprach, im Vergleich zu 36 Mio € und 451 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Marktrisiko des Handelsbuchs der Postbank

Der Value-at-Risk des Postbank-Handelsbuchs betrug bei einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag 0 € am 31. März 2016 sowie am 31. Dezember 2015. Die derzeitige Handelsbuch-Strategie der Postbank erlaubt keine neuen Handelsaktivitäten in Bezug auf das Handelsbuch. Daher enthielt das Handelsbuch der Postbank zum 31. März 2016 sowie am 31. Dezember 2015 keine Positionen. Gleichwohl wird die Postbank als Handelsbuchinstitut klassifiziert.

Operationelle Risiken

In den ersten drei Monaten 2016 waren unsere operationellen Risikoverluste weiterhin durch Verluste aus Rechtsstreitigkeiten und durch Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten bestimmt. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf das Kapitel „Sonstige Finanzinformationen“ in diesem Zwischenbericht. Unsere nicht auf Rechtsstreitigkeiten beruhenden operationellen Risikoverluste waren weiterhin höher als in den ersten drei Monaten 2015. Der Ausblick für das verbleibende Jahr bleibt aufgrund des rechtlichen und regulatorischen Umfeldes, das sich unseres Erachtens weiterhin auf unser Geschäft auswirken wird, verhalten. Die Anforderungen an das regulatorische Kapital werden hauptsächlich durch wahrscheinliche Abflüsse aus Rechtsstreitigkeiten beeinflusst, die im AMA Modell berücksichtigt wurden. Die zukunftsorientierte Steuerung unseres operationellen Risikos wird durch die Überwachung der potenziellen Gewinn- und Verlustsituation auf Basis von regulären Überprüfungen von Rechtsrisiken, Trendanalysen zu eingetretenen Verlusten und Risikoindikatoren gefördert.

Liquiditätsrisiko

Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen in Milliarden Euro sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2016		31.12.2015	
Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital	202	21 %	212	22 %
Privatkunden	301	31 %	312	32 %
Transaction Banking	189	19 %	197	20 %
Sonstige Kunden ¹	76	8 %	81	8 %
Unbesicherte Wholesale Refinanzierung	70	7 %	60	6 %
Besicherte Refinanzierung und Shortpositionen	136	14 %	110	11 %
Finanzierungsvehikel ²	4	0 %	4	0 %
Externe Finanzierungsquellen insgesamt	978	100 %	976	100 %

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

² Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Zum Abgleich zur Bilanzsumme sind zu berücksichtigen: Derivate- und Abwicklungssalden 630,3 Mrd € (527,7 Mrd €), Nettoeffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 79,1 Mrd € (71,1 Mrd €) und sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 53,4 Mrd € (54,3 Mrd €), jeweils zum 31. März 2016 und zum 31. Dezember 2015.

Der Anstieg von 25,4 Mrd € im Bereich besicherte Refinanzierung und Shortpositionen und bei der unbesicherten Wholesale Refinanzierung von 9,9 Mrd € im ersten Quartal 2016 spiegelt ein erhöhtes Geschäftsvolumen im Vergleich zum niedrigen Jahresendniveau wider. Der Rückgang um 7,9 Mrd € beim Transaction Banking und um 10,6 Mrd € bei den Einlagen von Privatkunden (inklusive Einlagen von Vermögensverwaltungskunden) wurde verursacht durch eine Kombination von saisonbedingten Schwankungen und einem anhaltenden Fokus, die Profitabilität durch Verringerung der Einlagen aus nicht operationeller Geschäftstätigkeit zu erhöhen. Der Rückgang um 9,9 Mrd € im Bereich Kapitalmarktemissionen und Eigenkapital zeigt ein erhöhtes Volumen von Fälligkeiten, die die Emissionsaktivitäten übersteigen und die Wirkung aus dem öffentlichen Rückkaufangebot. Effekte in den Fremdwährungswchselkursen leisten einen Beitrag zum Rückgang in den meisten Refinanzierungsquellen.

Im ersten Quartal 2016 haben wir Mittel in Höhe von 9,1 Mrd € im Rahmen eines Gesamtfrefinanzierungsplans für 2016 von bis zu 35 Mrd € aufgenommen. Der durchschnittliche Spread in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 über dem 3-Monats Euribor war 96 Basispunkte (alle nicht-Euro Refinanzierungsspreads wurden in den entsprechenden 3-Monats Euribor umbasiert), mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 7,6 Jahren. Die bedeutendsten Transaktionen in diesem Zeitraum war eine unbesicherte 1,75 Mrd US-\$ Dual-Tranchen Emission aufgeteilt in eine 1 Mrd US-\$ Tranche mit festem Zinssatz und einer Laufzeit von 5 Jahren und eine 750 Mio US-\$ Tranche mit festem Zinssatz und einer Laufzeit von 10 Jahren, eine unbesicherte Benchmark Emission in Höhe von 1,6 Mrd € und einer Laufzeit von 3 Jahren und einer 0,75 Mrd € großen Pfandbrief-Emission mit einer Laufzeit von 8 Jahren. Im März 2016 vervollständigte die Deutsche Bank ein öffentliches Rückkaufangebot, in dem sie ein Angebot abgab bis zu 3 Mrd € von fünf Euro-Anleihen und bis zu 2 Mrd US-\$ von acht US-\$ Anleihen zurückzukaufen, mit einem totalen finalen Rückkaufvolumen von 1,94 Mrd €. Die relativ geringe Annahme dieser öffentlichen Kaufangebote zeigt, dass sich die Stimmung am Markt

verbessert hat und es Anleger bevorzugen, weiter in Deutsche Bank-Anleihen investiert zu bleiben. Für das restliche Jahr beabsichtigen wir, den Rest unserer Anforderungen durch eine Vielzahl von Möglichkeiten einschließlich Emissionen gezielt an Privatanleger, Privatplatzierungen mit institutionellen Investoren und weiteren öffentlichen Benchmark-Emissionen sicherzustellen.

Regelmäßige Stresstestanalysen stellen sicher, dass wir zu jeder Zeit ausreichende Barreserven und liquide Aktiva zur Verfügung haben, um eine potenzielle Finanzierungslücke schließen zu können, die in einem kombinierten idiosynkratischen und marktbezogenen Stressszenario auftreten kann. Zu diesem Zweck halten wir Liquiditätsreserven vor, die verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (unter anderem Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte umfassen. Das Volumen der Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten Stresstest-Ergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so halten wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren. Somit schwankt das Gesamtvolumen der Liquiditätsreserven mit den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Diese Reserven werden in den wichtigsten Währungen und an den Hauptstandorten gehalten, an denen die Bank aktiv ist. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Gruppenebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. Die Größe und Zusammensetzung der Liquiditätsreserven unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch die Geschäftsführung. Die angewandten Sicherheitsabschläge spiegeln unsere Annahmen des aktuellen Liquiditätswerts wider, der primär durch besicherte Refinanzierung erzielt werden könnte, und berücksichtigen die Erfahrungen, die in den besicherten Refinanzierungsmärkten unter Stress gemacht wurden.

Zusammensetzung unserer Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

in Mrd €	31.3.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	115	115	98	98
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	91	91	75	75
Tochtergesellschaften	23	23	23	23
Hochliquide Wertpapiere (enthalten Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	91	84	100	94
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	69	65	78	73
Tochtergesellschaften	21	19	22	21
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	8	5	17	13
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	6	4	14	11
Tochtergesellschaften	2	1	3	2
Gesamte Liquiditätsreserven	213	204	215	205
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	167	161	167	159
Tochtergesellschaften	46	43	48	46

Während des ersten Quartals im Jahr 2016 gingen unsere Liquiditätsreserven um 2 Mrd € oder 1 % gegenüber dem Jahresende 2015 zurück.

Unsere gestresste Netto-Liquiditätsposition (stressed Net Liquidity Position "sNLP") stellt den Liquiditätsüberschuss der vorhandenen Liquiditätsreserven und anderer Gegenmaßnahmen gegenüber unserem gestressten Liquiditätsbedarf unter unserem kombinierten Liquiditätsstress-Szenario dar, das sowohl Markt- als auch institutsspezifischen Liquiditätsstress-Ereignissen berücksichtigt. Die sNLP wird als eine der wichtigen Risikokennzahlen der Bank überwacht. Unsere sNLP war zum 31. März 2016 bei 31 Mrd € (vorläufige Schätzung; zum 31. Dezember 2015 war die sNLP 46 Mrd €). Die sNLP schwankt auf Grund von Geschäftsaktivitäten, Marktereignissen und ebenfalls auf Grund von Änderungen an unseren internen Methodenannahmen. Unser interner Risikoappetit zielt darauf ab einen positiven Liquiditätsüberschuss von mindestens 5 Mrd € zu haben.

Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR)

Finalisiert vom Baseler Ausschuss im Januar 2013, soll die LCR die kurzfristige Widerstandsfähigkeit des Liquiditätsrisikoprofils einer Bank über einen Zeitraum von 30 Tagen in Stressszenarien unterstützen. Die Quote ist definiert als der Betrag des Volumens liquider Vermögenswerte mit hoher Bonität (High Quality Liquid Assets - HQLA), die zur Beschaffung von Liquidität genutzt werden könnten, verglichen mit dem Gesamtvolumen der Nettomittelabflüsse, die aus tatsächlichen und Eventualrisiken in einem gestressten Szenario resultieren.

Diese Anforderung wurde im Rahmen der Delegierten-Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission, die im Oktober 2014 verabschiedet wurde, in europäisches Recht umgesetzt. Die Übereinstimmung mit der LCR muss in Europa ab dem 1. Oktober 2015 erfolgen. Die Mindestliquiditätsquote ist vorbehaltlich einer Einführungsphase und startet mit 60 % am 1. Oktober 2015 und wird dann auf 70 % am 1. Januar 2016, 80 % in 2017 und 100 % in 2018 erhöht.

Unsere LCR von 119 % zum 31. März 2016 wurde gemäß der Delegierten-Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission berechnet (im Einklang mit dem technischen Implementierungsstandard der EBA zum Reporting der LCR an Aufsichtsbehörden). Die LCR zum 31. Dezember 2015 war 119 %

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und Konzern-Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. März 2016, die Bestandteile des Quartalsfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach dem International Accounting Standard IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist und wie er vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden ist, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist, und wie er vom IASB verlautbart worden ist, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist, und wie er vom IASB verlautbart worden ist, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

Frankfurt am Main, den 27. April 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Beier
Wirtschaftsprüfer

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
Zinsen und ähnliche Erträge	6.032	6.457
Zinsaufwendungen	2.108	2.247
Zinsüberschuss	3.924	4.210
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	304	218
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.620	3.992
Provisionsüberschuss	2.877	3.263
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	1.297	2.146
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	121	185
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	106	201
Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0
Sonstige Erträge	-257	370
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	4.144	6.166
Personalaufwand	3.194	3.433
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.736	5.069
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	44	153
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0
Restrukturierungsaufwand	211	23
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	7.184	8.678
Ergebnis vor Steuern	579	1.479
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	343	920
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	236	559
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	23	16
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	214	544

Ergebnis je Aktie

	1. Quartal	
	2016	2015
Ergebnis je Aktie:		
Unverwässert	0,15 €	0,39 €
Verwässert	0,15 €	0,38 €
Anzahl der Aktien in Millionen:		
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	1.386,5	1.384,7
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert)	1.404,2	1.417,4

Konzern-Gesamtergebnisrechnung (nicht testiert)

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn/Verlust (-), nach Steuern	236	559
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung		
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden		
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	- 177	- 188
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	121	229
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können		
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	385	703
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	- 123	- 177
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	34	- 4
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	4	5
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	0	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	0	0
Anpassungen aus der Währungsumrechnung		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 1.137	3.642
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	3	0
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen		
Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	13	4
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	- 113	- 79
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	- 989	4.135
Gesamtergebnis, nach Steuern	- 752	4.695
Zurechenbar:		
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	12	44
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	- 764	4.651

Konzernbilanz (nicht testiert)

Aktiva

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Barreserven und Zentralbankeinlagen	113.040	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	10.083	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	22.987	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	39.369	33.557
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	174.947	196.035
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	581.291	515.594
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	107.100	109.253
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	863.338	820.883
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	70.890	73.583
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	1.015	1.013
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	424.060	427.749
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.233	0
Sachanlagen	2.798	2.846
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	9.906	10.078
Sonstige Aktiva	171.029	118.137
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.284	1.285
Steuerforderungen aus latenten Steuern	7.538	7.762
Summe der Aktiva	1.740.569	1.629.130

Passiva

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Einlagen	559.140	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	15.115	9.803
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.207	3.270
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelsspassiva	63.810	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	561.532	494.076
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	52.729	44.852
Investmentverträge	7.917	8.522
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	685.988	599.754
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	28.477	28.010
Sonstige Passiva	213.682	175.005
Rückstellungen	9.627	9.207
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.503	1.699
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	811	746
Langfristige Verbindlichkeiten	151.361	160.016
Hybride Kapitalinstrumente	6.112	7.020
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Summe der Verbindlichkeiten	1.674.023	1.561.506
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	3.531
Kapitalrücklage	33.451	33.572
Gewinnrücklagen	21.340	21.182
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	-210	-10
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ¹	3.482	4.404
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	61.592	62.678
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ²	4.675	4.675
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	279	270
Eigenkapital insgesamt	66.546	67.624
Summe der Passiva	1.740.569	1.629.130

¹ Ohne Neubewertungseffekte in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

² Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Stamm- aktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu An- schaffungs- kosten	Ver- pflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finan- ziellen Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ¹
Bestand zum 31. Dezember 2014	3.531	33.626	29.279	- 8	0	1.675
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	544	0	0	412
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	0	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	41	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 36	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	234	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	22	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 34	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 2.641	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	2.403	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	1	0	0	0	0
Sonstige	0	28	0	0	0	0
Bestand zum 31. März 2015	3.531	33.607	29.863	- 12	0	2.086
Bestand zum 31. Dezember 2015	3.531	33.572	21.182	- 10	0	1.384
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	214	0	0	165
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	0	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 56	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 78	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	80	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 129	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 2.047	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	1.768	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	24	0	0	0	0
Sonstige	0	62	0	0	0	0
Bestand zum 31. März 2016	3.531	33.451	21.340	- 210	0	1.549

¹ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

² Ohne Neubewertungsgewinne/-verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern ¹	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ³	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital insgesamt
79	0	151	18	1.923	68.351	4.619	253	73.223
0	0	3.650	4	4.066	4.610	0	44	4.654
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	41	0	0	41
0	0	0	0	0	-36	0	0	-36
0	0	0	0	0	234	0	0	234
0	0	0	0	0	22	0	0	22
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-34	0	0	-34
0	0	0	0	0	-2.641	0	0	-2.641
0	0	0	0	0	2.403	0	0	2.403
0	0	0	0	0	1	0	0	1
0	0	0	0	0	28	46 ⁴	-9	65
79	0	3.802	22	5.989	72.979	4.665	288	77.932
97	662	2.196	66	4.404	62.678	4.675	270	67.624
25	0	-1.126	13	-922	-708	0	12	-696
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-56	0	0	-56
0	0	0	0	0	-78	0	0	-78
0	0	0	0	0	80	0	0	80
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-129	0	0	-129
0	0	0	0	0	-2.047	0	0	-2.047
0	0	0	0	0	1.768	0	0	1.768
0	0	0	0	0	24	0	0	24
0	0	0	0	0	62	0 ⁴	-4	58
122	662	1.069	79	3.482	61.592	4.675	279	66.546

³ Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

⁴ Beinhaltet die Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern	236	559
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	304	218
Restrukturierungsaufwand	211	23
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	– 127	– 209
Latente Ertragsteuern, netto	116	506
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	509	124
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 106	– 199
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	1.143	1.022
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken und Kreditinstituten ohne Zentralbanken ¹	247	7.234
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	– 6.584	– 12.369
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1.363	– 4.673
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.136	– 16.155
Sonstige Aktiva	– 52.790	– 45.208
Einlagen	– 6.983	33.399
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge ²	7.789	4.085
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	4.333	5.891
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	493	– 4.649
Sonstige Passiva	41.283	48.515
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ³	– 8.502	11.657
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	34.077	– 1.563
Sonstige, per Saldo	– 2.502	– 8.169
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	16.503	19.017
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	5.254	3.280
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	1.561	1.643
Bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	18	6
Verkauf von Sachanlagen	11	2
Erwerb von:		
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	– 7.991	– 9.100
Bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	– 12	– 45
Sachanlagen	– 110	– 97
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	79	0
Sonstige, per Saldo	– 299	– 277
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	– 1.489	– 4.588

in Mio €	2016	1. Quartal 2015
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	3	1.460
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	- 170	- 855
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	6	393
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	- 705	- 4.040
Begebene Stammaktien	0	0
Kauf Eigener Aktien	- 2.047	- 2.641
Verkauf Eigener Aktien	1.784	2.405
Begebene Zusätzliche Tier-1-Anleihen	0	0
Kauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	- 82	- 239
Verkauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	81	276
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, vor Steuern	0	0
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 4	- 9
Gezahlte Bardividende	0	0
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 1.134	- 3.250
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 307	2.561
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	13.573	13.740
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	105.478	51.960
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	119.049	65.699
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	422	222
Gezahlte Zinsen	2.206	2.457
Erhaltene Zinsen und Dividenden	6.075	6.406
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserven und Zentralbankeinlagen (nicht eingeschlossen verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken) ¹	111.607	59.601
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 4.074 Mio € per 31. März 2016 und von 26.605 Mio € per 31. März 2015) ¹	7.442	6.098
Insgesamt	119.049	65.700

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze - Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“ zum Konzernabschluss in unserem Geschäftsbericht 2015.

² Einschließlich Emissionen von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.970 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 2.071 Mio € bis zum 31. März 2016 (bis 31. März 2015: 8.181 Mio € und 7.847 Mio €).

³ Einschließlich Emissionen in Höhe von 11.328 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 18.928 Mio € bis zum 31. März 2016 (bis 31. März 2015: 50.696 Mio € und 40.067 Mio €).

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften (zusammen der „Konzern“) und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige im Lagebericht enthaltene IFRS-Anhangangaben sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernzwischenabschlusses. Diese sind die Segmentergebnisse in den Angaben zur Segmentberichterstattung, die im „Überblick zur Finanz- und Ertragslage: Segmentüberblick“ des Lageberichts dargestellt sind. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 34 und IFRS 8, „Operating Segments“.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung. Diese wurde im ersten Quartal 2016 angepasst und spiegelt die neue Struktur und die neuen Geschäftsbereiche der Deutschen Bank wider. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet auch zusätzliche Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung, zur Bilanz und zu Sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2015 gelesen werden, der mit Ausnahme der in der Anhangangabe „Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden“ dargelegten erstmals angewandten Rechnungslegungsvorschriften nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen und wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen aufgestellt wurde.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen.

Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres gewertet werden.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses zur Anwendung kamen.

IAS 1

Zum 1. Januar 2016 setzte der Konzern Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1“), um. Diese resultierten aus einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben. Sie stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Effektivität der Anhangangaben führen kann. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen der IFRS 2012–2014 („Improvements to IFRS 2012–2014 Cycle“)

Zum 1. Januar 2016 setzte der Konzern mehrere Änderungen bestehender IFRS um. Diese resultierten aus den IASB-Annual-Improvement-Projekten „Improvements to IFRS 2012–2014 Cycle“. Sie umfassen Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen wie auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften waren zum 31. März 2016 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses nicht zur Anwendung.

IFRS 9, „Financial Instruments“

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9“). Der Standard ersetzt IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ („IAS 39“). IFRS 9 führt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten für Unternehmen ein, erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus der Veränderung des eigenen Kreditrisikos für aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen, ersetzt die derzeitigen Regelungen zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten und ändert die Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern beurteilt im Moment die Auswirkungen der Bilanzierungsvorschriften von IFRS 9. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Der Konzern führt ein zentral gemanagtes und vom Finanzvorstand des Konzerns gesponsertes IFRS-9-Programm durch, das von Fachexperten für die Themen Methodik, Datenbeschaffung und Modellierung, IT-Prozesse sowie Rechnungslegung unterstützt wird. Die Gesamtsteuerung obliegt einem IFRS-9-Steuerungskomitee, in dem Mitarbeiter der Finanz- und Risikoabteilung gemeinsam vertreten sind. Richtlinien und Training zu IFRS 9 werden über alle Konzerngeschäftsbereiche und Konzernfunktionen als Teil des konzerninternen Kontrollsystems zur Vorbereitung auf das Inkrafttreten von IFRS 9 für den Konzern zum 1. Januar 2018 bereitgestellt.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

IFRS 9 verlangt, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens und die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts die Klassifizierung und dessen Bewertung bestimmen. Zum erstmaligen Ansatz wird der jeweilige finanzielle Vermögenswert entweder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“, als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen“ klassifiziert. Da die Anforderungen an die Klassifizierung von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen, sind einige Unterschiede zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten unter IAS 39 zu erwarten.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen unter IFRS 9 bleibt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Regelungen. Allerdings werden die aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schuldverschreibungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Standard erlaubt die vorzeitige Anwendung des Ausweises der aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen auch vor der vollständigen Umsetzung von IFRS 9. Der Konzern hat diese Anforderungen des Standards nicht vorzeitig umgesetzt, da IFRS 9 noch nicht von der EU in europäisches Recht übernommen wurde.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertete Vermögenswerte und auf außerbilanzielle Kreditzusagen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien angewandt. Das Modell zur Bestimmung der Wertminderung und der Risikovorsorge ändert sich von einem Modell eingetretener Kreditausfälle, bei dem Kreditausfälle bei Eintritt eines auslösenden Ereignisses erfasst werden, hin zu einem erwarteten Kreditausfallmodell, bei dem Rückstellungen für Kreditausfälle bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt, an dem der Konzern Vertragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potenzieller Kreditausfälle erfasst werden.

Unter dem erwarteten Kreditausfallmodell des IFRS 9 erfasst der Konzern Rückstellungen für erwartete Kreditausfälle, die aus möglichen Ausfallereignissen bei nicht notleidenden homogenen und nicht homogenen Kreditbeständen innerhalb der nächsten 12 Monate entstehen können (Stufe 1). Für Vermögenswerte, bei denen sich das Kreditrisiko seit Entstehung oder Kauf signifikant erhöht hat, aber der Vermögenswert noch nicht notleidend ist (Stufe 2), sowie für notleidende Vermögenswerte (Stufe 3) erfordert IFRS 9 die Erfassung von Rückstellungen für erwartete Kreditausfälle, die über die restliche Laufzeit eines Vermögenswerts auftreten können (üblicherweise als „lifetime expected losses“ bezeichnet). Die „lifetime expected losses“ werden unter IFRS 9 unter Berücksichtigung von zukunftsorientierten Informationen wie makroökonomischen Faktoren bestimmt.

Als Folge der Regelungsänderungen zur Wertminderung kommt es unter IFRS 9 zu einer erhöhten Subjektivität, da die Risikovorsorge auf angemessenen und belegbaren zukunftsorientierten wahrscheinlichkeitsgewichteten Informationen basiert. Diese Informationen über die zukünftige Wirtschaftslage werden fortlaufend überwacht und über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts aktualisiert. Das steht im Gegensatz zur Erfassung von Wertminderungen unter IAS 39, dessen Regeln für die Erfassung einer Risikovorsorge den Eintritt eines oder mehrerer Verlustereignisse erfordern. Es wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer übergreifenden Erhöhung des Risikovorsorgenniveaus führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Anforderung zum Ansatz einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle für die ersten 12 Monate auch für solche Instrumente, bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstansatz nicht wesentlich erhöht hat. Darüber hinaus beruht es auf der Einschätzung, dass der Bestand an Vermögenswerten, auf die der „lifetime expected loss“ angewendet wird, wahrscheinlich größer ist als der Bestand an Vermögenswerten, bei denen Verlustereignisse nach IAS 39 bereits eingetreten sind.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel, die Bilanzierung mit dem Risikomanagement in Einklang zu bringen. Grundsätzlich sind einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird.

IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“ („IFRS 15“). Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden, haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereiches von IAS 39/IFRS 9 entstehen. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und -Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben an die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 16, „Leases“

Im Januar 2016 veröffentlichte das IASB IFRS 16, „Leases“, der ein einziges Bilanzierungsmodell für Leasingnehmer einführt. Es führt beim Leasingnehmer dazu, dass aus allen Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen sind; es sei denn, es handelt sich um einen geringwertigen Vermögenswert. Der Leasingnehmer erfasst einen Vermögenswert, der sein Recht auf Nutzung des zugrundeliegenden Leasinggegenstandes repräsentiert. Zudem erfasst er eine Leasingverbindlichkeit, die seine Verpflichtung zur Zahlung der Mietzahlungen darstellt. Im Vergleich mit den derzeitigen Bilanzierungsanforderungen ändert sich die Bilanzierung aus Sicht des Leasinggebers nur geringfügig. Zudem verlangt der Standard von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben für die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 16 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 16. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten Managementansatz, demzufolge Segmentinformationen auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen sind. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre finanzielle Performance zu bewerten.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden bei organisatorischen Änderungen angepasst, wenn diese in den Managementberichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Ab 2016 sind die Geschäftsaktivitäten des Konzerns gemäß seiner Strategie 2020 unter einer neuen Struktur mit den folgenden Segmenten organisiert:

- Global Markets („GM“),
- Corporate & Investment Banking („CIB“),
- Private, Wealth and Commercial Clients („PW&CC“),
- Deutsche Asset Management („Deutsche AM“)
- Postbank („PB“) und
- Non-Core Operations Unit („NCOU“)

Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen im Vergleich zur Segmentberichterstattung auf Grundlage der bis einschließlich 2015 geltenden Segmentstruktur erläutert.

Global Markets („GM“) – Das neue Segment GM umfasst die Verkaufs- und Handelsaktivitäten des ehemaligen Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities („CB&S“). Erträge aus bestimmten Finanzierungsaktivitäten, die zuvor in den Kreditprodukten („Loan Products“) von CB&S ausgewiesen wurden, werden jetzt der Kategorie „Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)“ zugeordnet. Marktwertgewinne und -verluste aus Maßnahmen zur Senkung der risikogewichteten Aktiva (RWA) im Zusammenhang mit kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments; CVA), refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments; FVA) und bestimmten Veränderungen der Berechnungsmethode für CVAs, die bislang unter den Erträgen aus dem Bereich „Sales & Trading“ erfasst wurden, werden nun unter „Sonstige“ ausgewiesen. Die forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments; DVA) werden weiterhin unter der Position „Sonstige“ erfasst. Diese Kategorie beinhaltet auch Überträge aus dem und in den neuen Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking („CIB“), die sich aus dem geänderten Konzept für Kundenbetreuung und Produktvertrieb ergeben haben.

Corporate & Investment Banking („CIB“) – Das neue Segment CIB umfasst die Corporate-Finance-Aktivitäten der ehemaligen Unternehmensbereiche Corporate Banking and Securities („CB&S“) und Global Transaction Banking („GTB“). Überträge aus dem neuen und in das neue Segment Global Markets, die aus dem geänderten Ansatz für Kundenbetreuung und Produktvertrieb resultieren, werden in der Kategorie „Kreditprodukte und Sonstige“ erfasst.

Private, Wealth & Commercial Clients („PW&CC“) – Der neue Unternehmensbereich PW&CC vereint die Aktivitäten von Private and Commercial Clients („PCC“) in Deutschland und auf internationaler Ebene, die früher Teil von Private & Business Clients („PBC“) waren, und den Geschäftsbereich Wealth Management („WM“), der zuvor zu Deutsche Asset & Wealth Management („DeAWM“) gehörte. Die Erträge aus der Hua Xia Bank werden in PW&CC separat ausgewiesen, um die angestrebte Veräußerung dieser Beteiligung im Rahmen der Strategie 2020 widerzuspiegeln.

Deutsche Asset Management („Deutsche AM“) – Das Segment Deutsche AM umfasst die Asset-Management-Aktivitäten des ehemaligen Unternehmensbereichs DeAWM. Sein Fokus liegt auf der Bereitstellung von Investmentlösungen für Finanzinstitute und -intermediäre, die einzelne Kunden betreuen.

Postbank („PB“) – Vor dem Hintergrund der geplanten Entkonsolidierung gemäß der Strategie 2020 wird PB nun als separates Segment ausgewiesen. Dieses führt die zum Kerngeschäft und Nichtkerngeschäft von PB gehörenden Aktivitäten zusammen, die zuvor über die NCOU erfasst wurden. Die berichteten Zahlen in PB werden von den Angaben in der separaten Berichterstattung der Postbank abweichen. Ursächlich hierfür sind beispielsweise Konsolidierungseffekte und die Auswirkungen der Allokation des Kaufpreises.

Non-Core Operations Unit („NCOU“) – Eine wesentliche Veränderung gegenüber der früheren Struktur ist, dass die NCOU nicht mehr die vorgenannten, nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten der Postbank umfasst.

Die im Ergebnis für 2015 in CB&S und PBC erfassten Verluste aus Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert wurden den neuen Segmenten Global Markets/Corporate & Investment Banking und PW&CC/Postbank entsprechend ihrem jeweiligen Anteil am Geschäfts- oder Firmenwert vor der im dritten Quartal 2015 erfassten Wertminderung zugewiesen.

Bestimmte Aktivitäten im Liquiditätsmanagement, die zuvor Teil der Geschäftssegmente waren, werden nun zentral von Treasury gesteuert. Daher wurden sie an Consolidation and Adjustments übertragen und auf die einzelnen Geschäftssegmente allokiert sowie entsprechend ausgewiesen.

Die Bankenabgabe für den Single Resolution Fund (SRF) ist für den Konzern mit dem vollen Jahresbetrag im ersten Quartal zu erfassen. Im Unterschied zum ersten Quartal 2015 wurde der Aufwand für den SRF in diesem Quartal mit dem vollen Jahresbeitrag direkt in den Geschäftsbereichen erfasst. Entsprechend wird keine Abgrenzung über das Jahr in den Geschäftsbereichen gezeigt und keine zeitliche Differenz in Consolidation & Adjustments ausgewiesen. Wir haben die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2015 angepasst, um diese zeitliche Verschiebung widerzuspiegeln.

Im ersten Quartal 2016 wurde eine striktere Definition der Invested Assets angewendet und eine neue Metrik Client Assets eingeführt. Invested Assets enthalten Vermögenswerte, die wir für Kunden für Investmentzwecke halten, Kundenvermögenswerte, die der Konzern auf diskretionärer- oder Beratungsbasis verwaltet, Vermögenswerte, die vom Konzern verwahrt werden. Client Assets beinhalten zusätzlich zu Invested Assets Vermögenswerte, für die der Konzern keine Beratungsdienstleistungen zur Verfügung stellt, u.a. Verwahrung, Risikomanagement, Administration und Berichterstattung inklusive nur Transaktionsausführung.

Investitionen und Desinvestitionen

Im ersten Quartal 2016 hat der Konzern die nachstehenden Investitionen beziehungsweise Desinvestitionen getätigt:

Im November 2015 gab Visa Inc. bekannt, eine endgültige Vereinbarung über den Erwerb von Visa Europe Ltd. erzielt zu haben. In diesem Zusammenhang hat Visa Europe Ltd. alle Aktionäre gebeten, darunter auch verschiedene Einheiten des Deutsche Bank-Konzerns, ihre Aktien gegen eine Barabfindung zurückzugeben. Die Deutsche Bank hat dies im Januar 2016 getan und wird die Barabfindung bei Abschluss der Transaktion erhalten.

Im August 2015 hat der Deutsche Bank-Konzern bekannt gegeben, dass er eine Vereinbarung über den Verkauf seines indischen Vermögensverwaltungsgeschäfts an Pramerica Asset Managers Pvt. Ltd. getroffen hat. Im März 2016 lagen alle aufsichtsrechtlichen Genehmigungen vor, so dass der Verkauf abgeschlossen werden konnte.

Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals

Der zugewiesene Gesamtbetrag des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals wird nach dem höheren Wert des ökonomischen Risikos und des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs des Konzerns bestimmt. Ab 2016 berücksichtigt der Konzern das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital anstelle des durchschnittlichen Active Equity bei der Kapitalallokation auf die Segmente basierend auf den bekannt gegebenen Kapital- und Verschuldungszielen. Nach der neuen Methode wird das dem Geschäfts- oder Firmenwert und anderen immateriellen Vermögenswerten zurechenbare Kapital umfassender allokiert, so dass die Ermittlung des allokierten durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals und der kommunizierten Profitabilitätskennzahlen ermöglicht wird. Der Bedarf der Bank für das ökonomische Risiko wird von dem Risikotoleranz-Schwellenwert zur Erreichung einer internen Kapitaladäquanzquote für das Niveau „Normal“ gemäß Rahmenwerk für die Risikotoleranz bestimmt. Der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital wird auf Basis der extern kommunizierten Zielquoten ermittelt, das heißt basierend auf einer angestrebten Tier-1-Kernkapitalquote von 12,5 % (10 % zu Beginn 2015, 11 % ab Juni 2015) und einer Zielverschuldungsquote nach CRD 4 von 4,5 % (3,5 % zu Beginn 2015, 5 % ab Juni 2015), jeweils auf Konzernebene und ausgehend von einem voll implementierten CRR/CRD 4-Regelwerk, berechnet. Übersteigen die Tier-1-Kernkapitalquote und die Verschuldungsquote des Konzerns die Zielwerte, wird das überschüssige durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital C&A zugeordnet. Die Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals auf die Segmente spiegelt deren Beitrag zu den vorgenannten Zielen wider.

Segmentergebnisse

Informationen zu den Segmentergebnissen einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS enthält der Abschnitt „Lagebericht: Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ dieses Zwischenberichts.

Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
Zinsüberschuss	3.924	4.210
Handelsergebnis ^{1,2}	421	1.989
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten / Verpflichtungen ³	876	157
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten / Verpflichtungen	1.297	2.146
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten / Verpflichtungen	5.221	6.356
Sales & Trading (Equity)	483	842
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.556	2.865
Sales & Trading insgesamt	4.039	3.707
Übrige Produkte ⁴	88	- 245
Global Markets	2.478	3.461
Corporate & Investment Banking ⁵	513	532
Private, Wealth & Commercial Clients	1.408	997
Deutsche Asset Management	67	353
Postbank	583	604
Non-Core Operations Unit	- 128	- 152
Consolidation & Adjustments	301	561
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten / Verpflichtungen insgesamt	5.221	6.356

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

² Vorjahresangaben wurden angepasst. 349 Mio € wurden vom Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Provisionsüberschuss umklassifiziert.

³ Beinhaltet Gewinne von 2 Mio € für das erste Quartal 2016 (erstes Quartal 2015: Gewinn von 5 Mio €). Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von 2 Mio € für das erste Quartal 2016 (erstes Quartal 2015: 1 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

⁴ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts von Credit Default Swaps und von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

⁵ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie Sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	1.027	1.059
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	881	1.083 ¹
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	970	1.122
Provisionsüberschuss insgesamt	2.877	3.263

Vorjahresangaben wurden angepasst. 349 Mio € wurden vom Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Provisionsüberschuss umklassifiziert.

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
Dienstzeitaufwand	78	83
Nettozinsaufwand/-ertrag (-)	-3	-1
Gesamtaufwand leistungsdefinierter Pläne	75	82
Gesamtaufwand beitragsdefinierter Pläne	130	114
Pensionsaufwendungen insgesamt	205	196
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	64	61

Die erwarteten regulären Zuführungen des Konzerns zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne werden im Geschäftsjahr 2016 voraussichtlich 325 Mio € betragen. Rückübertragungen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2016 werden nicht erwartet.

Diskontierungszinssatz zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung

in %	31.3.2016	31.12.2015
Deutschland	1,8	2,4
Großbritannien	3,5	3,9
USA	3,8	4,2

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
EDV-Aufwendungen	936	865
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	454	463
Aufwendungen für Beratungsleistungen	556	520
Kommunikation und Datenadministration	193	203
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation ¹	105	104
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen	154	135
Marketingaufwendungen ¹	56	64
Konsolidierte Beteiligungen	85	105
Sonstige Aufwendungen ²	1.196	2.610
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	3.736	5.069

¹ Vorjahresangaben wurden angepasst, um Änderungen in der Kostenberichterstattung des Konzerns zu berücksichtigen.

² Einschließlich Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 187 Mio € für das erste Quartal 2016 (erstes Quartal 2015: Belastungen von 1.544 Mio €) sowie Bankenabgaben von 538 Mio € für das erste Quartal 2016 (erstes Quartal 2015: 561 Mio €).

Restrukturierung

Restrukturierung beinhaltet Teile der Initiative Strategie 2020, die im Jahr 2015 angekündigt wurde. Die Strategie 2020 umfasst die Neupositionierung des Investment Bankings, die Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts, die Straffung der regionalen Präsenz sowie die Transformation des operativen Modells mit dem Ziel, Nettoeinsparungen von 1 bis 1,5 Mrd € bis zum Jahr 2018 zu realisieren.

Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen.

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Bereichen

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
Global Markets	-70	-20
Corporate & Investment Banking	-73	-2
Private, Wealth & Commercial Clients	-56	-1
Deutsche Asset Management	-7	0
Postbank	0	0
Non-Core Operations Unit	-5	-0
Restrukturierungsaufwand insgesamt	-211	-23

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Aufwandsart

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
Restrukturierungsaufwand - Personalaufwand	-211	-23
davon:		
Abfindungsleistungen	-196	-18
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	-13	-5
Sozialversicherung	-2	-1
Restrukturierungsaufwand - Sachaufwand ¹	0	0
Restrukturierungsaufwand insgesamt	-211	-23

¹ Aufwand für vorzeitige Vertragsbeendigung, vornehmlich für Mietverhältnisse für vom Konzern genutzte Gebäude und Technologien.

Die Restrukturierungsrückstellungen betragen am 31. März 2016 826 Mio € (31. Dezember 2015: 651 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellung wird voraussichtlich in den beiden nächsten Jahren verbraucht werden.

In den ersten drei Monaten des Jahres 2016 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften durch Restrukturierungsmaßnahmen um 160 reduziert. Diese Reduzierungen betreffen die Bereiche wie folgt:

	1. Quartal 2016
Global Markets	39
Corporate & Investment Banking	58
Infrastructure/Regional Management	61
Other	2
Mitarbeiterzahl insgesamt	160

Effektive Steuerquote

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Der Ertragsteueraufwand belief sich auf 343 Mio € (erstes Quartal 2015: 920 Mio €). Die effektive Steuerquote von 59 % (1Q2015: 62 %) wurde im Wesentlichen durch Steuereffekte im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen und unserem Investment in der Hua Xia Bank Co. Ltd. beeinflusst.

Angaben zur Konzernbilanz (nicht testiert)

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands:		
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	159.609	179.256
Sonstige Handelsaktiva ¹	15.338	16.779
Handelsaktiva insgesamt	174.947	196.035
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	581.291	515.594
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands insgesamt	756.238	711.630
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	52.855	51.073
Forderungen aus Wertpapierleihen	19.443	21.489
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.719	12.451
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	24.082	24.240
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	107.100	109.253
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	863.338	820.883

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 13,7 Mrd € zum 31. März 2016 (31. Dezember 2015: 15,5 Mrd €).

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands:		
Handelspassiva:		
Wertpapiere	62.922	51.327
Sonstige Handelspassiva	887	977
Handelspassiva insgesamt	63.810	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	561.532	494.076
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands insgesamt	625.342	546.381
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	40.234	31.637
Kreditzusagen	68	79
Langfristige Verbindlichkeiten	8.064	8.710
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4.363	4.425
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	52.729	44.852
Investmentverträge ¹	7.917	8.522
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	685.988	599.754

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufswerte den beizulegenden Zeitwerten.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Festverzinsliche Wertpapiere	65.562	68.266
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.144	1.241
Sonstiger Anteilsbesitz	902	974
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.282	3.102
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	70.890	73.583

Mit Wirkung zum 4. Januar 2016 hat der Konzern zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 3,2 Mrd € in die Bilanzkategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen“ umgewidmet. Weitere Details hierzu finden Sie in der in diesem Zwischenbericht enthaltenen Anhangangabe „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen“.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden gemäß den Änderungen qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
Obere Grenze	13,1 %	9,9 %
Untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte je Bilanzkategorie

in Mio €	31.3.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.147	1.039	1.382	1.346
Schuldtitel	255	264	396	405
Kredite	814	784	916	857
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	2.216	2.087	2.695	2.608
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	1.262	1.176	1.540	1.470
Schuldtitel	0	0	168	179
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	1.262	1.176	1.708	1.648
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	3.478¹	3.263	4.403¹	4.256

¹ Zusätzlich zu den Buchwerten der umgewidmeten Vermögenswerte, die in der Tabelle dargestellt werden, existiert ein dazugehöriger Effekt auf die Buchwerte der Derivate, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, hier zur Absicherung gegen Marktinzinsänderungen, genutzt werden. Dieser Effekt führte zu einem Anstieg des Buchwerts um 4 Mio € zum 31. März 2016 und einem Rückgang des Buchwerts um 3 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Alle umgewidmeten Vermögenswerte werden in der NCOU verwaltet und Verkaufsentscheidungen über dieses Portfolio werden von der NCOU entsprechend ihrer Zuständigkeit, Entscheidungen zum Risikoabbau zu fällen, getroffen. In den ersten drei Monaten 2016 verkaufte der Konzern umgewidmete Vermögenswerte mit einem Buchwert von 0,6 Mrd €. Die Verkäufe haben im Berichtszeitraum zu einem Gewinn von 0,02 Mrd € geführt.

Zusätzlich zu den erwähnten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert der Vermögenswerte, die aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ umgewidmet worden waren, aufgrund von Rückzahlungen um 0,1 Mrd €. Diese Buchwertminderung wurde in diesem Zeitraum durch Währungseffekte weiter reduziert.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umgewidmungen vorgenommen worden wären

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 40	49
Wertminderungen (–) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	– 42	0
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	– 27	11

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten Vermögenswerte

in Mio €	1. Quartal	
	2016	2015
Zinserträge	10	43
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 72	– 2
Sonstige Erträge ¹	20	24
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	– 41	65
Zinserträge	4	21
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3	0
Sonstige Erträge ¹	– 1	24
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	6	46

¹ Dies ist auf Gewinne und Verluste aus der Veräußerung umgewidmeter Vermögenswerte zurückzuführen.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte: Buchwerte und beizulegende Zeitwerte je Bilanzkategorie

Alle gemäß IAS 39 umgewidmeten Vermögenswerte wurden in die NCOU übertragen, nachdem dieser neue Unternehmensbereich im vierten Quartal 2012 gegründet worden war. Die NCOU wurde damit beauftragt, den Risikoabbau zu beschleunigen, um den Kapitalbedarf und die Bilanzsumme zu reduzieren. Zur Bestimmung, ob und wann Vermögenswerte verkauft werden sollen, werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt. Dazu zählen die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das Aufsichtsrechtliche Eigenkapital und Auswirkungen auf die Verschuldungsquote. Die Veränderungen des Buchwerts und des beizulegenden Zeitwerts werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Buch- und Marktwerte von in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerten

in Mio €	31.3.2016			31.12.2015		
	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)
Umgewidmete Verbriefungen und mit Forde- rungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere						
US-Kommunalschuldverschreibungen	126	132	6	405	423	19
Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere	1.143	1.096	-47	1.456	1.478	22
CDO/CLO	487	445	-43	534	498	-36
Pfandbriefe	298	230	-69	298	234	-64
Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	82	85	3	175	176	1
Durch Wohn-Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	87	91	4	92	93	1
Andere ¹	440	401	-39	529	498	-31
Summe Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere	2.663	2.479	-184	3.487	3.400	-88
Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditge- schäft						
Gewerbliche Hypothekendarlehen	46	46	0	56	54	-1
Wohn-Hypothekendarlehen	722	691	-31	810	753	-57
Andere	46	46	0	50	49	-1
Summe Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft	814	784	-31	916	857	-59
Summe Finanzielle Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	3.478	3.263	-215	4.403	4.256	-147

¹ Enthält durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte der Luftfahrtindustrie und andere verbrieft Vermögenswerte und Schuldverschreibungen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen

Im ersten Quartal 2016 begann der Konzern die neue Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ zu verwenden, um die Ertrags- und Kapitalvolatilität in seinem Anlagebuch sachgerechter darzustellen. Die neue Bilanzkategorie steuert die mit einem Zinsänderungsrisiko behafteten Positionen des Anlagebuchs und unterstützt den Konzern dabei, spezifische Ziele seines Aktiv-Passiv-Managements, wie die Transformation von Kapitalbindungsfristen, zu erreichen.

Der Konzern hat mit Wirkung zum 4. Januar 2016 Wertpapiere in Höhe von 3,2 Mrd € aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmet. Bei allen umgewidmeten finanziellen Vermögenswerten handelt es sich um erstklassige Staatsanleihen, sonstige supranationale und staatsnahe Anleihen, die von Treasury als Teil der strategischen Liquiditätsreserve (Strategic Liquidity Reserve; SLR) verwaltet werden.

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte von aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmeten Vermögenswerten

in Mio €	4.1.2016	31.3.2016	
	Buchwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Umgewidmete festverzinsliche Wertpapiere:			
G7-Staatsanleihen	432	431	448
Sonstige Staatsanleihen, supranationale und staatsnahe Anleihen	2.809	2.802	2.871
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die in "Bis zur Endfälligkeit gehalten" umge- widmet wurden	3.241	3.233	3.319

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Instrument ist.

Hierzu zählen Staatsanleihen, börslich gehandelte Derivate sowie Eigenkapitaltitel, die in aktiven und liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige CDS, eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligation, „CDO“) sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, einige Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.3.2016			31.12.2015		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Markt- daten basierende Bewertungs- methode (Level 2)	Nicht auf Markt- daten basierende Bewertungs- methode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Markt- daten basierende Bewertungs- methode (Level 2)	Nicht auf Markt- daten basierende Bewertungs- methode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	76.958	85.275	12.714	90.031	93.253	12.751
Wertpapiere des Handelsbestands	76.452	76.636	6.521	89.718	82.869	6.669
Sonstige Handelsaktiva	506	8.639	6.193	313	10.384	6.082
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.386	566.306	9.599	5.629	500.520	9.445
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	18.852	84.500	3.748	18.024	86.751	4.478
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	40.198	25.815	4.877	43.260	25.449	4.874
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	30	3.634 ²	28	0	3.136 ²	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	141.424	765.530	30.966	156.943	709.109	31.549
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelsspassiva	49.342	14.441	26	40.185	12.102	18
Wertpapiere des Handelsbestands	49.305	13.592	26	40.154	11.155	18
Sonstige Handelsspassiva	37	850	0	30	947	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.931	548.235	7.366	5.528	480.668	7.879
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2	49.689	3.038	2	41.797	3.053
Investmentverträge ³	0	7.917	0	0	8.522	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	4.837 ²	- 898 ⁴	0	6.492 ²	- 1.146 ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	55.275	625.120	9.531	45.715	549.581	9.805

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ im Geschäftsbericht 2015 dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ im Geschäftsbericht 2015 für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁴ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“) – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option – Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte

strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufwert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Der Rückgang im Berichtszeitraum ist im Wesentlichen auf Verkäufe und Abwicklungen zurückzuführen, die größtenteils von Käufen und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie aufgehoben wurden.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten kundenspezifische Derivate forderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Der geringfügige Anstieg im Berichtszeitraum war hauptsächlich auf Marktwertgewinne zurückzuführen, die von Abwicklungen aufgewogen wurden.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der geringfügige Anstieg im Berichtszeitraum wurde im Wesentlichen durch Käufe und Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 verursacht, die durch Verkäufe und Abwicklungen ausgeglichen wurden.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist. Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Die Abnahme der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruht hauptsächlich auf Abwicklungen und Umklassifizierungen zwischen den Kategorien 2 und 3. Die Verbindlichkeiten sind unverändert geblieben, aufgrund von Emissionen, die von Abwicklungen und Umklassifizierungen zwischen den Kategorien 2 und 3, aufgehoben wurden.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten notleidende Kredite, für die keine Handelsabsicht besteht, sowie börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Die Vermögenswerte sind im Berichtszeitraum unverändert geblieben, aufgrund von Verkäufen und Abwicklungen die von Käufen kompensiert wurden.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

31.3.2016

in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verände- rung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissio- nen ²	Abwick- lungen ³	Um- widmungen in Level 3 ⁴	Um- widmungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Perioden- ende
Zum Zeitwert bewertete										
finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	6.669	0	- 189	441	- 583	0	- 341	935	- 412	6.521
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.445	0	475	0	0	0	- 409	748	- 659	9.599
Sonstige Handelsaktiva	6.082	0	- 122	1.132	- 946	13	- 562	1.053	- 458	6.193
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	4.478	0	- 78	0	- 50	39	- 478	42	- 204	3.748
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.874	0	- 52 ⁵	485	- 249	0	- 270	127	- 38	4.877
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	28	0	28
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	31.549	0	33^{6,7}	2.058	- 1.828	52	- 2.060	2.933	- 1.771	30.966
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	18	0	0	0	0	0	7	0	0	26
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.879	0	- 291	0	0	0	- 591	954	- 585	7.366
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	3.053	0	- 199	0	0	567	- 194	79	- 269	3.038
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 1.146	0	55	0	0	0	1	- 7	198	- 898
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	9.805	0	- 434^{6,7}	0	0	567	- 776	1.026	- 656	9.531

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Berichtszeitraum zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 15 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 2 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Verlust von 196 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 103 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

	31.3.2015									
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umwidmungen in Level 3 ⁴	Umwidmungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Periodenende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	8.957	0	773	468	-717	0	-195	916	-1.123	9.078
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.559	0	1.645	0	0	0	-293	1.652 ⁵	-738	11.825
Sonstige Handelsaktiva	4.198	0	398	344	-351	94	-132	213	-296	4.470
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	4.152	0	496	195	0	820	-392	58	-33	5.297
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.427	0	289 ⁶	174	-100	0	-214	58	-18	4.616
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	31.294	0	3.601^{7,8}	1.181	-1.168	915	-1.225	2.896	-2.208	35.286
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	43	0	7	0	0	0	32	42	-6	117
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.553	0	981	0	0	0	-113	1.377 ⁵	-981	7.818
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.366	0	208	0	0	157	-67	112	-22	2.755
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-552	0	-55	0	0	0	64	31	14	-498
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	8.410	0	1.142^{7,8}	0	0	157	-84	1.562	-996	10.192

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Berichtszeitraum zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Die Beträge wurden im Vergleich zum Vorjahr angepasst. Die Kategorie „Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurden um 670 Mio € erhöht, „Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurde um 708 Mio € gesteigert.

⁶ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 47 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 10 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁷ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 716 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 208 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁸ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. März 2016 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 1,7 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 1,5 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2015 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 2,1 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 1,5 Mrd € gesunken.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

	31.3.2016		31.12.2015	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
in Mio €				
Wertpapiere:				
Schuldtitle	174	132	212	158
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	14	13	12	11
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	44	42	38	31
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	116	76	161	116
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	120	83	179	105
Derivate:				
Kreditderivate	226	537	489	627
Aktienderivate	215	187	183	131
Zinsderivate	297	157	364	147
Wechselkursderivate	16	12	17	13
Sonstige	177	102	161	100
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	471	271	539	261
Kreditzusagen	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0
Insgesamt	1.696	1.481	2.144	1.542

¹ Gleichet sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level-3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquider Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum referenzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleihehaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleihehaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden,
und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
31.3.2016						
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewie- sene Finanzinstrumente – Handelsbe- stand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögens- werte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands: Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	356	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 319	102 % 1.573
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	1.734	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 54 0 % 0 % 0 %	177 % 1.556 100 % 18 % 66 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.090	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitle	4.473	1.387	Kursverfahren	Kurs	0 %	235 %
Handelsbestand	4.086	26	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	2	1.237
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	4.086					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	215					
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Verpflichtungen	172	1.361				
Eigenkapitaltitle	1.061	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	70 % 1	100 % 18
Handelsbestand	344	0				
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Verpflichtungen	20					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	697		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	22 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.079	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	160 %
Handelsbestand	6.188	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	118	4.612
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Vermögenswerte	2.934			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.957			Erlösquote	25 %	82 %
Kreditzusagen	0	71	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Ausnutzungsgrad	6 20 % 0 %	1.103 75 % 100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.664 ²	1.607 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo rate (Bp.)	0 % 85	23 % 201
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewie- sene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	21.368	3.064				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 5 Mio € sonstige Handelsaktiva, 622 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 1,0 Mrd € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1,5 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 85 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.12.2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbe- stand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögens- werte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	224	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 370	105 % 1.500
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	1.891	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 32 0 % 0 % 0 %	111 % 2.000 100 % 24 % 51 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.115	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitle	4.721	1.654	Kursverfahren	Kurs	0 %	230 %
Handelsbestand	4.229	18	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	9	984
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	4.229					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	330					
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Verpflichtungen	163	1.636				
Eigenkapitaltitle	1.248	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	70 % 1	100 % 18
Handelsbestand	325	0				
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Verpflichtungen	21					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	901		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	12 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.626	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	146 %
Handelsbestand	6.076	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	103	2.787
Zum beizulegenden Zeitwert klassi- fizierte finanzielle Vermögenswerte	3.672			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.879			Erlösquote	10 %	82 %
Kreditzusagen	0	84	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote	5 20 %	1.257 75 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.394 ²	1.333 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo rate (Bp.)	4 % 125	24 % 277
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewie- sene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	22.104	3.071				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 6 Mio € sonstige Handelsaktiva, 623 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 765 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1,2 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 84 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.3.2016						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.711	2.467	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	0	715
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0 %	7 %
				Konstante Ausfallrate	0 %	7 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	12 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	1 %	163 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	-25 %	85 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	-85 %	99 %
Kreditderivate	2.834	1.779	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	1	7.504
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	87 %
Aktienderivate	631	1.194	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	8 %	90 %
				Indexvolatilität	14 %	59 %
				Korrelation zwischen Indizes	46 %	92 %
				Korrelation zwischen Aktien	5 %	89 %
Devisenderivate	1.504	1.293	Optionspreismodell	Volatilität	3 %	32 %
Sonstige Derivate	920	-266 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	-	-
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	50 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	-21 %	86 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente						
insgesamt	9.599	6.468				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

							31.12.2015
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne		
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten					
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:							
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:							
Zinsderivate	3.775	2.337	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	-20	915	
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0 %	8 %	
				Konstante Ausfallrate	0 %	6 %	
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	19 %	
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %	
				Zinsvolatilität	9 %	176 %	
				Korrelation zwischen Zinssätzen	-25 %	100 %	
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	-70 %	99 %	
Kreditderivate	2.626	1.771	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	3	8.526	
				Erlösquote	0 %	100 %	
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	89 %	
Aktienderivate	695	1.402	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	9 %	89 %	
				Indexvolatilität	12 %	85 %	
				Korrelation zwischen Indizes	45 %	93 %	
				Korrelation zwischen Aktien	5 %	93 %	
Devisenderivate	1.613	1.604	Optionspreismodell	Volatilität	2 %	24 %	
Sonstige Derivate	736	-380 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	-	-	
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	36 %	
				Korrelation zwischen Rohstoffen	-21 %	90 %	
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt							
	9.445	6.733					

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus den am Bilanzstichtag gehaltenen, originären Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	Jan. – Mär.	
	31.3.2016	31.3.2015
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	- 149	655
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	628	1.604
Sonstige Handelsaktiva	- 28	264
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	- 19	342
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	33	201
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	465	3.067
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	1	2
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	274	- 975
Sonstige Handelspassiva	0	- 1
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	139	- 94
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 61	60
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	353	- 1.007
Insgesamt	819	2.060

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Handelstaggewinne seit Jahresbeginn, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	31.3.2016	31.3.2015
Bestand am Jahresanfang	955	973
Neue Geschäfte während der Periode	58	157
Abschreibung	- 113	- 90
Ausgelaufene Geschäfte	- 30	- 55
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	- 65	- 14
Wechselkursveränderungen	- 4	19
Bestand am Periodenende	802	991

Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Dieser Abschnitt sollte in Zusammenhang mit der Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ im Geschäftsbericht 2015 des Konzerns gelesen werden.

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen denen, die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Geschäftsberichts 2015 aufgeführt sind. Wie im Abschnitt „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten““ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus „zu Handelszwecken gehalten“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Geschäftsberichts 2015 erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente normalerweise nicht gehandelt werden.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.3.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzaktiva:				
Barreserven und Zentralbankeinlagen	113.040	113.040	96.940	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	10.083	10.083	12.842	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	22.987	22.979	22.456	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	39.369	39.369	33.557	33.557
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	424.060	422.804	427.749	426.365
Zum Verkauf bestimmt	3.233	3.319	0	0
Sonstige Finanzaktiva	154.515	154.485	101.901	101.868
Finanzpassiva:				
Einlagen	559.140	558.799	566.974	566.652
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	15.115	15.116	9.803	9.803
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.207	2.207	3.270	3.270
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	28.477	28.473	28.010	28.003
Sonstige Finanzpassiva	190.050	190.050	149.994	149.994
Langfristige Verbindlichkeiten	151.361	149.235	160.016	160.065
Hybride Kapitalinstrumente	6.112	6.176	7.020	7.516

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ des Geschäftsberichts 2015 dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ unseres Geschäftsberichts 2015 zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

in Mio €	31.3.2016						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	18.961	- 1.490	17.471	0	0	- 17.368	103
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	5.516	0	5.516	0	0	- 5.085	431
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	22.136	0	22.136	0	0	- 21.527	609
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	17.233	0	17.233	0	0	- 17.015	218
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	175.417	- 470	174.947	0	- 12	- 386	174.549
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	714.469	- 153.435	561.034	- 464.993	- 53.608	- 14.086	28.347
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	20.257	0	20.257	0	0	0	20.257
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	98.293	- 42.046	56.247	- 2.293	- 1.041	- 46.686	6.227
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	50.853	0	50.853	0	0	- 25.953	24.900
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.059.289	- 195.951	863.338	- 467.286	- 54.660	- 87.110	254.280
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	424.078	- 18	424.060	0	- 14.594	- 50.267	359.199
Sonstige Aktiva	198.400	- 27.371	171.029	- 62.788	- 153	0	108.089
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	9.893	- 6.165	3.727	- 2.820	0	0	907
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	219.787	0	219.787	0	- 487	- 696	218.604
Summe der Aktiva	1.965.399	- 224.830	1.740.569	- 530.074	- 69.894	- 199.069	941.532

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

in Mio €	31.3.2016						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
			Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten		
Einlagen	559.158	- 18	559.140	0	0	0	559.140
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	6.600	- 2.367	4.233	0	0	- 4.233	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	10.882	0	10.882	0	0	- 6.450	4.432
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.962	0	1.962	0	0	- 1.962	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	245	0	245	0	0	- 128	117
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	64.709	- 899	63.810	0	0	0	63.810
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	693.405	- 153.905	539.499	- 463.026	- 54.283	- 22.190	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	22.033	0	22.033	0	0	- 5.685	16.348
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	59.450	- 40.269	19.180	- 2.282	0	- 16.898	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	41.466	0	41.466	0	- 5.636	- 22.735	13.094
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	881.061	- 195.074	685.988	- 465.308	- 59.920	- 67.508	93.252
Sonstige Passiva	241.053	- 27.371	213.682	- 63.183	0	0	150.499
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.953	- 6.165	4.787	- 4.787	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	197.891	0	197.891	0	0	0	197.891
Summe der Passiva	1.898.853	- 224.830	1.674.023	- 528.491	- 59.920	- 80.281	1.005.331

Vermögenswerte

in Mio €	31.12.2015						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	21.309	- 5.174	16.135	0	0	- 16.127	8
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	6.321	0	6.321	0	0	- 5.910	411
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	13.956	0	13.956	0	0	- 13.448	508
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.601	0	19.601	0	0	- 18.583	1.018
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.478	- 442	196.035	0	- 12	- 592	195.431
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	612.412	- 113.977	498.435	- 407.171	- 55.896	- 13.218	22.150
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	17.159	0	17.159	0	0	0	17.159
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	86.596	- 30.801	55.796	- 2.146	- 1.167	- 44.437	8.045
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	53.457	0	53.457	0	0	- 28.793	24.664
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	966.102	- 145.219	820.883	- 409.317	- 57.075	- 87.041	267.449
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	427.768	- 19	427.749	0	- 14.296	- 49.117	364.335
Sonstige Aktiva	134.742	- 16.605	118.137	- 58.478	- 7	0	59.652
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.272	- 5.137	3.136	- 2.461	0	0	674
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	206.348	0	206.348	0	- 555	- 549	205.245
Summe der Aktiva	1.796.146	- 167.016	1.629.130	- 467.795	- 71.933	- 190.775	898.627

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2015						Nettobetrag
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			
				Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten	
Einlagen	566.993	- 19	566.974	0	0	0	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	9.089	- 5.135	3.954	0	0	- 3.954	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	5.849	0	5.849	0	0	- 5.130	719
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.795	0	1.795	0	0	- 1.795	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	1.475	0	1.475	0	0	- 951	524
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	53.215	- 910	52.304	0	0	0	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	588.281	- 117.306	470.975	- 403.267	- 53.149	- 14.559	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	23.101	0	23.101	0	0	- 2.867	20.234
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	50.690	- 29.929	20.761	- 2.105	0	- 18.657	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	32.612	0	32.612	0	0	- 11.077	21.535
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	747.899	- 148.145	599.754	- 405.372	- 53.149	- 47.160	94.073
Sonstige Passiva	188.723	- 13.718	175.005	- 68.626	0	0	106.379
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.615	- 2.250	6.365	- 6.365	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	206.699	0	206.699	0	0	0	206.699
Summe der Passiva	1.728.522	- 167.016	1.561.506	- 473.998	- 53.149	- 58.990	975.368

Eine inhaltliche Beschreibung der einzelnen Spalten befindet sich in der Anhangangabe 18 „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ unseres Geschäftsberichts 2015.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Jan. – Mär. 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	185	107	292	18	-5	13	304
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminder-ten Krediten	-4	-20	-24	0	0	0	-24
Abschreibungen	-158	-452	-610	0	0	0	-610
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	-166	-498	-665	0	0	0	-665
Sonstige Veränderungen	8	46	55	0	0	0	55
Sonstige Veränderungen	43	-109	-66	-0	-5	-6	-71
Bestand am Periodenende	2.322	2.322	4.644	161	158	319	4.963
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	93	-12	81	13	-7	5	86
In %	102	-10	39	248	-311	73	40
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	-56	-352	-408	0	0	0	-408
In %	54	354	202	0	0	0	202

Jan. – Mär. 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	92	119	211	5	2	7	218
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminder-ten Krediten	-7	0	-7	0	0	0	-7
Nettoabschreibungen:	-103	-100	-202	0	-2	-2	-204
Abschreibungen	-113	-120	-233	0	-2	-2	-236
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	10	21	31	0	0	0	31
Sonstige Veränderungen	70	24	94	3	15	18	112
Bestand am Periodenende	2.423	2.892	5.315	93	156	249	5.564
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-5	-25	-30	0	2	2	-28
In %	-5	-17	-13	-8	-5.465	35	-12
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	418	-17	401	0	0	0	401
In %	-80	20	-67	0	0	0	-67

Geschäfts- oder Firmenwert

Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts

Die Veränderungen des Buchwerts sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts haben sich zum 31. März 2016 nach zahlungsmittelgenerierenden Einheiten („ZGE“) wie unten dargestellt entwickelt. Ab dem 1. Januar 2016 hat sich die Struktur der primären ZGEs infolge der Reorganisation der Geschäftsaktivitäten unter einer neuen Segmentstruktur geändert. Für Informationen über Änderungen in der Darstellung der Segmentberichterstattung wird auf die „Segmentinformationen“ zum Konzernabschluss verwiesen.

Geschäfts- oder Firmenwert, zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet

in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private & Commercial Clients	Wealth Management	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit ¹	Sonstige	Total
Bestand zum 1. Januar 2016	0	519	0	621	3.749	0	0	1	4.890
Zugänge	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung aus/ in (-) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertminderungen ²	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	0	-19	0	-20	-119	0	0	0	-158
Bestand zum 31. März 2016	0	500	0	601	3.630	0	0	1	4.732
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	2.477	1.454	999	601	3.630	1.763	662	580	12.166
Kumulierte Wertminderungen	-2.477	-954	-999	0	0	-1.763	-662	-579	-7.434

¹ Beinhaltet die primären ZGEs „NCOU Wholesale Assets“ und „NCOU Operating Assets“.

² Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts werden als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Neben den primären ZGEs weisen die Segmente GM und NCOU einen Geschäfts- oder Firmenwert aus, der aus dem Erwerb von nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären ZGEs der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Geschäfts- oder Firmenwert ist in der obigen Tabelle unter „Sonstige“ zusammengefasst. Das nicht integrierte Investment in der NCOU besteht aus der Beteiligung an der Maher Terminals LLC.

Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts

Ein bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird, wie oben dargestellt, für die Überprüfung der Werthaltigkeit den ZGEs zugewiesen. Im Rahmen einer Werthaltigkeitsprüfung wird der erzielbare Betrag einer ZGE, die Geschäfts- oder Firmenwert enthält, mit dem betreffenden Bilanzwert verglichen. Der erzielbare Betrag einer ZGE entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten und dem Nutzungswert.

Da die Umsetzung der Strategie 2020 des Konzerns im ersten Quartal zu einer Reallokation des Geschäfts- oder Firmenwerts zwischen den ZGEs führte, wurde ein Werthaltigkeitstest zum 1. Januar 2016 durchgeführt. Dieser Test ergab keine Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts. Eine zum 31. März 2016 durchgeführte Überprüfung bestätigte, dass es keine Anzeichen für eine Wertminderung des verbleibenden Geschäfts- oder Firmenwertes in den primären ZGEs gab.

Bilanzwert

Der Bilanzwert einer primären ZGE wird unter Verwendung eines Kapitalzuordnungs-Modells hergeleitet. Das Kapitalzuordnungs-Modell verwendet das gesamte Eigenkapital des Konzerns zum jeweiligen Bewertungsstichtag, einschließlich der Anteile ohne beherrschenden Einfluss sowie zusätzlicher Eigenkapitalbestandteile („Zusätzliche Tier-1-Anleihen“), welche unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind. Dieses gesamte Eigenkapital wird um spezifische Effekte im Zusammenhang mit nicht integrierten Investments bereinigt, die individuell auf Werthaltigkeit überprüft werden, und beinhaltet eine Anpassung für Geschäfts- oder Firmenwerte, welche auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen sind.

Der Bilanzwert (ohne die Zusätzlichen Tier-1-Anleihen) wird in einem zweistufigen Verfahren auf die primären ZGEs zugeordnet, welches mit der Ermittlung des erzielbaren Betrags abgestimmt ist. Das zweistufige Verfahren funktioniert wie folgt: zunächst unter Nutzung einer solvenzbasierter Allokation des den Deutschen Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals, bis das gegenwärtige Zielniveau von 12,5 % Tier-1-Kernkapitalquote (CRR/CRD 4 Vollumsetzung) erreicht ist. Danach erfolgt, falls anwendbar, eine inkrementelle Zuordnung von Kapital, um die Anforderungen an die Verschuldungsquote zu berücksichtigen. Die solvenzbasierte Allokation beinhaltet Geschäfts- oder Firmenwerte (plus den Zuschlag für Anteile ohne beherrschenden Einfluss) und nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte. Des Weiteren wird Kapital auf Basis des relativen Anteils der ZGE an den Risikoaktiva, der Kapitalabzüge sowie der regulatorischen Überleitungspositionen allokiert. Im zweiten Schritt, falls anwendbar, erhalten die ZGEs Kapital im Verhältnis ihres Beitrags zum Risikomaß der Verschuldungsquote des Konzerns allokiert. Zusätzlich werden die Anteile ohne beherrschenden Einfluss im Bilanzwert der jeweils betreffenden primären ZGE berücksichtigt. Die Zusätzlichen Tier-1-Anleihen werden auf die primären ZGEs im Verhältnis ihrer jeweiligen Unterschreitung des Maßes für die Verschuldungsquote zugeordnet, welche von der Zielverschuldungsquote des Konzerns, dem jeweiligen Risikomaß für die Verschuldungsquote einer ZGE und dem allokierten Tier-1-Kernkapital abhängt.

Der Bilanzwert für nicht integrierte Investments wird auf Basis des entsprechenden Eigenkapitals bestimmt.

Erzielbarer Betrag

Zum 1. Januar 2016 ermittelte der Konzern die erzielbaren Beträge der primären ZGEs auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendete dazu ein Bewertungsmodell auf Discounted Cashflows (DCF)-Basis. Dieses reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäftes und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können. Die erzielbaren Beträge enthalten auch den Wert der Zusätzlichen Tier-1-Anleihen, welche, konsistent mit der Zuordnungsmethodik für die Bilanzwerte, auf die primären ZGEs verteilt wurden.

Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen (eine Tier-1-Kernkapitalquote von 12,5 % und eine auf 5,0 % ansteigende Verschuldungsquote auf Basis einer CRR/CRD 4 Vollumsetzung) auf der Grundlage von Finanzplänen für einen Fünfjahreszeitraum. Diese wurden vom Management beschlossen und werden auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und aktuellen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnissniveau angepasst. Danach wird, im Falle einer dauerhaften Fortführung, von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate in Höhe von 3,2 %, die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Der DCF-Wert einer ZGE reagiert sensitiv auf die Schätzung der zukünftigen Cashflows, auf den Diskontierungszinssatz (Eigenkapitalkosten) sowie auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen

Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktriskoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. ZGE-spezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken.

Um die Belastbarkeit des Nutzungswerts zu testen, werden für die im DCF-Modell verwendeten wesentlichen Annahmen (beispielsweise den Diskontierungssatz und die Ergebnisprognosen) Sensitivitäten ermittelt. Das Management ist der Ansicht, dass die einzige ZGE mit Geschäfts- oder Firmenwert, bei der mögliche Veränderungen der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung führen können, Wealth Management ist; für diese Einheit übersteigt der Nutzungswert den Bilanzwert um ungefähr 6 % oder 0,2 Mrd €. Ein Anstieg des Nachsteuer-Diskontierungssatzes um etwa 20 Basispunkte, ein Rückgang der geplanten Erträge von ungefähr 3 % in jeder Periode oder eine verminderte langfristige Wachstumsrate von 2,2 % würde den Nutzungswert von WM an deren Bilanzwert angleichen. Die erzielbaren Beträge aller verbleibenden ZGEs mit Geschäfts- oder Firmenwert lagen deutlich über ihren jeweiligen Bilanzwerten.

Allerdings könnten weitere Änderungen der Konzernstrategie oder gewisse politische oder globale Risiken für die Bankenbranche die Ergebnisprognosen für einige ZGEs des Konzerns negativ beeinflussen. Dazu zählen unter anderem Unsicherheiten bei der Umsetzung bereits beschlossener Regelungen und die Einführung gewisser Gesetzesvorhaben, die aktuell in der Diskussion sind, sowie ein künftiger Rückgang des BIP-Wachstums. Dies könnte in der Zukunft zu einer Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts führen.

Sonstige Aktiva und Passiva

Sonstige Aktiva

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	63.732	60.421
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	15.223	10.575
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	5.622	4.221
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	57.461	19.722
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	142.037	94.939
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	2.594	2.649
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	2.976	3.491
Sonstige	23.422	17.058
Sonstige Aktiva insgesamt	171.029	118.137

Sonstige Passiva

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	75.463	71.161
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	41.475	40.854
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.701	3.847
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	53.773	18.776
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	175.412	134.637
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	2.511	2.607
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	39	37
Sonstige	35.720	37.725
Sonstige Passiva insgesamt	213.682	175.005

Einlagen

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Unverzinsliche Sichteinlagen	185.652	192.010
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	159.322	153.559
Termineinlagen	119.341	124.196
Spareinlagen	94.825	97.210
Verzinsliche Einlagen insgesamt	373.488	374.964
Summe der Einlagen	559.140	566.974

Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rückstellungen im Bauspargeschäft	Operationelle Risiken	Zivilprozesse	Prozesse mit Regulierungsbehörden	Restrukturierung	Rückkauf von Hypothekenkrediten	Sonstige ¹	Insgesamt
Bestand zum 01. Januar 2016	1.132	315	1.418	4.048	656	409	922	8.900
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	-3	-3
Zuführungen zu Rückstellungen	38	23	271	35	200	0	514	1.081
Verwendungen von Rückstellungen	58	4	46	1	26	0	136	271
Auflösungen von Rückstellungen	3	14	108	10	4	0	22	161
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	0	-7	-24	-180	0	-18	-8	-237
Transfers	0	0	54	-55	-0	0	-0	-1
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Bestand zum 31. März 2016	1.109	313	1.565	3.837	826	390	1.268	9.308

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf die Anhangangabe „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutschen Postbank-Gruppe und der Deutschen Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechtigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. In dem Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bausparvertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen dem möglichen Zinsbonus und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug auf das Kundenverhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren, die als separate Rückstellungsarten dargestellt werden.

Ein operationelles Risiko ist das Risiko eines Verlustes, welches durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entsteht. Die für die Zwecke dieser Ermittlung verwandte Definition von operationellen Rückstellungen unterscheidet sich von der des Risikomanagements, da hier keine Verlustrisiken aus Zivilverfahren oder aufsichtsbehördlichen Verfahren berücksichtigt werden. Im Risikomanagement ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos, da Zahlungen an Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren Verlustereignisse aufgrund operationeller Defizite begründen, Geschäfts- und Reputationsrisiken sind jedoch ausgeschlossen.

Rückstellungen für Zivilverfahren resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund behaupteter Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder anderen Parteien in Zivilverfahren geführt haben oder führen könnten.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung rechtlicher oder gesetzlicher Pflichten, welche dazu geführt haben oder führen könnten, dass eine Festsetzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtsbehörden, Selbstregulierungsorganisationen oder sonstiger Vollzugsbehörden vorgenommen wird.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Zur Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit beabsichtigt der Konzern in den kommenden Jahren, Kosten, Redundanzen und Komplexität in erheblichem Umfang zu verringern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe 10 „Restrukturierung“.

Rückstellungen für Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten entstehen im mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekenkreditgeschäft der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten. Von 2005 bis 2008 verkaufte die Deutsche Bank im Rahmen dieses Geschäfts Kredite in Form von Verbriefungen in Höhe von rund 84 Mrd US-\$ sowie in Höhe von rund 71 Mrd US-\$ über die Veräußerung von Krediten („Whole Loans“). Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren oder Kreditversicherern zurückzukaufen oder diese von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 31. März 2016 bestanden gegenüber der Deutschen Bank offene Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, die nicht Gegenstand von Rückabwicklungsvereinbarungen sind, in Höhe von circa 2,4 Mrd US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Kreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Service. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 31. März 2016 Rückstellungen in Höhe von 445 Mio US-\$ (390 Mio €) bilanziert. Die Deutsche Bank ist Begünstigte in Haftungsübernahmevereinbarungen der Originatoren oder Verkäufer bestimmter Hypothekenkredite, auf die sich diese Forderungen beziehen. In diesem Zusammenhang hat die Deutsche Bank zum 31. März 2016 Ansprüche von 109 Mio US-\$ (96 Mio €) bilanziert. Die Nettorückstellungen für die Forderungen beliefen sich zum 31. März 2016 nach Abzug solcher Ansprüche auf 336 Mio US-\$ (295 Mio €).

Zum 31. März 2016 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Betrag in Höhe von rund 7,3 Mrd US-\$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über eine Rückabwicklung erzielt, unrichtige und nicht fristgerecht eingereichte Klagen zurückgewiesen oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen hat sich die Deutsche Bank von möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen der Deutschen Bank resultieren könnten, in Höhe von circa 93,1 Mrd US-\$ befreit.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten gegen die Deutsche Bank angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Forderungen könnten eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben.

Die Deutsche Bank rechnet damit, dass zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe können jedoch nicht zuverlässig geschätzt werden. Der New York Court of Appeals hat am 11. Juni 2015 eine Entscheidung veröffentlicht, welche die Abweisung der Rückkaufforderungen von Hypothekengeschäften im Zusammenhang mit einem von der Deutschen Bank begebenen sogenannten Residential Mortgage-Backed Security (durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapier) bestätigt, da die Klage nicht fristgerecht erhoben worden sei. Diese Entscheidung könnte das Ausmaß und die Erfolgsaussichten der künftigen Rückkaufforderungen gegen die Deutsche Bank beeinflussen. Die Deutsche Bank fungierte nicht als Servicer für an Dritte als Whole Loans veräußerte Kredite (die rund die Hälfte aller zwischen 2005 und 2008 verkauften US-amerikanischen Wohnimmobilienkredite ausmachen) und hatte nach dem Verkauf keinen Zugang mehr zu deren Performancedaten. Zur Performance der verbrieften Hypothekenkredite stehen öffentliche Informationen zur Verfügung. Es ist jedoch keine direkte Korrelation zwischen der Performance und den gestellten Rückkaufforderungen zu beobachten. Es sind Forderungen in Bezug auf ausgefallene, laufende und vollständig zurückgezahlte Kredite eingegangen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene andere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und Abschlussgebühren für Kunden, die Rückstellungen für Bankenabgaben sowie eine Rückstellung im Zusammenhang mit der Kooperation im Kreditkartengeschäft zwischen Deutscher Bank und Hua Xia Bank Co. Ltd.

Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern bildet nur dann Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. In den Fällen, in denen eine solche Verpflichtung nicht verlässlich geschätzt werden kann, wird keine Rückstellung gebildet und die Verpflichtung gilt als Eventualverbindlichkeit. Eventualverbindlichkeiten umfassen ebenfalls eventuelle Verpflichtungen, bei denen die Möglichkeit eines Mittelabflusses nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist. In den Fällen, in denen eine Rückstellung im Hinblick auf eine spezifische Forderung gebildet wurde, wird keine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen; bei Rechtsverfahren, die auf mehr als einer Forderung beruhen, können jedoch für einige Forderungen Rückstellungen gebildet und für andere Forderungen wiederum Eventualverbindlichkeiten (beziehungsweise weder eine Rückstellung noch eine Eventualverbindlichkeit) ausgewiesen werden.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt. In den vergangenen Jahren wurden die Bankenregulierung und -aufsicht auf vielen Gebieten verschärft. Es kam zu einer verstärkten Aufsicht und Überwachung von Finanzdienstleistern durch Aufsichtsbehörden, Verwaltungs- und andere Behörden. Dies führte zu zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Untersuchungen und Vollstreckungsmaßnahmen, welchen oft Zivilverfahren nachfolgen. Dieser Trend wurde durch die globale Finanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise deutlich beschleunigt.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts wahrscheinlich oder zwar eher unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen ist, und um den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in ähnlichen Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten.

Die in der Konzernbilanz zum 31. März 2016 ausgewiesenen Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren sind in der obigen Tabelle aufgeführt. Für bestimmte Fälle, bei denen der Konzern einen Mittelabfluss für wahrscheinlich hält, wurden keine Rückstellungen ausgewiesen, da der Konzern die Höhe des potenziellen Mittelabflusses nicht zuverlässig einschätzen konnte.

Für die Verfahren der Bank, bei denen eine verlässliche Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 31. März 2016 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist, bei Zivilverfahren auf insgesamt rund 1,1 Mrd € (31. Dezember 2015: 1,4 Mrd €) und bei aufsichtsbehördlichen Verfahren auf 1,0 Mrd € (31. Dezember 2015: 1,0 Mrd €) belaufen. In diesen Beträgen sind auch die Verfahren berücksichtigt, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird. Bei anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren nimmt der Konzern an, dass ein Mittelabfluss zwar nicht nur fernliegend, aber nicht überwiegend wahrscheinlich, dessen Höhe jedoch nicht zuverlässig einzuschätzen ist, so dass diese Fälle daher in der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten nicht berücksichtigt sind. Bei wiederum anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren geht der Konzern davon aus, dass die Möglichkeit eines Mittelabflusses fernliegend ist, und hat daher weder eine Rückstellung gebildet noch diese Fälle bei der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten berücksichtigt.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekanntem Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss. Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen können, und tun dies in vielen Fällen, erheblich niedriger als der anfänglich von den Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern geforderte Betrag sein beziehungsweise unterhalb des potenziellen maximalen Verlusts im Falle eines für den Konzern nachteiligen finalen Gerichtsentscheids liegen. In einigen Regionen, in denen der Konzern tätig ist, braucht die jeweilige Gegenpartei den von ihr eingeklagten Betrag nicht anzugeben beziehungsweise unterliegt der Forderungsbetrag, auch wenn er anzugeben ist, unter Umständen nicht den allgemeinen Anforderungen an das Vorbringen des behaupteten Sachverhalts oder der Rechtsansprüche.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass ein zukünftiger Verlust nicht bloß unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine verlässliche Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Er kann dies tun, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, negative aufsichtsrechtliche Folgen oder negative Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass begründete Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien deren Verluste auch in solchen Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Nachstehend werden Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren oder solche Fallgruppen dargestellt, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat, bei denen wesentliche Eventualverbindlichkeiten nicht bloß unwahrscheinlich sind oder wesentliche Geschäfts- oder Reputationsrisiken bestehen können; vergleichbare Fälle sind in Gruppen zusammengefasst, und einige Fälle beinhalten verschiedene Verfahren oder Forderungen. Die offengelegten Verfahren können auch Fälle beinhalten, bei denen ein Verlust mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch der mögliche Verlust nicht zuverlässig geschätzt werden kann.

Esch-Fonds-Rechtsstreitigkeiten. Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA („Sal. Oppenheim“) war vor dem Erwerb durch die Deutsche Bank in 2010 an der Vermarktung und Finanzierung von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Diese Fonds waren als Personengesellschaften bürgerlichen Rechts in Deutschland organisiert. In der Regel führte die Josef Esch Fonds-Projekt GmbH die Planung und Projektentwicklung durch. Sal. Oppenheim war über ein Joint Venture indirekt an dieser Gesellschaft beteiligt. In Bezug darauf wurden zahlreiche zivilrechtliche Klagen gegen Sal. Oppenheim eingereicht. Einige dieser Klagen sind auch gegen ehemalige Geschäftsführer von Sal. Oppenheim und andere Personen gerichtet. Die gegen Sal. Oppenheim erhobenen Ansprüche betreffen Investitionen von ursprünglich rund 1,1 Mrd €. Nachdem einige Forderungen entweder gerichtlich abgewiesen oder per Vergleich beigelegt wurden, so dass keine weiteren Schritte ergriffen werden, sind noch Forderungen in Bezug auf Investments von ursprünglich circa 500 Mio € schwebend. Derzeit belaufen sich die in den anhängigen Verfahren geltend gemachten Beträge auf insgesamt rund 640 Mio €. Die Investoren verlangen eine Rücknahme ihrer Beteiligung an den Fonds und eine Haftungsfreistellung für mögliche Verluste und Schulden aus der Investition. Die Ansprüche basieren teilweise auf der Behauptung, Sal. Oppenheim habe nicht ausreichend über Risiken und andere wesentliche Aspekte informiert, die für die Anlageentscheidung wichtig gewesen seien. Auf Grundlage der Fakten der Einzelfälle haben manche Gerichte zugunsten und manche zulasten von Sal. Oppenheim entschieden. Die Berufungsurteile stehen noch aus. Der Konzern hat für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten angesetzt, aber keine Beträge offen gelegt, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren wesentlich beeinflussen wird.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat weltweit Auskunftersuchen von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel und andere Aspekte des Devisenmarkts untersuchen, erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels und anderer Aspekte ihres Devisengeschäfts weltweit durch.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in mehreren als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurden und in denen auf Kartellrecht sowie den Bestimmungen des US Commodity Exchange Act basierte Ansprüche im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen geltend gemacht werden. Bei den als Sammelklage bezeichneten Verfahren wurden die geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben. Am 28. Januar 2015 gab der für die Sammelklagen zuständige Richter auf bundesstaatlicher Ebene dem Klageabweisungsantrag ohne Recht auf erneute Klageerhebung in beiden Klagen seitens Nicht-US-Klägern statt, wies ihn jedoch für die Klage von US-amerikanischen Klägern ab. Seit dem Gerichtsurteil vom 28. Januar 2015 wurden weitere Klagen eingereicht. Derzeit sind drei Klagen anhängig. Die anhängige zusammengeführte Klage wird im Rahmen eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von OTC-Händlern und eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von Devisenhändlern eingereicht, die ihren Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder in US-Gebiet oder dort gehandelt haben. In der Klageschrift wird behauptet, es seien illegale Vereinbarungen getroffen worden, um den Wettbewerb in Bezug auf Benchmark- und Spotsätze zu beeinträchtigen und diese zu manipulieren, insbesondere die für diese Spotsätze notierten Spreads. In einem zweiten Klageverfahren werden die in einer Sammelklage vorgebrachten Behauptungen nachverfolgt und es wird geltend gemacht, dass das angebliche Verhalten zu einem Verstoß gegen die treuhänderischen Pflichten der Beklagten nach dem „U.S. Employment Retirement Income Security Act of 1974 (ERISA)“ Anlass gegeben und letztlich geführt habe. Die dritte Sammelklage wurde am 21. Dezember 2015 von Axiom Investment Advisors, LLC bei demselben Gericht eingereicht. Darin wird behauptet, die Deutsche Bank habe Devisenaufträge, die über elektronische Handelsplattformen platziert wurden, mittels einer als „Last Look“ bezeichneten Funktion abgelehnt und diese Order seien später zu für die Klägergruppe schlechteren Preiskonditionen ausgeführt worden. Der Kläger macht Forderungen

aus Vertragsverletzung, quasi-vertragliche Forderungen sowie Forderungen nach New Yorker Recht geltend. Die Deutsche Bank hat die Abweisung der Sammelklage und Last Look-Klage beantragt und beabsichtigt, einen Antrag auf Abweisung der ERISA-Klage insgesamt zu stellen. Der Antrag auf Ablehnung des ERISA-Falles muss bis zum 19. Mai 2016 eingereicht werden. Das Beweisverfahren („discovery“) im Rahmen aller drei Klagen wurde eingeleitet.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in zwei kanadischen Sammelklagen, die in den Provinzen Ontario und Quebec angestrengt wurden. Die am 10. September 2015 erhobenen Sammelklagen stützen sich auf Vorwürfe, die vergleichbar sind mit den in den zusammengeführten Klagen in den USA erhobenen Vorwürfen und sind auf Schadensersatz nach dem kanadischen Wettbewerbsgesetz und anderen Rechtsgrundlagen gerichtet.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren stark beeinflussen würde.

Hochfrequenzhandel/Dark-Pool-Handel. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichtsbehörden Auskunftersuchen in Bezug auf den Hochfrequenzhandel und den Betrieb ihres alternativen Handelssystems („ATS“ bzw. „Dark Pool“) SuperX erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert hinsichtlich dieser Auskunftersuchen mit den Behörden. Der Konzern hat für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Die Deutsche Bank war zunächst Beklagte in als Sammelklage bezeichneten Verfahren, in denen mit Blick auf den Hochfrequenzhandel Verstöße gegen die US-amerikanischen Wertpapiergesetze geltend gemacht werden. In der am 2. September 2014 eingereichten zusammengeführten und erweiterten Klage haben die Kläger die Deutsche Bank jedoch nicht als Beklagte benannt.

Interbanken-Zinssatz. Aufsichtsbehördliche Verfahren. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Europa, Nordamerika und der Region Asien/Pazifik, einschließlich von Attorney-Generals verschiedener US-Bundesstaaten, Auskunftersuchen in Form von Vorladungen und Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 4. Dezember 2013 als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, insgesamt 725 Mio € zu zahlen. Dieser Betrag wurde vollständig gezahlt und ist nicht Teil der Rückstellungen der Bank.

Wie ebenfalls bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 23. April 2015 separate Vergleichsvereinbarungen mit dem US-Department of Justice (DOJ), der US Commodity Futures Trading Commission (CFTC), der U.K. Financial Conduct Authority (FCA) und dem New York State Department of Financial Services (NYDFS) zur Beendigung von Untersuchungen wegen Fehlverhaltens bezüglich der Festlegung von LIBOR, EURIBOR und TIBOR getroffen. In den Vereinbarungen hat die Deutsche Bank zugestimmt, Strafzahlungen in Höhe von 2,175 Mrd US-\$ an das DOJ, die CFTC und das NYDFS sowie 226,8 Mio GBP an die FCA zu leisten. Diese Beträge wurden vollständig gezahlt und sind nicht Teil der Rückstellungen der Bank, bis auf 150 Mio US-\$, die an das DOJ zu zahlen sind in Folge der unten dargestellten Verurteilung der DB Group Services (UK) Ltd. Die Vereinbarungen enthalten des Weiteren Bestimmungen über verschiedene Verpflichtungen im Hinblick auf künftige Übermittlungen von Benchmark Rates durch die Deutsche Bank sowie Regelungen, welche die Ernennung unabhängiger Prüfer („corporate monitors“) betreffen. Die Deutsche Bank ist weiterhin verpflichtet, disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Mitarbeiter zu ergreifen, die zur Zeit der Vereinbarung in der Bank tätig waren.

Als Teil der Vereinbarung mit dem DOJ akzeptiert die Deutsche Bank ein sogenanntes „Deferred Prosecution Agreement“ mit dreijähriger Laufzeit. Dieses beinhaltet neben anderen Punkten, dass die Deutsche Bank der Einreichung

einer Anklage in zwei Punkten im United States District Court für den District of Connecticut zustimmt, in welcher der Deutschen Bank „Wire-Fraud“ und ein Verstoß gegen den Sherman-Act im Zusammenhang mit Preisfixings vorgeworfen wird. Als weiteren Teil sieht die Vereinbarung vor, dass die DB Group Services (UK) Ltd. (eine indirekt gehaltene, hundertprozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) mit dem DOJ eine Schuldanerkenntnisvereinbarung trifft, in der die Gesellschaft sich verpflichtet, sich in einer im selben Gericht erhobenen Anklage wegen „Wire-Fraud“ schuldig zu bekennen. Die Deutsche Bank hat Rückstellungen für eine Geldstrafe von 150 Mio US-\$ gebildet, welche die Deutsche Bank (vorbehaltlich der Zustimmung des Gerichts) gemäß der Schuldanerkenntnisvereinbarung innerhalb von zehn Geschäftstagen nach Verkündung des Urteils gegen die DB Group Services (UK) Ltd. zahlen wird. (Der Geldbetrag in Höhe von 150 Mio US-\$ ist in den Strafzahlungen über 2,175 Mrd US-\$ enthalten, auf den im vorangegangenen Absatz Bezug genommen wird.) Das Urteil gegen die DB Group Services (UK) Ltd. soll nach aktuellem Stand am 7. Oktober 2016 gesprochen werden.

Wie oben erwähnt, hat eine Arbeitsgruppe („Working Group“) von US-Generalstaatsanwälten („U.S. state attorneys general“) eine Untersuchung gegen die Deutsche Bank in Bezug auf die Festsetzung des LIBOR, EURIBOR und TIBOR eingeleitet. Die Bank kooperiert weiterhin mit den US-Generalstaatsanwälten hinsichtlich dieser Untersuchung.

Andere aufsichtsbehördliche Untersuchungen gegen die Deutsche Bank, welche die Festsetzungen verschiedener weiterer Interbankenzinssätze betreffen, bleiben anhängig, und die Deutsche Bank bleibt weiteren aufsichtsbehördlichen Maßnahmen ausgesetzt. Der Konzern hat für bestimmte aufsichtsbehördliche Ermittlungen Rückstellungen gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Überblick über zivilrechtliche Verfahren. Die Deutsche Bank ist Partei von 46 zivilrechtlichen Verfahren betreffend die behauptete Manipulation hinsichtlich der Festsetzung von verschiedenen Interbanken-Zinssätzen, die in den folgenden Absätzen beschrieben werden. Die meisten der zivilrechtlichen Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren wurden beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Beklagte eingereicht. Alle bis auf fünf dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten aufgrund von Manipulationen bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten. Die fünf zivilrechtlichen Klagen gegen die Deutsche Bank, die keinen Bezug zum US-Dollar-LIBOR haben, sind ebenfalls beim SDNY anhängig und umfassen eine zusammengefasste Klage betreffend den Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR, eine Klage betreffend den EURIBOR, zwei Klagen betreffend den GBP-LIBOR-Zinssatz und eine Klage betreffend den CHF-LIBOR.

Mit einer Ausnahme werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen, die beim SDNY anhängig sind, in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation) behandelt. Ferner ist eine Sammelklage betreffend den US-Dollar-LIBOR, die nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehört, abgewiesen worden, für die nun die Berufung vor dem US Court of Appeals for the Ninth Circuit anhängig ist.

Die Schadensersatzansprüche der 46 zivilrechtlichen Klagen, die oben dargestellt wurden, stützen sich auf verschiedene rechtliche Grundlagen einschließlich der Verletzung des US Commodity Exchange Act (CEA), kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) und anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze. In allen bis auf fünf Fällen wurde die Höhe des Schadensersatzes nicht formell von den Klägern festgelegt. Bei den fünf Fällen, bei denen spezifische Schadensersatzforderungen gestellt wurden, handelt es sich um Einzelklagen, die zur US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst wurden. Die Gesamthöhe des von allen Beklagten, einschließlich der Deutschen Bank, geforderten Schadensersatzes beläuft sich auf mindestens 1,25 Mrd US-\$. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

US-Dollar-LIBOR. Zwischen März 2013 und November 2015 hat das Gericht in mehreren Entscheidungen in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation Klageabweisungsanträgen, die sich auf verschiedene Sammelklagen und Einzelklagen beziehen, teilweise stattgegeben und sie teilweise abgelehnt. Grundsätzlich hat das Gericht einigen Ansprüchen unter dem CEA, bestimmten landesrechtlichen Ansprüchen wegen Betrugs, vertraglichen Ansprüchen, Ansprüchen wegen ungerechtfertigter Bereicherung, sowie anderen deliktsrechtlichen Ansprüchen stattgegeben.

Bestimmte Ansprüche nach dem CEA wies das Gericht als verjährt ab. Darüber hinaus wies es alle Ansprüche, die auf Bundes- und Landeskartellrecht, Wertpapiergesetzen und dem RICO basieren, ab. Weiterhin hat das Gericht entschieden, die Ansprüche bestimmter Kläger wegen fehlender Zuständigkeit und Verjährung abzuweisen. Aufgrund der Komplexität der Multidistrict Litigation hat das Gericht um die Einreichung verschiedener zusätzlicher Dokumente gebeten, um eindeutig festlegen zu können, welche Ansprüche auf Grundlage der allgemeinen Grundsätze in den gerichtlichen Gutachten von August und November 2015 abgewiesen wurden. Die Parteien haben diese Dokumente bereitgestellt. Eine weitere Entscheidung steht aus.

Bestimmte Kläger, deren kartellrechtliche Ansprüche vollständig (oder im Rahmen eines Teilendurteils) abgewiesen wurden, haben vor dem US Court of Appeals for the Second Circuit Berufung gegen die kartellrechtlichen Entscheidungen des Gerichts eingelegt. Dieser Antrag wurde vollständig vorgetragen und verhandelt. Die Entscheidung steht noch aus. Bestimmte Klagen, die Teil der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation sind, wurden bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens ausgesetzt (und andere Klagen wurden ebenfalls ausgesetzt). Zusätzlich haben Kläger in einer Einzelklage, deren Ansprüche gemäß der gerichtlichen Entscheidung von August 2015 vollumfänglich abgewiesen wurden, Berufung vor dem Second Circuit eingelegt.

Das Beweisverfahren (Discovery) findet gerade für drei Sammelklagen in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation statt. Diese waren von Klägern angestrengt worden, die behaupten, sie hätten (1) börsengehandelte Eurodollar Futures und Options gehandelt, (2) US-Dollar LIBOR bezogene nicht börsengehandelten Finanzinstrumenten gehandelt sowie (3) Darlehen vergeben oder erworben, deren Zinsen an den US-Dollar-LIBOR gekoppelt sind. (Die Kläger in der dritten Klage diskutieren zurzeit, ob ihre Ansprüche gegen die Deutsche Bank gemäß früheren Entscheidungen des Gerichts abgewiesen wurden.) Es wurde ein Zeitplan für die Anhörung zur Zulassung von Sammelklagen in diesen Verfahren festgelegt. Diese soll zum aktuellen Zeitpunkt im August 2017 abgeschlossen sein.

Das Gericht hat in einem zusätzlichen Verfahren zum US-Dollar-LIBOR, das getrennt von der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation vor dem SDNY verhandelt wird, den Klageabweisungsanträgen der Beklagten stattgegeben. Der Kläger hat einen Antrag auf Erweiterung seiner Klage eingereicht.

Die Deutsche Bank wurde darüber hinaus als Beklagte in einer US-Dollar-LIBOR-Klage vor dem Central District of California benannt. Das Gericht hat dem Klageabweisungsantrag der Deutschen Bank stattgegeben. Der Kläger legt zurzeit Berufung vor dem US Court of Appeals for the Ninth Circuit ein.

Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR. Vor dem SDNY sind zurzeit zwei getrennte Klagen wegen des Vorwurfs der Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR anhängig. In der ersten (*Laydon*) hat das Gericht am 31. März 2015 einem Antrag des Klägers, seine Klage zu erweitern, teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Ferner hat das Gericht Anträge des Klägers auf Geltendmachung von Ansprüchen gemäß RICO sowie auf die Aufnahme zweier weiterer namentlich genannter Kläger abgewiesen. Am 29. Februar 2016 hat der Kläger eine dritte erweiterte Klage eingereicht, mit der zusätzliche Vorwürfe vorgebracht wurden und der Zeitraum auf den sich die Sammelklage bezieht („class period“) verlängert wurde. Das Beweisverfahren (Discovery) findet gerade statt. Die zweite Sammelklage (*Sonterra*) wurde am 24. Juli 2015 vor dem SDNY eingereicht. Darin werden die Deutsche Bank und DB Group Services (UK) Ltd. gemeinsam mit anderen Banken und „Interdealer“-Brokern als Beklagte benannt. Am 18. Dezember 2015 reichten die Kläger eine erweiterte Klage ein. Ein von den Beklagten eingereichter Klageabweisungsantrag ist derzeit anhängig.

EURIBOR. Gegen die Deutsche Bank und DB Group Services (UK) Ltd. wurde ebenfalls ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren wegen des Vorwurfs der Manipulation des EURIBOR angestrengt, das beim SDNY anhängig ist. Ein Antrag auf Abweisung der erneuten erweiterten Klage wurde noch nicht beschieden.

Pfund Sterling (GBP)-Libor. Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in zwei getrennten Sammelklagen wegen des Vorwurfs der Manipulation des Pfund Sterling (GBP)-LIBOR benannt. Am 11. Februar 2016 fasste das Gericht diese beiden Verfahren zusammen, und am 24. Februar 2016 reichten die Kläger eine erweiterte zusammengefasste Klage ein. Anträge auf Abweisung der erweiterten zusammengefassten Klage wurden eingereicht und werden zurzeit verhandelt.

Schweizer Franken (CHF)-LIBOR. Am 19. Juni 2015 wurden die Deutsche Bank und die DB Group Services (UK) Ltd., als Beklagte in einer Sammelklage beim SDNY wegen des Vorwurfs der Manipulation des Schweizer Franken (CHF)-LIBOR benannt. Anträge auf Klageabweisung wurden eingereicht und sind weiter anhängig.

CLN-Ansprüche von Kaupthing. Im Juni 2012 hat die Kaupthing hf, eine isländische Aktiengesellschaft, (vertreten durch den Liquidationsausschuss) auf isländisches Recht gestützte Anfechtungsklagen über circa 509 Mio € (plus Zinsen basierend auf Schadensquote und Sanktionszins) gegen die Deutsche Bank in Island und England erhoben. Die geltend gemachten Ansprüche stehen im Zusammenhang mit Credit Linked Notes auf Kaupthing, welche die Deutsche Bank im Jahr 2008 an zwei British Virgin-Island-Spezialvehikel („SPVs“) herausgegeben hat. Diese SPVs gehörten letztlich sehr vermögenden Privatpersonen. Kaupthing behauptet, die Deutsche Bank habe gewusst oder hätte wissen müssen, dass Kaupthing selbst den Risiken aus den Transaktionen ausgesetzt war, weil sie die SPVs finanziert habe. Es wird behauptet, Kaupthing könne die Transaktionen aus verschiedenen Gründen anfechten, da die Transaktionen unter anderem deshalb unzulässig waren, weil es Kaupthing so möglich war, direkten Einfluss auf die Quotierung eigener CDS (Credit Default Swaps) und damit eigener börsennotierter Anleihen zu nehmen. Im November 2012 wurde eine weitere, auf englisches Recht gestützte Klage (gestützt auf Vorwürfe, die den Vorwürfen der auf isländisches Recht gestützten Klagen vergleichbar sind) gegen die Deutsche Bank in London erhoben. Die Deutsche Bank hat eine Klageerwidern für die isländischen Verfahren im Februar 2013 eingereicht und verteidigt sich weiter. Im Februar 2014 wurden die in England anhängigen Verfahren bis zur endgültigen Entscheidung in den isländischen Verfahren ausgesetzt. Darüber hinaus wurden der Deutschen Bank von den SPVs und deren Abwicklern im Dezember 2014 weitere Klagen zugestellt, die sich auf eine weitgehend vergleichbare Anspruchsbegründung stützen, sich auf CLN-Transaktionen beziehen und sich gegen die Deutsche Bank und weitere Beschuldigte in England richten. Die SPVs fordern ferner einen Betrag von rund 509 Mio € (zuzüglich Zinsen), obwohl der Zinsbetrag niedriger ist als in Island. Die Deutsche Bank hat eine Klageerwidern in diesen Verfahren eingereicht und verteidigt sich weiter. Die Deutsche Bank erwartet nicht, dass die von den SPVs erhobenen Klagen die Höhe der möglichen Verpflichtungen der Bank im Zusammenhang mit den CLN-Transaktionen über die bereits von Kaupthing unmittelbar erhobenen Ansprüche hinaus erhöhen. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten angesetzt hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

Kirch. Im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren ermittelte und ermittelt die Staatsanwaltschaft München I gegen mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG sowie gegen das aktuelle Vorstandsmitglied Jürgen Fitschen.

Das Kirch-Verfahren umfasste mehrere zivilrechtliche Verfahren zwischen der Deutschen Bank AG und Dr. Leo Kirch beziehungsweise dessen Medienunternehmen. Die zentrale Streitfrage in den Zivilverfahren war, ob der damalige Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, Dr. Rolf Breuer, durch seine Äußerungen in einem Interview mit dem Fernsehsender Bloomberg im Jahre 2002 die Insolvenz der Kirch Unternehmensgruppe herbeigeführt habe. In diesem Interview äußerte sich Dr. Rolf Breuer zu der mangelnden Finanzierungsmöglichkeit der Kirch Unternehmensgruppe. Im Februar 2014 schlossen die Deutsche Bank und die Erben von Dr. Leo Kirch einen umfangreichen Vergleich, der sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien beendete.

Soweit sich die Vorwürfe gegen Jürgen Fitschen und das ehemalige Vorstandsmitglied Dr. Stephan Leithner richten, wirft die Staatsanwaltschaft ihnen vor versäumt zu haben, Tatsachenbehauptungen, die von den für die Deutsche Bank in einem der Kirch-Zivilverfahren tätigen Rechtsanwälten in Schriftsätzen an das Oberlandesgericht München und den Bundesgerichtshof vorgebracht wurden, rechtzeitig zu korrigieren, nachdem sie angeblich Kenntnis erlangt hatten, dass diese Ausführungen nicht korrekt gewesen sein sollen.

Das Hauptermittlungsverfahren gegen Jürgen Fitschen und vier ehemalige Vorstandsmitglieder ist abgeschlossen. Am 6. August 2014 wurde formell Anklage gegen alle Beschuldigten erhoben. Das Verfahren hat am 28. April 2015 begonnen. Das Gericht ordnete die Nebenbeteiligung der Deutschen Bank AG an, was zur Auferlegung eines Bußgelds gegen die Bank hätte führen können. In seiner Urteilsverkündung vom 25. April 2016 hat das Landgericht München Herrn Fitschen und die vier ehemaligen Vorstandsmitglieder freigesprochen. Darüber hinaus hat das Gericht auch die Bank freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft kann gegen das Urteil bis zum 2. Mai 2016 Revision einlegen. Im Rah-

men der Revision würden ausschließlich mögliche rechtliche Fehler überprüft, nicht dagegen Feststellungen zu Tatsachen.

Die Ermittlungen gegen das ehemalige Vorstandsmitglied Dr. Stephan Leithner dauern noch an. Die Deutsche Bank kooperiert vollumfänglich mit der Staatsanwaltschaft München.

Der Konzern geht davon aus, dass diese Verfahren keine erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen auf ihn haben und hat daher diesbezüglich keine Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

Auflösung einer Position auf den KOSPI-Index. Nachdem der Korea Composite Stock Price Index 200 („KOSPI 200“) während der Schlussauktion am 11. November 2010 um rund 2,7 % gefallen war, leitete die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) eine Untersuchung ein und äußerte die Sorge, der Fall des KOSPI 200 sei darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Bank einen Aktienkorb im Wert von rund 1,6 Mrd € verkauft hatte, der Teil einer Indexarbitrage-Position auf den KOSPI 200 gewesen war. Am 23. Februar 2011 prüfte die koreanische Finanzdienstleistungskommission (Korean Financial Services Commission), die die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen der FSS und beschloss, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Erstellen von Strafanzeige bei der südkoreanischen Staatsanwaltschaft gegen fünf Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen des Verdachts auf Marktmanipulation und gegen die Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) wegen Haftung für fremde Wirtschaftsrechtsverstöße sowie (ii) Verhängen eines sechsmonatigen Eigenhandelsverbots zwischen 1. April 2011 und 30. September 2011 gegen die DSK, das sich auf den Handel mit Aktien am Kassamarkt und mit börsengehandelten Derivaten sowie auf den Aktien-Kassahandel über DMA-Systeme (Direct Market Access) erstreckte, und Verpflichtung der DSK, einen bestimmten Beschäftigten für sechs Monate zu suspendieren. Eine Ausnahme vom Eigenhandelsverbot wurde insofern gewährt, als es der DSK weiterhin erlaubt sein sollte, Liquidität für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere bereitzustellen. Am 19. August 2011 teilte die koreanische Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung mit, gegen die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen mutmaßlicher Spot-/Futures-Marktmanipulationen Klage zu erheben. Das Strafverfahren hat im Januar 2012 begonnen. Am 25. Januar 2016 hat der Seoul Central District Court einen DSK-Händler sowie DSK für schuldig erklärt. Gegen DSK wurde eine Geldstrafe in Höhe von 1,5 Mrd KRW (weniger als 2,0 Mio €) verhängt. Das Gericht ordnete darüber hinaus die Einziehung der Gewinne aus der in Rede stehenden Handelstätigkeit an. Der Konzern hat die Gewinne aus den zugrunde liegenden Handelsaktivitäten 2011 abgeführt. Sowohl die Strafverfolgungsbehörde als auch die Angeklagten haben Berufung gegen das Strafurteil eingelegt.

Darüber hinaus strengten Parteien, die behaupten, durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 Verluste erlitten zu haben, vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilrechtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK an. In einigen dieser Fälle sind seit dem vierten Quartal 2015 erstinstanzliche Gerichtsurteile gegen die Bank und die DSK ergangen. Die derzeit bekannten offenen Forderungen haben einen Gesamtforderungsbetrag von weniger als 80 Mio € (nach aktuellem Wechselkurs). Der Konzern hat für diese anhängigen Zivilverfahren eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities und Untersuchungen. *Regulatorische und regierungsbehördliche Verfahren.* Die Deutsche Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, einschließlich Mitgliedern der Residential Mortgage-Backed Securities Working Group der US Financial Fraud Enforcement Task Force. Diese Auskunftersuchen beziehen sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), durch Grundpfandrechte auf Gewerbeimmobilien besicherten Wertpapieren (Commercial Mortgage Backed Securities – CMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) und Kreditderivaten. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Der Konzern hat für einige, aber nicht alle dieser aufsichtsbehördlichen Ermittlungen Rückstellungen gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Zivilrechtliche Verfahren als Emittent und Platzeur. Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren von Privatpersonen im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen, einschließlich als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS, benannt. Zu diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren gehören als Sammelklagen bezeichnete Verfahren, Klagen von einzelnen Erwerbern der Wertpapiere und Klagen von Treuhändern im Namen von RMBS-Treuhandvermögen. Obwohl sich die Vorwürfe in den einzelnen Verfahren unterscheiden, wird allgemein behauptet, dass die Angebotsprospekte der RMBS in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien. Der Konzern hat Rückstellungen für einige, jedoch nicht alle dieser zivilrechtlichen Fälle gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer Sammelklage, die sich auf ihre Rolle und die anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Novastar Mortgage Corporation begebener RMBS bezieht. Es werden keine spezifischen Schäden in der Klage vorgetragen. Am 5. Februar 2015 hob das Gericht per Urteil seine frühere Entscheidung auf, mit der fünf der sechs RMBS-Angebote von der Klage ausgeschlossen worden waren. Das Gericht ordnete an, dass die Kläger ihre Klage um die zuvor abgewiesenen Angebote erweitern. Am 9. März 2015 reichte der Hauptkläger seine dritte erweiterte Klage gemäß dem Gerichtsurteil vom 5. Februar 2015 ein. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft.

Die Deutsche Bank ist zurzeit Beklagte in verschiedenen Verfahren, die keine Sammelklagen sind und die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen eingeleitet wurden. Zu diesen Parteien gehören: (1) Aozora Bank, Ltd. (Schadensersatzforderungen von 61 Mio US-\$ gegen die Deutsche Bank); (2) Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) als Zwangsverwalter (receiver) für: a) Colonial Bank (in einer von zwei getrennten Klagen, Schadensersatzforderungen von insgesamt mindestens 189 Mio US-\$ gegen alle Beklagten), b) Franklin Bank S.S.B., c) Guaranty Bank (Schadensersatzforderungen von insgesamt mindestens 901 Mio US-\$ gegen alle Beklagten) und d) Citizens National Bank und Strategic Capital Bank (in einer von zwei getrennten Klagen, Schadensersatzforderungen von insgesamt mindestens 66 Mio US-\$ gegen alle Beklagten); (3) Federal Home Loan Bank of San Francisco; (4) Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der ehemaligen WestLB AG entweder geschaffen oder geführt werden) und (5) Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die geschaffen wurden, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben). Sofern nicht anders angegeben, wurde die genaue Höhe des geforderten Schadensersatzes in den Klageschriften nicht detailliert angegeben.

Am 14. Januar 2015 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der Klage seitens Aozora Bank, Ltd. in Bezug auf eine forderungsbesicherte Schuldverschreibung (Collateralized Debt Obligation – CDO) der Blue Edge ABS CDO, Ltd. statt. Am 30. März 2016 bestätigte das Berufungsgericht die Abweisung des Antrags durch die vorherige Instanz. Die Deutsche Bank ist weiterhin gemeinsam mit der UBS AG und verbundenen Unternehmen Beklagte in einem von der Aozora Bank, Ltd. angestregten Verfahren. Die Beklagten haben gegen das Urteil des Gerichts Berufung eingelegt und einen Antrag auf Aussetzung des Verfahrens bis zum Abschluss des Berufungsverfahrens gestellt.

Im Jahr 2012 reichte die FDIC als Zwangsverwalter („receiver“) für die Colonial Bank, die Franklin Bank S.S.B., die Guaranty Bank, die Citizens National Bank und die Strategic Capital Bank einige Klagen gegen verschiedene Underwriter, unter anderem die Deutsche Bank, in unterschiedlichen Bundesgerichten ein. Die Klagen basieren auf angeblichen Ansprüchen nach Sections 11 und 12(a)(2) des Securities Act of 1933, sowie Article 581–33 des Texas Securities Act. Jede dieser Klagen wurde als verjährt abgewiesen. Die FDIC hat gegen diese Entscheidungen beim Zweiten, Fünften und Neunten Circuits Courts of Appeal Rechtsmittel eingelegt. Die Verfahren vor dem Zweiten und Neunten Circuits Courts of Appeal sind noch anhängig. Am 10. August 2015 hob der Court of Appeals for the Fifth Circuit den Beschluss des District Court auf, die Ansprüche der FDIC wegen Verjährung abzuweisen. Am 24. August 2015 reichten die Deutsche Bank und die anderen Beklagten in dieser Angelegenheit einen Antrag auf erneute Anhörung im Plenum („en banc“) ein. Am 11. September 2015 lehnte der Court of Appeals for the Fifth Circuit diesen Antrag ab. Am 10. Dezember 2015 reichten die Deutsche Bank und andere Beklagte beim United States Supreme Court einen Revisionsantrag („petition for a writ of certiorari“) gegen die Entscheidung des Court of Appeals for the Fifth

Circuit, die Abweisung der Klage seitens des District Court aufzuheben, ein. Am 28. März 2016 lehnte der United States Supreme Court den Antrag ab. Das Beweisverfahren (Discovery) findet gerade statt.

Am 22. Januar 2015 stimmte die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung mit der Deutschen Bank zu, Ansprüche, die sie gegen die Deutsche Bank in Bezug auf sieben RMBS-Angebote geltend gemacht hatte, ohne Recht auf erneute Klageerhebung fallen zu lassen. Am 26. Januar 2015 erließ die Federal Home Loan Bank of San Francisco gemäß einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung zwischen der Federal Home Loan Bank of San Francisco und Countrywide die Anweisung, die Ansprüche gegen die Deutsche Bank seitens der Federal Home Loan Bank of San Francisco in Bezug auf 15 Angebote von mit Countrywide verbundenen Unternehmen rechtskräftig einzustellen. Nach Dafürhalten der Deutschen Bank wurde die Klage in Bezug auf diese 15 Angebote infolge einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung abgewiesen, an der die Deutsche Bank nicht beteiligt war. Die Deutsche Bank ist nach wie vor Beklagte in einem Verfahren zu einem RMBS-Angebot und zwei Angeboten, die als Weiterverbriefung von RMBS-Zertifikaten beschrieben wurden. Es werden keine spezifischen Schäden in der Klage vorgetragen. Die Klage befindet sich im Stadium des Beweisverfahrens mit Sachverständigen (Expert Discovery). Das Verfahren gegen die Deutsche Bank ist für den 6. Dezember 2016 angesetzt.

Die Residential Funding Company hat eine Klage auf Rückkauf der Darlehen gegen die Deutsche Bank eingereicht. Gegenstand der Klage ist die Verletzung von Garantien und Gewährleistungen betreffend Darlehen, die an die Residential Funding Company verkauft wurden, sowie Schadensersatz für Schäden, die der Residential Funding Company infolge von RMBS-bezogenen Klagen und Ansprüchen entstanden sind, die gegen die Residential Funding Company geltend gemacht wurden. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben über die Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 8. Juni 2015 hat das Gericht den Antrag der Deutschen Bank, einige der Ansprüche abzuweisen, abgelehnt. Ebenfalls am 8. Juni 2015 hat die Deutsche Bank die Abweisung weiterer Ansprüche beantragt. Am 29. September 2015 lehnte das Gericht den zweiten Klageabweisungsantrag der Deutschen Bank ab. Das Beweisverfahren (Discovery) ist noch nicht abgeschlossen.

Im März 2012 haben die RMBS Recovery Holdings 4, LLC und die VP Structured Products, LLC im Staat New York Klage gegen die Deutsche Bank eingereicht, die auf angeblichen Verletzungen von Garantien und Gewährleistungen seitens der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Hypothekendarlehen in der ACE Securities Corp. 2006-SL2 RMBS-Emission (offering) beruht. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben zur genauen Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 13. Mai 2013 wies das Gericht den Antrag der Deutschen Bank auf Klageabweisung als verspätet zurück. Am 19. Dezember 2013 hob das Berufungsgericht die Entscheidung des Gerichts auf und wies die Klage ab. Am 11. Juni 2015 bestätigte der New York Court of Appeals die Entscheidung des Berufungsgerichts. Das Gericht führte aus, dass das für die Klägerin klagebegründende Ereignis mehr als sechs Jahre vor dem Zeitpunkt stattgefunden hatte, zu dem die Ansprüche geltend gemacht wurden, und die Klage deshalb verjährt wäre. Am 29. März 2016 wies das Gericht eine im Wesentlichen vergleichbare Klage seitens HSBC als Treuhänder ab. Gegen diese Entscheidung könnte Berufung eingelegt werden.

Die Deutsche Bank war Beklagte in einem von der Charles Schwab Corporation erhobenen Zivilverfahren, mit dem diese ihren Erwerb eines einzelnen landesweit begebenen RMBS-Zertifikats rückgängig machen wollte. Im vierten Quartal 2015 erzielte die Bank of America, welche die Deutsche Bank in dem Fall von der Haftung freigestellte, eine Vereinbarung zugunsten der Deutschen Bank zur Beilegung der Klage in Bezug auf das streitige einzelne Zertifikat. Am 25. Januar 2016 beantragte die Charles Schwab Corporation bezüglich Deutsche Bank Securities Inc. die Verfahrenseinstellung ohne Recht auf erneute Klageerhebung. Am 16. März 2016 bestätigte das Gericht die Einstellung der Klage gegen die Deutsche Bank Securities Inc.

Die Deutsche Bank war Beklagte in einem von Knights of Columbus („Knights“) angestrebten Schiedsverfahren vor der FINRA. Darin wurden Ansprüche wegen Betrugs, Fahrlässigkeit, der Verletzung von US-amerikanischen Wertpapiergesetzen sowie Branchengesetzen und -standards im Zusammenhang mit sechs Fremdprodukten geltend gemacht, die von der Deutschen Bank platziert worden waren. Am 22. Februar 2016 erzielten die Deutsche Bank und Knights eine Vereinbarung zur Beilegung des Verfahrens, und am 26. März 2016 wurde der Rechtsstreit beendet (dismissed with prejudice). Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Deutsche Bank und Amherst Advisory & Management LLC („Amherst“) erzielten am 12. Februar 2016 eine Vereinbarung, um HSBC eine Vergleichsvereinbarung anzubieten, um Klagen wegen Vertragsverletzung bezüglich fünf RMBS-Treuhandvermögen beizulegen. Gemäß den Vereinbarungen mit Amherst, hat Amherst am 17. Februar 2016 HSBC aufgefordert, eine Abstimmung der Zertifikateinhaber („certificateholders“) über die Annahme oder Ablehnung der Vergleichsangebote für jedes Treuhandvermögen abzuhalten. Am 18. Februar 2016 unterzeichneten die Deutsche Bank und Amherst eine Vergleichsvereinbarung. In der Woche vom 22. Februar 2016 veröffentlichte HSBC eine Mitteilung an die Zertifikateinhaber, in der HSBC den Erhalt der Vergleichsvereinbarung bestätigte und die Zertifikateinhaber darüber informiert wurden, dass die Frist für den Vergleich am 12. Mai 2016 ablaufe, gegebenenfalls aber verlängert werde. Eine Fristverlängerung ist jedoch möglich. Ein wesentlicher Anteil des Vergleichsbetrags, der von der Deutschen Bank hinsichtlich eines der fünf Treuhandvermögen gezahlt würde, falls das Vergleichsangebot von diesem Treuhandvermögen angenommen werden würde, würde von einem nicht am Verfahren beteiligten Dritten übernommen werden. Die wirtschaftliche Netto-Belastung der Vergleiche ist durch bereits gebildete Rückstellungen abgedeckt.

Am 3. Februar 2016 erhob Lehman Brothers Holding, Inc. („Lehman“) eine Klage (adversary proceeding) beim United States Bankruptcy Court for the Southern District of New York gegen, unter anderem, MortgageIT, Inc. („MIT“) und Deutsche Bank AG als vermeintliche Rechtsnachfolgerin von MIT, in der Verstöße gegen Zusicherungen und Garantien geltend gemacht werden, die in bestimmten Darlehenskaufverträgen aus 2003 und 2004 betreffend 63 Hypothekendarlehen enthalten sind, die MIT an Lehman und Lehman wiederum an die Federal National Mortgage Association („Fannie Mae“) und an die the Federal Home Loan Mortgage Corporation („Freddie Mac“) verkaufte. Die Klage zielt auf Ausgleich für Verluste, die Lehman erlitt im Zusammenhang mit Vergleichen, die Lehman mit Fannie Mae und Freddie Mac im Rahmen des Lehman-Insolvenzverfahrens schloss, um Ansprüche betreffend diese Darlehen beizulegen. In der Klage werden keine spezifischen Schäden vorgebracht. Die Frist zur Klageerwidern ist noch nicht abgelaufen.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung gegen diese Emittenten. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Die Deutsche Bank hat mit einigen Gesellschaften, die Klagen gegen die Deutsche Bank im Zusammenhang mit verschiedenen Angeboten von RMBS und ähnlichen Produkten androht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Klagen könnten wesentliche Auswirkungen auf die Deutsche Bank haben. Zusätzlich hat die Deutsche Bank mit einigen dieser juristischen Personen Vergleiche abgeschlossen, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind.

Zivilrechtliche Verfahren als Treuhänder. Die Deutsche Bank National Trust Company („DBNTC“) und die Deutsche Bank Trust Company Americas („DBTCA“) wurden in Bezug auf ihre Rolle als Treuhänder für bestimmte RMBS-Treuhandvermögen in einem Zivilverfahren von Investoren verklagt.

Am 18. Juni 2014 erhob eine Gruppe von Investoren, einschließlich Fonds, die von BlackRock Advisors LLC, PIMCO-Advisors L.P. und anderen verwaltet werden, eine abgeleitete Klage gegen die DBNTC und DBTCA vor dem New York State Supreme Court, vorgeblich im Namen und zugunsten von 544 im Private-Label-Verfahren verwalteten RMBS-Treuhandvermögen. Dabei werden Ansprüche wegen der behaupteten Verletzung des Trust Indenture Act von 1939 (TIA), Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten und Fahrlässigkeit seitens der DBNTC und DBTCA wegen der angeblichen Nichterfüllung ihrer Pflichten als Treuhänder für die Treuhandvermögen geltend gemacht. Die Kläger haben danach ihre Klage vor dem State Court zurückgezogen und im Namen sowie zugunsten von 564 „Private-Label“ RMBS-Treuhandgesellschaften eine abgeleitete Klage sowie eine Sammelklage beim US District Court for the Southern District of New York eingereicht. Die darin genannten Treuhandvermögen sind im Wesentlichen deckungsgleich mit denen in der Klage vor dem State Court. In der Klageschrift wird behauptet, die betreffenden Treuhandvermögen hätten insgesamt Sicherheitenverluste in Höhe von 89,4 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe. Die DBNTC und die DBTCA reichten einen Antrag auf Klageabweisung ein, dem das Gericht am 19. Januar 2016 teilweise aus prozessualen Gründen stattgab. Was die 500 Treuhandvermögen gemäß den Pooling- und Servicing-Verträgen anbelangt, lehnte das Gericht die Zuständigkeit ab. Das Gericht erließ kein Urteil zu materiell-rechtlichen Einwendungen, die in dem Klageabweisungsantrag geltend gemacht worden waren. Am 22. März 2016 reichten die Kläger eine erweiterte Klage bei dem Bundes-

gericht (federal court) ein. Darin machen sie Ansprüche im Zusammenhang mit 62 Trusts, die gemäß sogenannter „indenture agreements“ verwaltet werden geltend. In der erweiterten Klageschrift wird behauptet, die betreffenden Trusts hätten insgesamt (Sicherheiten-) Verluste (collateral loss) in Höhe von 9,8 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Die DBNTC und die DBTCA werden Gelegenheit erhalten, neue Anträge zur Abweisung der erweiterten Klage zu stellen. Das Beweisverfahren (Discovery) findet gerade statt.

Am 25. März 2016 haben die BlackRock-Kläger eine Klage vor dem Superior Court of California, Orange County, eingereicht. Diese betrifft 513 Trusts, die gemäß sogenannter „pooling- und servicing agreements“ verwaltet werden. Die Kläger machen Ansprüche wegen Vertragsbruch, Verletzung treuhänderischer Pflichten und Verstoß gegen die Pflicht zur Vermeidung von Interessenkonflikten geltend. Die Kläger behaupten, die Klage in eigenem Namen und im Namen aller aktuellen Inhaber von Zertifikaten der 513 Trusts zu führen. Aktuell ist nur die DBTCA als Beklagte genannt, obwohl die DBNTC als Treuhänder (trustee) für 512 der 513 Trusts fungiert. In der Klageschrift wird behauptet, die betreffenden Trusts hätten insgesamt (Sicherheiten-)Verluste in Höhe von 85,1 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmter Höhe. Der DBTCA wurde die Klage noch nicht zugestellt. Das Beweisverfahren (Discovery) hat noch nicht begonnen.

Am 18. Juni 2014 strengte Royal Park Investments SA/NV gegen die DBNTC eine Sammel- und abgeleitete Klage im Namen von Investoren in zehn RMBS-Treuhandvermögen an. Bei dem Verfahren, das vor dem US District Court for the Southern District of New York anhängig ist, werden Ansprüche wegen behaupteter Verstöße gegen den TIA, Vertragsbruchs sowie Vertrauensbruchs aufgrund der angeblichen Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten seitens der DBNTC gegenüber den Treuhandvermögen geltend gemacht. In der Klageschrift von Royal Park wird behauptet, die von den zehn Treuhandvermögen insgesamt erlittenen Verluste beliefen sich auf mehr als 3,1 Mrd US-\$. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe. Am 3. Februar 2016 gab das Gericht den Ansprüchen der Kläger teilweise statt und lehnte sie teilweise ab. So lehnte es die Ansprüche auf der Grundlage des TIA und daraus abgeleiteter Thesen sowie den Antrag der DBNTC ab, die Ansprüche wegen Vertrags- und Vertrauensbruchs zurückzuweisen. Das Beweisverfahren (Discovery) dauert an.

Am 7. November 2014 reichte das National Credit Union Administration Board („NCUA“) als Investor in 121 RMBS-Treuhandvermögen eine Beschwerde gegen die DBNTC als Treuhänder dieser Vermögen beim US District Court for the Southern District of New York ein. Darin wird der DBNTC wegen der behaupteten Nichterfüllung angeblicher gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen die Verletzung des TIA und des New York Streit Act vorgeworfen. Am 5. März 2015 erweiterte das NCUA seine Klageschrift um Ansprüche als Investor in 97 der 121 RMBS-Treuhandgesellschaften, die Gegenstand der ersten Klage waren. In der erweiterten Klage werden Verstöße gegen den TIA und Streit Act sowie Vertragsbrüche, die Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten, Fahrlässigkeit, grobe Fahrlässigkeit, fahrlässige Falschangaben und Verstöße gegen den Grundsatz von Treu und Glauben behauptet. In der Klageschrift gibt das NCUA an, die betreffenden Treuhandvermögen haben insgesamt Verluste in Höhe von 17,2 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe. Die DBNTC hat einen Antrag auf Klageabweisung eingereicht, der vollständig vorgetragen, über den jedoch noch nicht entschieden wurde. Das Beweisverfahren (Discovery) wurde ausgesetzt.

Am 23. Dezember 2014 reichten bestimmte CDO-Investmentvehikel (gemeinsam als „Phoenix Light SF Ltd.“ bezeichnet), die von 21 RMBS-Treuhandvermögen begebene RMBS-Zertifikate halten, eine Klage gegen die DBNTC als Treuhänder der Vermögen vor dem US District Court for the Southern District of New York ein. Darin wurden Ansprüche wegen der Verletzung des TIA und Streit Act, Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten, Fahrlässigkeit, grober Fahrlässigkeit und fahrlässiger Falschangaben sowie der angeblichen Nichterfüllung der Pflichten als Treuhänder der Vermögen geltend gemacht. Am 10. April 2015 reichten die CDOs eine Klageerweiterung bezüglich weiterer 34 Treuhandgesellschaften (somit insgesamt 55 Treuhandgesellschaften) ein und am 15. Juli 2015 eine weitere Klageänderung, um zusätzliche Vorwürfe einzubringen. Die CDOs behaupten, die DBNTC sei zu Schadensersatzleistungen von mehr als 527 Mio US-\$ verpflichtet. Das Beweisverfahren (Discovery) wurde ausgesetzt. Am 2. Februar 2016 ordnete das Gericht gemäß einer schriftlichen Vereinbarung der Parteien an, die Ansprüche in Bezug auf vier der 55 Treuhandvermögen ohne Recht auf erneute Klageerhebung abzuweisen. Die DBNTC reichte einen Klageabweisungsantrag ein. Am 29. März 2016 gab das Gericht dem Antrag auf Klageabweisung der DBNTC teilweise statt und lehnte ihn teilweise ab. Das Gericht ließ die Mehrzahl der Klagen bezüglich Ansprüchen wegen Vertragsver-

letzung zur Verhandlung zu. Gleichzeitig hat das Gericht den Antrag der DBNTC auf Abweisung der Ansprüche bezüglich der Verletzung treuhänderischer Pflichten abgelehnt. Das Gericht gab dem Klageabweisungsantrag jedoch in Bezug auf Ansprüche wegen Fahrlässigkeit statt, da sich diese mit Ansprüchen aus Vertragsverletzung überschneiden. Es lehnte den Klageabweisungsantrag jedoch bezüglich außervertraglicher Vertragspflichtverletzungen (extra-contractual duties) seitens DBNTC ab. Zusätzlich wies das Gericht die Ansprüche wegen des Verstoßes gegen den Grundsätze von Treu und Glauben sowie fairen Handelns (implied covenant of good faith and fair dealing claims) ab. Das Gericht hat ferner den Antrag auf Abweisung von Ansprüchen aus der behaupteten Verletzung der Sections 315(b) und 315(c) des TIA abgelehnt, die Ansprüche auf Grundlage von Section 316(b) jedoch abgewiesen. Schließlich hat das Gericht die Ansprüche der Kläger wegen Verstoßes gegen den Streit Act abgewiesen. Die Antwort der DBNTC auf die erweiterte Klage steht für den 13. Mai 2016 aus. Das Beweisverfahren (Discovery) findet gerade statt.

Am 24. März 2015 haben die Western and Southern Life Insurance Company sowie fünf verbundene Unternehmen (nachstehend zusammen „Western & Southern“) als Investoren in 18 RMBS-Treuhandvermögen, beim Court of Common Pleas, Hamilton County, Ohio, Klage gegen die DBNTC als Treuhänder von 12 dieser Vermögen eingereicht und Ansprüche wegen Verstoßes gegen den TIA und Streit Act, Vertragsverstößen, Nichterfüllung treuhänderischer Pflichten, Fahrlässigkeit, grober Fahrlässigkeit, fahrlässiger Falschangaben, Verstößen gegen die Grundsätze von Treu und Glauben sowie fairem Handelns geltend gemacht. Die Klagebehauptungen stützen sich auf die angebliche Unterlassung der DBNTC, ihre Pflichten als Treuhänder der Vermögen zu erfüllen. Western & Southern behaupten, sie haben Zertifikate der Trusts mit einem Nennwert von mehr als 220 Mio US-\$ erworben, und die betreffenden Treuhandvermögen hätten Verluste von insgesamt 1 Mrd US-\$ verzeichnet. Die Klageschrift enthält jedoch keine finanziellen Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe. Die DBNTC reichte einen Antrag auf Abweisung der Klage aufgrund fehlender persönlicher Zuständigkeit und mangelnder Geeignetheit des Gerichtsstands („forum non conveniens“), einen Antrag auf Aussetzung des Falls bis zur Gerichtsentscheidung in vergleichbaren in New York anhängigen Klagen gegen die DBNTC sowie einen Antrag auf Abtrennung der gegen die DBNTC erhobenen Ansprüche von denen gegen ihren Mitangeklagten ein. Am 5. November 2015 lehnte das Gericht die Anträge der DBNTC auf Abweisung und Aussetzung der Klage ab, gab jedoch dem Antrag auf Abtrennung der Klage statt. Nachdem über den ersten Klageabweisungsantrag der DBNTC entschieden worden war, reichte die DBNTC einen weiteren Antrag auf Klageabweisung ein, der sich nun auf eine mangelnde Anspruchsbegründung stützt. Dieser Antrag auf Klageabweisung wurde vollständig vorgetragen, jedoch noch nicht entschieden. Das Beweisverfahren (Discovery) dauert an.

Am 23. Dezember 2015 reichte die Commerzbank AG („Commerzbank“) als Investorin in 50 RMBS-Treuhandvermögen eine Klage gegen die DBNTC als Treuhänder der Vermögen vor dem US District Court for the Southern District of New York ein. Darin werden Ansprüche wegen der Verletzung des TIA und New York Streit Act, Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten, Fahrlässigkeit, des Verstoßes gegen den Grundsatz von Treu und Glauben sowie der angeblichen Nichterfüllung der Pflichten als Treuhänder der Vermögen geltend gemacht. Die Commerzbank führt an, die DBNTC habe „Verluste in Höhe von mehreren 100 Mio US-\$ zu verantworten“, die der Commerzbank entstanden seien. Die Klage enthält jedoch keine Schadensersatzforderungen in bestimmter Höhe. Dieser sowie der Phoenix Light-Fall wurden demselben Richter zugewiesen. Der Richter hat diesen Fall ausgesetzt, bis über den Antrag der DBNTC auf Abweisung der Phoenix Light-Klage entschieden wurde. Dann wird die Commerzbank Gelegenheit haben, ihre Klage anzupassen. Am 29. März 2016 entschied der Richter zu dem Antrag der DBNTC auf Abweisung der Phoenix Light-Klage. Das Commerzbank-Verfahren ist weiter ausgesetzt. Das Beweisverfahren (Discovery) hat noch nicht begonnen.

Am 30. Dezember 2015 reichten die IKB International, S.A. in Liquidation und die IKB Deutsche Industriebank A.G. (zusammen als „IKB“ bezeichnet), als Investoren in 37 RMBS-Treuhandvermögen eine Klage vor dem Supreme Court of the State of New York, New York County, gegen die DBNTC und die DBTCA als Treuhänder der Vermögen ein. Es scheint, dass IKB Ansprüche wegen Verletzung des TIA und des New York Streit Act, Vertragsbruchs, Betrugs, betrügerischer und fahrlässiger Falschangaben, Verletzung der treuhänderischen Pflichten, Fahrlässigkeit und ungerechtfertigter Bereicherung geltend machen könnte. Die IKB behauptet offensichtlich, die DBNTC und die DBTCA seien zu Schadensersatzleistungen von mehr als 274 Mio US-\$ verpflichtet. Die DBNTC und die DBTCA wurden noch nicht in der Klage geladen. Das Beweisverfahren (Discovery) hat noch nicht begonnen.

Der Konzern hält eine Eventualverbindlichkeit für diese acht Fälle für bestehend, deren Höhe derzeit aber nicht verlässlich eingeschätzt werden kann.

Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich Edelmetalle. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf den Handel mit Edelmetallen und damit zusammenhängende Vorgänge relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei den Untersuchungen und arbeitet in geeigneter Weise mit den entsprechenden Behörden zusammen. In diesem Zusammenhang führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen ihrer früheren Beteiligung an der Festlegung von Edelmetall-Benchmarks und anderen Aspekten ihres Handels und sonstigen Geschäfts mit Edelmetallen durch.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren, die vor dem United States District Court for the Southern District of New York zu zwei Klagen zusammengefasst wurden. Darin wird die Verletzung US-amerikanischen Kartellrechts, des US Commodity Exchange Act und damit in Verbindung stehender einzelstaatlicher Gesetze aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Ermittlung des Gold- und Silberpreises über das Londoner Gold- und Silberfixing behauptet, der eingeklagte Schadensersatz jedoch nicht beziffert. Die mündlichen Verhandlungen über die Anträge zur Abweisung der US-Klagen fanden im Silber-Verfahren am 18. April 2016 und im Gold-Verfahren am 20. April 2016 statt. Die Deutsche Bank hat in beiden Verfahren Grundsatzvergleichsvereinbarungen (agreements in principle) erzielt, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind. Die Vergleichsvereinbarungen, deren Bedingungen vertraulich sind, unterliegen der Genehmigung des Gerichts.

Darüber hinaus ist die Deutsche Bank Beklagte in einer kanadischen Sammelklage, die im Zusammenhang mit Goldgeschäften vor dem Ontario Superior Court of Justice anhängig ist. Die Klageschrift wurde in Ontario am 15. Januar 2016 eingereicht. Darin wird auf Schadensersatz wegen angeblicher Verstöße gegen den Canadian Competition Act sowie anderer Gründe geklagt. Desweiteren ist die Deutsche Bank Beklagte in kanadischen Sammelklagen, die im Zusammenhang mit Silbergeschäften in den Provinzen Ontario und Quebec anhängig sind. In beiden Sammelklagen wird auf Schadensersatz wegen angeblicher Verstöße gegen den Canadian Competition Act, sowie anderer Gründe geklagt.

Der Konzern hat für bestimmte dieser Fälle Rückstellungen gebildet die ausreichen, um die Verpflichtungen der Deutschen Bank gemäß der Vereinbarung zu erfüllen und beide US-Sammelklagen vergleichsweise zu beenden. Er hat weder deren Höhe offengelegt, noch veröffentlicht, ob er für andere der vorgenannten Fälle Rückstellungen gebildet oder für irgendeinen dieser Fälle Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen wird.

Untersuchungen von Einstellungspraktiken. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen zurzeit unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Einstellung von Kandidaten, die von bestehenden oder potenziellen Kunden und Staatsbediensteten empfohlen worden waren, sowie bei der Beauftragung von Beratern in der Region Asien-Pazifik den US-Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. Die Deutsche Bank liefert die erforderlichen Informationen und kooperiert auch weiterhin bei diesen Untersuchungen. Der Konzern hat für bestimmte aufsichtsbehördliche Ermittlungen eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Untersuchung der Handelsgeschäfte in russischen/britischen Aktien. Die Deutsche Bank führt derzeit Untersuchungen im Zusammenhang mit Aktienhandelsgeschäften zwischen Kunden und der Deutschen Bank in Moskau und London durch, die sich gegenseitig gespiegelt haben. Das Gesamtvolumen der zu untersuchenden Transaktionen ist erheblich. Die Untersuchungen der Deutschen Bank bezüglich eventueller Verstöße gegen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sowie des internen Kontrollsystems sind noch nicht abgeschlossen. Bisher wurden bestimmte Verstöße gegen interne Bankvorschriften und Mängel im Kontrollumfeld der Deutschen Bank festgestellt. Die Deutsche Bank hat die zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden in mehreren Zuständigkeitsbereichen (inklusive Deutschland, Russland, Großbritannien und den USA) über die Untersuchungen informiert. Die Deutsche Bank hat disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Personen eingeleitet und wird weiterhin auch gegen andere Personen vorgehen, falls dies gerechtfertigt ist. Der Konzern hat für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchung zu Staatsanleihen, supranationalen und staatsnahen Anleihen (SSA). Die Deutsche Bank hat Anfragen von bestimmten Regulatoren und Strafverfolgungsbehörden erhalten, u.a. Auskunftersuchen und Dokumentenanfragen, die sich auf den Handel mit SSA Bonds beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in diesen Untersuchungen. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob eine Rückstellung oder Eventualverbindlichkeit im Hinblick auf diesen Vorgang gebildet wurde, da man zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Untersuchungen gravierend beeinflussen könnte.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens bestimmter US-amerikanischer Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich der früheren Abwicklung von Zahlungsaufträgen in US-Dollar erhalten, die sie in der Vergangenheit durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfragen richten sich darauf, ob diese Abwicklung mit US-amerikanischem Bundes- und Landesrecht in Einklang standen. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank freiwillig entschieden, dass sie kein US-Dollar-Neugeschäft mit Kontrahenten im Iran und Sudan, in Nordkorea und auf Kuba sowie mit einigen syrischen Banken tätigen wird. Ferner hat sie beschlossen, aus bestehenden US-Dollar-Geschäften mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Im Jahr 2007 hat die Deutsche Bank entschieden, dass sie kein Neugeschäft in jeglicher Währung mit Kontrahenten im Iran und Sudan sowie in Syrien und Nordkorea eingehen wird beziehungsweise aus dem bestehenden Geschäft in allen Währungen mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus hat sie beschlossen, ihr Nicht-US-Dollar-Geschäft mit Kontrahenten auf Kuba zu beschränken. Am 3. November 2015 hat die Deutsche Bank mit dem New York State Department of Financial Services und der Federal Reserve Bank of New York Vereinbarungen über den Abschluss ihrer Untersuchungen hinsichtlich der Deutschen Bank geschlossen. Die Deutsche Bank hat an die beiden Behörden 200 Mio US-\$ beziehungsweise 58 Mio US-\$ gezahlt und zugestimmt, bestimmten Mitarbeitern zu kündigen, bestimmte ehemalige Mitarbeiter nicht wieder einzustellen und für ein Jahr einen unabhängigen Monitor einzusetzen. Darüber hinaus hat die Federal Reserve Bank of New York bestimmte Abhilfemaßnahmen angeordnet. Dazu gehört insbesondere die Sicherstellung eines effizienten OFAC Compliance-Programms sowie eine jährliche Überprüfung desselben durch einen unabhängigen Dritten, bis sich die Federal Reserve Bank of New York von deren Effizienz überzeugt hat. Die Untersuchungen der US-Strafverfolgungsbehörden dauern an.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchungen und Ermittlungen im Bereich US-Staatsanleihen. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf Auktionen für und den Handel mit US-Staatsanleihen sowie damit zusammenhängende Marktaktivitäten relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei diesen Untersuchungen.

Die Deutsche Bank Securities Inc. ist Beklagte in verschiedenen Sammelklagen vor den United States District Courts for the Southern District of New York, Northern District of Illinois, Southern District of Alabama und District of the Virgin Islands. Darin werden Verstöße gegen das US-amerikanische Kartellrecht, den CEA und Common Law in Bezug auf die vermeintliche Manipulation des Marktes für US Treasuries geltend gemacht. Die Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium. Das Judicial Panel on Multidistrict Litigation hat diese Verfahren zentral auf das Southern District of New York übertragen.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen wird.

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	81.620	86.255
Mit variabler Verzinsung	34.825	38.963
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	4.558	4.602
Mit variabler Verzinsung	1.926	1.811
Sonstige	28.431	28.385
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	151.361	160.016

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	31.3.2016	31.12.2015
Ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Eigene Aktien im Bestand	12,3	0,4
Davon:		
Aktienrückkaufprogramm	12,1	0,3
Sonstige Bestände	0,2	0,1
Ausstehende Stammaktien	1.367,0	1.378,9

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgrifforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen wären, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Unwiderrufliche Kreditzusagen	163.501	174.549
Eventualverbindlichkeiten	53.247	57.325
Insgesamt	216.748	231.874

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich Bankenabgaben

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Bankenabgaben zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten (EU-Richtlinie) beliefen sich zum 31. Dezember 2015 und 31. März 2016 auf 155,5 Mio €.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 31. März 2016 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 11 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 8 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2015 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 11 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 8 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei der Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Begebene Kredite und gewährte Garantien

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2016	31.12.2015
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	396	321
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	92	464
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	64	376
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	- 31
Wechselkursveränderungen/Sonstige	0	18
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand¹	425	396
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	1	1
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	0
Garantien und sonstige Verpflichtungen	263	263

¹ Davon waren zum 31. März 2016 8 Mio € Forderungen überfällig (31. Dezember 2015: 4 Mio €). Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. März 2016 Sicherheiten in Höhe von 78 Mio € (31. Dezember 2015: 69 Mio €).

Erhaltene Einlagen

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2016	31.12.2015
Einlagen, Anfangsbestand	162	128
Einlagenzuflüsse	75	326
Einlagenabflüsse	119	295
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	- 0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 1	2
Einlagen, Endbestand	115	162

Sonstige Geschäfte

Zum 31. März 2016 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 39 Mio € (31. Dezember 2015: 32 Mio €). Zum 31. März 2016 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 0 Mio € (31. Dezember 2015: 0 Mio €).

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 31. März 2016 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

In der Bilanz werden die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva ausgewiesen. Dieser Abschnitt erläutert die Art der zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und deren finanzielle Auswirkungen zum 31. März 2016.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum Bilanzstichtag

Zum 31. März 2016 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 3,0 Mrd € (31. Dezember 2015: 3,5 Mrd €) und die Veräußerungsgruppen enthielten zum 31. März 2016 und 31. Dezember 2015 Verbindlichkeiten in Höhe von jeweils 39 Mio € und 37 Mio €.

Im Einklang mit der strategischen Absicht der Bank und im Zuge der Umsetzung der Strategie 2020 kündigte die Deutsche Bank an, dass sie ihre gesamte Beteiligung (19,99 %) an der Hua Xia Bank Company Limited („Hua Xia“) an die PICC Property and Casualty Company Limited verkaufen wird. Dementsprechend hatte die Deutsche Bank den Buchwert von 3,3 Mrd €, der im Unternehmensbereich PW&CC gehalten wird, zum Jahresende 2015 in die Kategorie zum Verkauf bestimmt umgesetzt. Die im ersten Quartal 2016 erfolgte Neubewertung der Beteiligung führte zu einer Wertminderung in Höhe von 518 Mio € auf das zum Verkauf bestimmte Investment. Dadurch reduzierte sich zum 31. März 2016 der Buchwert auf 2,8 Mrd €. Die Wertminderung ist unter den sonstigen Erträgen erfasst und reflektiert im Wesentlichen den Rückgang des Aktienkurses der Hua Xia sowie eine ungünstige Wechselkursentwicklung. Aufgrund der erwarteten Gegenleistung für Hua Xia führen andere transaktionsbezogene Effekte, die teilweise den Rückgang des Aktienkurses kompensieren, im ersten Quartal 2016 zu einem Nettoverlust von insgesamt 124 Mio €. Zusammen mit der Klassifikation als zum Verkauf bestimmt wurden kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen von 662 Mio € im Zusammenhang mit der Hua Xia Beteiligung innerhalb des Eigenkapitals in die unrealisierten Gewinne/Verluste aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten umgegliedert. Der Abschluss der Transaktion, der voraussichtlich Mitte 2016 vollzogen sein wird, unterliegt den üblichen Vollzugsbedingungen und behördlichen Genehmigungen, einschließlich der von der China Banking Regulatory Commission.

Zum 31. März 2016 und 31. Dezember 2015 wurden unrealisierten Gewinne in Höhe von 662 Mio € im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 15. April 2016 hat die Bank angekündigt, sich mit Macquarie Infrastructure Partners III („MIP III“) - einem von Macquarie Infrastructure and Real Assets verwalteten Fonds - auf den Verkauf von Maher Terminals USA, LLC, einem Containerterminal in Port Elizabeth, New Jersey, geeinigt zu haben. Im Rahmen der Transaktion hat MIP III zugesagt, 100 % der Maher Terminals USA, LLC, zu erwerben. Die Genehmigung der Hafenbehörde und andere aufsichtsrechtliche Genehmigungen stehen noch aus. Es wird erwartet, dass die Transaktion keinen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftszahlen der Deutschen Bank hat.

Am 26. April 2016 hat Red Rock Resorts, Inc die Preisermittlung ihres Börsengangs, dessen Abschluss am 2. Mai 2016 erwartet wird, bekanntgegeben. Red Rock Resorts, Inc ist eine in Las Vegas ansässige Glücksspiel-, Entwicklungs- und Managementgesellschaft, die nach Abschluss des Börsengang das operative Geschäft von Station Casinos, LLC integrieren wird. Der Konzern hält seit 2011 einen Anteil an Red Rock/Station Casinos und nimmt am Börsengang teil, indem er einen Teil seiner Anteile veräußern wird. Deutsche Bank agiert als einer der Konsortialführer. Es wird erwartet, daß diese Transaktion zu einem positiven Ergebniseffekt im zweiten Quartal führen wird.

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen

Dieses Dokument und andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Kennzahlen des bisherigen oder zukünftigen Erfolgs, der Finanzlage oder der Cashflows des Konzerns, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter eingeschlossener oder ausgeschlossener Beträge im Vergleich zu den am ehesten direkt vergleichbaren und gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden.

Vollumgesetzte CRR/CRD 4-Messgrößen

Als Teil ihrer Messgrößen verwendet der Konzern CRR/CRD 4-Metriken auf Basis der Vollumsetzung, insbesondere bezüglich des Kernkapitals und der Verschuldungsquote. Solche nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen sind in unserem Geschäftsbericht von 2015 im Abschnitt „Lagebericht: Risikobericht Regulatorisches Kapital und Verschuldungsquote“ beschrieben und stellen ebenso eine Überleitung zu den dazugehörigen IFRS Werten zur Verfügung.

Eigenkapitalrendite-Quoten

Der Konzern weist eine Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und eine Eigenkapitalrendite basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital aus. Beides sind nicht nach IFRS ermittelte Messgrößen.

Die Eigenkapitalrenditen nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und durchschnittlichen materiellen Eigenkapital werden als Ergebnis nach Steuern ermittelt, das den Deutsche Bank-Aktionären als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Eigenkapital und durchschnittlichen materiellen Eigenkapital zuzurechnen ist.

Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und ist definiert als Ergebnis nach Steuern ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis nach Steuern. Für den Konzern wird die effektive Steuerquote reflektiert und betrug für das erste Quartal 2016 59 % und für das erste Quartal 2015 62 %. Für die Segmente war die angewendete Steuerquote entsprechend 35 % für beide Berichtsperioden.

Das materielle Eigenkapital auf Konzernebene wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem Eigenkapital in der Konzernbilanz subtrahiert werden. Das materielle Eigenkapital der Segmente wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Segmenten allokierten Eigenkapital subtrahiert werden. Das Eigenkapital und materielle Eigenkapital werden mit Durchschnittswerten ausgewiesen.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Messgröße des durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals den Vergleich mit seinen Wettbewerbern vereinfacht, und bezieht sich auf diese Messgröße bei mehreren ausgewiesenen Kapitalrenditequoten. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dieser Messgröße basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden.

Die Überleitung der vorstehenden Quoten wird in der folgenden Tabelle beschrieben:

	1. Quartal 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Total Consoli- dated
Ergebnis vor Steuern	380	316	71	168	122	- 533	55	579
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 343
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	249	207	47	110	80	- 349	- 107	236
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	23	23
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	249	207	47	110	80	- 349	- 129	214
Durchschnittliches den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	23.780	12.079	9.419	6.568	5.703	5.026	0	62.575
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.525	1.110	1.821	4.855	271	585	- 128	10.040
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	22.255	10.969	7.597	1.713	5.432	4.441	128	52.535
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) in %	4,2	6,8	2,0	6,7	5,6	N/A	N/A	1,4
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) in %	4,5	7,5	2,4	25,7	5,9	N/A	N/A	1,6

N/A – Nicht aussagekräftig

	1. Quartal 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Total Consoli- dated
Ergebnis vor Steuern	- 16	722	403	173	113	- 318	402	1.479
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 920
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	- 10	467	260	112	73	- 205	- 137	559
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	16	16
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	- 10	467	260	112	73	- 205	- 152	544
Durchschnittliches den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	22.940	11.746	10.087	5.928	8.659	8.484	3.309	71.153
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.798	1.158	2.136	4.717	2.797	586	2.270	15.462
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	21.142	10.587	7.951	1.211	5.863	7.898	1.040	55.691
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) in %	- 0,2	15,9	10,3	7,5	3,4	N/A	N/A	3,1
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) in %	- 0,2	17,6	13,1	36,9	5,0	N/A	N/A	3,9

N/A – Nicht aussagekräftig

Bereinigte Kosten

Die bereinigte Kostenbasis ist eine Kernfinanzkennzahl aus der Strategie 2020. Die bereinigte Kostenbasis ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und am ehesten direkt vergleichbar mit der IFRS-Messgröße „Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt“. Sie wird ermittelt, indem die Zinsunabhängigen Aufwendungen um (i) Wertberichtigungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, (ii) Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, (iii) Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und (iv) Restrukturierung und Abfindungszahlungen angepasst werden. Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Berücksichtigung dieser Komponenten eine aussagekräftigere Darstellung der Kosten im Zusammenhang mit den operativen Geschäftsbereichen ermöglicht.

in Mio €.	1. Quartal	
	2016	2015
Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt	7.184	8.678
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	187	1.544
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	44	153
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	285	67
Bereinigte Kostenbasis	6.668	6.914

Nettovermögen und materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)

Das Nettovermögen und das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) sind finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Sie werden von Investoren und Analysten als verlässliche Kennzahlen zur Beurteilung der Kapitaladäquanz genutzt. Das Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert). Das materielle Nettovermögen errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abzüglich der Position „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“. Das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) entspricht dann dem materiellen Nettovermögen dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert).

Materielles Nettovermögen

in Mio €	31.3.2016	31.12.2015
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (Nettovermögen)	61.592	62.678
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-9.906	-10.078
Materielles Nettovermögen	51.686	52.600

Ausstehende Stammaktien (unverwässert)

in Mio (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2016	31.12.2015
Anzahl ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Aktien im Eigenbestand	-12,3	-0,4
Gewährte Aktienrechte (unverfallbar)	19,1	8,9
Ausstehende Stammaktien (unverwässert)	1.386,1	1.387,8
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	44,44	45,16
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	37,29	37,90

Bewertungsanpassungen

Der vorliegende Bericht und andere Veröffentlichungen des Konzerns beziehen sich auf forderungsbezogene Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment, DVA), refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment, FVA) und kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, CVA), die einen Einfluss auf die Erträge und die Gewinn- und Verlustrechnung haben.

Die DVA berücksichtigt die Auswirkungen des Kreditrisikos des Konzerns bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Verpflichtungen (einschließlich Derivatekontrakten).

Die FVA wird auf nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegte Derivatepositionen angewandt. Sie reflektiert die marktimplizierten Refinanzierungskosten für Aktiva sowie Passiva und berücksichtigt bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegter Derivatepositionen den Barwert der Refinanzierungskosten.

Die CVA gemäß den CRR/CRD 4-Kapitalvorschriften erhöht die risikogewichteten Aktiva (RWA) des Konzerns. Der Konzern versucht diese CVA RWA durch die Absicherung über Kreditderivate zu reduzieren. Diese regulatorische Absicherung der CVA RWA erfolgt zusätzlich zur Absicherung für CVA-Exposures gemäß den IFRS-Vorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und führt daher zu Marktwertschwankungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, die als Ertragsposten ausgewiesen werden.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Erträge und der Gewinn- und Verlustrechnung ohne Berücksichtigung dieser Komponenten eine aussagekräftigere Darstellung der Geschäftsentwicklung der betroffenen Segmente darstellt.

Impressum

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Veröffentlichung
Veröffentlicht am 28. April 2016.

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 11. März 2016 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt.

2016

Wichtige Termine

19. Mai 2016

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

27. Juli 2016

Zwischenbericht zum 30. Juni 2016

27. Oktober 2016

Zwischenbericht zum 30. September 2016

2017

Wichtige Termine

2. Februar 2017

Vorläufiges Jahresergebnis für das
Geschäftsjahr 2016

17. März 2017

Geschäftsbericht 2016 und Form 20-F

27. April 2017

Zwischenbericht zum 31. März 2017

18. Mai 2017

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

27. Juli 2017

Zwischenbericht zum 30. Juni 2017

26. Oktober 2017

Zwischenbericht zum 30. September 2017